Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

8 (25.2.1949)

Visual Library

Landesbibliothek Karlsruhe

WIRTSCHAFTSREVUE

AUSGABEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 8 — 4. Jahrgang LIA/Nr. 1111 DG AA/Inf./Pl. Konstanz/Bodensee, 25. Februar 1949 Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Engpässe: Energie und Kredit

Spareinlagen steigen — Kontrolle der Emissionen? — Agrarkredit geregelt
Mehr Kurzarbeit — Preiserhöhungen oder Subventionen? (S. 3)

Bange Frage: Was wird?

Schon wieder kommt eine Zeit, da jeder fragt, wie geht es weiter. Man hört keineswegs überall die gleichen Ansichten, selbst wenn man mit Menschen spricht, die in ihrem Fach sehr weitblickend sind. Dem ersten Schock mit den Preisen ist der zweite Schock, der der Arbeitslosigkeit, gefolgt. In Norddeutschland waren diese beiden Schocks größer als in Süddeutschland. Infolgedessen ist auch die Bangigkeit der Frage, was wird, in Norddeutschland stärker als hier. Auf der einen Seite steht die Prognose von Prof. Erhard, daß die Preise noch weiter sinken werden, auf der anderen Seite beginnt überall die Kurzarbeit.

Nun ist die Verflechtung der Kurzarbeit mit der Arbeitslosigkeit und der Preisbildung sehr komplex. An sich hat die Preissenkungstendenz zur Folge, daß sich die Produzenten Zurückhaltung bei der Herstellung auferlegen, insbesondere weil neuerdings die Abnehmer, trotz vertraglicher Bindungen, die Ware nicht abnehmen, sich also in den Annahmeverzug flüchten. Vor allem die finanzielle Wirkung ist unter Berücksichtigung der Kreditrestriktionen hierbei keineswegs erfreulich. Wenn man nun gleichzeitig auch noch verlangt, daß die Betriebe ihre Produktion erhöhen sollen, dann muß man auch für die finanziellen Voraussetzungen sorgen, d. h. die Kreditrestriktionen müssen beseitigt werden. Welcher Betrieb kann heute zusätzlich Material einkaufen, zusätzlich Löhne zahlen und zusätzlich das Verkaufsrisiko, d. h. also das Auf-Lager-nehmen für einige Zeit,

Infolge technischer Schwierigkeiten fällt die Nummer 9 vom 4. März 1949 aus. Dafür erscheint unsere Ausgabe vom 11. März als Doppelnummer.

und die Verluste durch das Schlechtwerden von Kunden finanziell durchstehen? Man kann von der deutschen Wirtschaft keine Produktionserhöhung erwarten ohne eine entsprechende Kapitalausstattung.

Kurzarbeit

Die Kurzarbeit auf der andern Seite hat nicht unbedingt die Wirkung, die man zunächst vermuten könnte, nämlich ein knapper werden des Angebots. Man wird allerdings unterscheiden müssen, aus welchem Grunde die Kurzarbeit eingeführt wird. Im Allgemeinen ist der Energieengpaß der Grund, also Stromeinsparungen oder Mangel an Kohle. Beides hängt eng zusammen. Der geringe Schneefall, der tiefe Spiegel unserer Seen und Flüsse bringt auf der einen Seite wenig Elektrizität und auf der andern Seite verhindert er das Vorwärtskommen der Kohlenkähne. Wenn jetzt schon in Koblenz die für Süddeutschland bestimmten Kohlen in die Eisenbahn umgeschlagen werden müssen, dann ist es verständlich, daß wir in Süddeutschland Kohle aus dem Ruhrgebiet nicht bekommen können, auch wenn dort die Kohlenförderung laufend steigt.

Trotzdem wird die Produktion nicht erheblich zurückgehen weil die Stromsperren durch Nachtarbeit umgangen werden und statt Ruhrkohle hier in Süddeutschland bayerische Kohle, die wohl einen geringeren Brennwert hat, verwendet wird. Diese Kohle kommt schwarz herein und ist deshalb um etwa 50% teurer. Damit kommen wir schon zu den Momenten, die gegen eine weitere Preissenkung sprechen. Noch aus einem anderen Grund verteuern sich die Kosten infolge der Stromsperren, nämlich durch die auf Grund der Nachtarbeit erhöhten Löhne. Allerdings sind die Gewerkschaften weitgehend entgegengekommen. Aber teurer bleibt die Nachtarbeit immer noch. Jedoch gibt es auch für die Möglichkeit, die Nachtarbeit durch Stromsperren zu umgehen, eine Grenze: Je mehr Frauen eine Branche beschäftigt, je weniger kann sie diesen Ausweg wählen. Die Textilindustrie z. B. ist also nicht in der Lage, hier weitgehend auszuweichen.

Krise überwunden?

Trotz all dieser weniger günstigen Momente hören wir aus der Wirtschaft die Meinung, die Januarkrise sei überwunden. Aus einigen Branchen wird sogar wieder von einem besseren Zahlungseingang gesprochen. Auch der Ausweis der Bank deutscher Länder von der ersten Februarwoche zeigt, daß die kurzfristigen Kredite an die Nichtbanken-Kundschaft weiter gewachsen sei, obwohl doch eigentlich in der ersten Woche nach Ultimo die Kreditaufnahme verhältnismäßig schwach ist. Wieder sind die Kontokorrent- und Akzeptkredite stärker im Zunehmen, die Wechselkredite dagegen im Abflauen. Selbstverständlich nahm auch der Notenumlauf wieder um 9,4 Mill. DM zu.

1 DM = 44/47 sfr

Sensationell wirkt die weitere Kurssteigerung der DM. Am Dienstag ist in Zürich der Kurs auf 44/47 sfr für 100 DM gestiegen. Die DM scheint also auf dem besten Wege zu sein, eine harte Währung zu werden. Die neuerliche Erklärung des Zweimächtekontrollamtes, die Dollarklausel werde nicht gestrichen, mag vorläufig noch als eine weitere Korsettstange zu betrachten sein, aber über kurz oder lang wird man wohl doch an eine Neuregelung gehen müssen.

Im Zuge der Konsolidierung liegen auch die Erklärungen des französischen Außenministers Robert Schuman aus Anlaß eines Besuches deutscher Politiker bei ihm, daß eine erhebliche Senkung der Besatzungskosten in der französischen Zone in Verbindung mit einer Verminderung der Besatzung selbst bald eintreten werde. Auch der Holzeinschlag soll eingestellt werden, sobald die laufenden Verträge erfüllt sind.

Kredit, Kredit!

Ernste Sorgen macht nach wie vor der Kreditsektor. Es muß nun endlich etwas für den langfristigen Kredit geschehen; aber nicht so, daß, wie vorgesehen, die Emissionen der Kapitalgesellschaften unter Kontrolle gestellt werden! Es scheint so, als ob die beiden neu gegründeten Banken langsam im Geschäft kommen; aber in Anbetracht des Baumarktes und der Arbeitslosigkeit scheint es nun wirklich höchste Zeit. So erfreulich die Eigenhilfe ist, wie z. B. in Bayern, wo das Land eine Garantie von 100 Mill. DM im Ausbau der Energieversorgung übernommen hat, so gesundlich kann dies für die Zukunft sein. Es müssen klare Kreditverhältnisse geschaffen werden. Um so erfreulicher ist es, daß der Wirtschaftsrat die drei Gesetze über die Rentenbankgrundschuld über die deutsche Genossenschaftskasse und über die landwirtschaftliche Rentenbank angenommen hat. Dadurch wird der autonome Agrarkredit endlich wieder hergestellt. Die große deutsche Tradition auf diesem Gebiet wird dabei helfen. Zunächst sind die Mittel noch nicht allzu groß. Bei der Grundschuld wird der Zinsendienst für 10 Jahre auf jährlich 0,15% der jeweiligen Einheitswerte aller landwirtschaftlichen Grundstücke oberhalb von 6000 DM Wert betragen. Man rechnet für die Doppelzeune mit einem Zinseingang von etwa 19 Mill. DM. Fast gleichzeitig mit der Verabschiedung dieser Gesetze sind Richtlinien für die Landwirtschaft in Form von 10 Punkten gegeben worden, mit deren Durchführung man eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erhofft.

Noch von einer anderen Seite scheint die Kapitalbildung langsam in Gang zu kommen. Es sind jetzt Zahlen veröffentlicht worden, aus denen hervorgeht, daß der Neumgang im Sparverkehr größer wird. Man berechnet diesen Neumgang seit der Währungsreform mit rund 800 Mill. DM. In den letzten Wochen sind jedenfalls weitere Einzahlungsüberschüsse festgestellt worden.

Am schlimmsten ist der Unsicherheitsfaktor: Lastenausgleich. Wir führen sogar einen wesentlichen Teil der augenblicklichen wirtschaftlichen Stagnation darauf zurück. Nun hat auch der bizonale Landtag mit großer Mehrheit ein Lastenausgleichsgesetz angenommen. Was aber wird wirklich daraus werden?

Der Wirtschaftsrat

Der Wirtschaftsrat steht heute an einem Wendepunkt. Ob man es als Zufall oder als Wunsch der unsterblichen Götter betrachten will, daß dies gerade jetzt der Fall ist, wäre ein Streit um des Kaisers Bart. „Wie sich Verdienst und Glück verketten, das fällt dem Toren niemals ein." In diesem Satz brauchen wir nur durch entsprechende Negationen zu verändern, dann haben wir die Situation beim Wirtschaftsrat.

Schildern wir zunächst die Entwicklung, die zu dem Heute des Wirtschaftsrates geführt haben. Der SPD-Parteivorstand Hannover gab an die SPD-Fraktion die Weisung, sich definitiv von der Frankfurter Verwaltung zu distanzieren und klare Oppositionsfront zu beziehen. Es ist zwar nicht unwichtig, aber nach der prinzipiellen Seite ziemlich gleichgültig, ob diese Einstellung der SPD in Rücksicht auf die kommenden Wahlen oder auf Abneigungen wegen des Verfassungsentwurfs oder des Besatzungsstatuts entstanden ist. Jedenfalls hat es eine turbulente Sitzung des Wirtschaftsrates gegeben, und die Atmosphäre ist nun sogar auch persönlich vergiftet. Schon der Streit um das Kommuniqué ist bezeichnend. Dieses enthielt, von der Presseabteilung des Verwaltungsrates herausgegeben, tendenziöse Bemerkungen und wurde nach einer Stunde auf Intervention des Präsidenten des Wirtschaftsrates Köhler wieder zurückgenommen. Die Angriffe der Parteiredner auf der Sitzung waren zum Teil so diffamierend und enthielten so starke Zweifel an der Bona fides, daß sich mancher in Frankfurt schon auf den Standpunkt stellte, der Wirtschaftsrat habe durch sein Verhalten seine Existenz in Frage gestellt.

Gleichzeitig mit diesem Sturm im Wasserglas langte beim Wirtschaftsrat ein Schreiben des Zweimächtekontrollamtes ein, das bei aller Freundlichkeit doch einen Rüffel enthielt. Die Alliierten Behörden haben dem Wirtschaftsrat weitgehende Gesetzgebungsrechte eingeräumt. Jedoch behaupten die Alliierten, daß der Wirtschaftsrat bei vielen Entwürfen, die noch in seinem Schoße schlummern und auch bei Gesetzen, die

In dieser Nummer:

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß

Aufgaben der Elektroindustrie

Streit um das Betriebsrätegesetz

USA gegen niedrige Weltweizenpreise

Ein englischer Metallplan

Argentiniens Getreidepolitik

Geplante Steuerermäßigung

Erleichterungen für den Wiederaufbau gewerblicher Betriebe

Der Wirtschaftsrat befaßt sich bekanntlich seit einiger Zeit mit einer Reform des Einkommensteuergesetzes. Das bisherige Ergebnis der Ausschußberatungen zeigt eine Reihe von Steuererleichterungen. Zwar steht die Abschlußberatung noch aus und insbesondere ist noch nicht geklärt, was die Militärregierungen zu der neuen Reform sagen werden, aber es erscheint uns doch zweckmäßig, einige der neuen Bestimmungen unsern Lesern bereits bekannt zu geben.

Wichtig ist insbesondere die Änderungen des § 7, der sich mit den Absetzungen befaßt. Der § 7 selbst soll nicht geändert werden, und in den schon vorhandenen § 7a sollen folgende Verbesserungen eingefügt werden: Buchführende Steuerpflichtige können bis zum 31. Dezember 1952 (bisher 1951) für die abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die im Wege der Ersatzbeschaffung angeschafft oder hergestellt worden sind, außer den in § 7 aufgeführten Abschreibungssatz: Im Jahre der Anschaffung oder Herstellung und in dem darauf folgenden Jahre bis zu insgesamt 30% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abschreiben, höchstens jedoch für alle in Betracht kommenden Wirtschaftsgüter eines Unternehmens bis zu 100 000 DM. (Der bisherige § 7a sah einen Höchstsatz von 50 000 DM vor.) Weiter ist in dem neuen Gesetz vorgesehen, daß, wenn von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht wird, für die in Betracht kommenden Wirtschaftsgüter im Jahre der Anschaffung und in dem darauf folgenden Jahr bis zu 15% der Anschaffungskosten abgeschrieben werden kann.

Das neue Gesetz fügt nun noch 4 weitere Paragraphen: 7b bis 7e hinzu. § 7b sieht vor, daß bei Gebäuden die nach der Währungsreform errichtet wurden und zu mehr als 80% Wohnzwecken dienen, im Jahre der Herstellung und in dem darauf folgenden Jahr auf Antrag je 10% der Herstellungskosten abgesetzt werden können, und in den darauf folgenden Jahren jeweils bis zu 3%. Dies gilt auch für Aufwendungen, die an einem durch Kriegseinwirkung beschädigten Haus gemacht worden sind. § 7c sieht vor, daß Steuerpflichtige, die ihren Gewinn nach § 4 und 5 des Einkommensteuergesetzes ermitteln, verlorene Zuschüsse, die zur Förderung des Wohnungsbaues an gemeinnützige Wohnungsunternehmungen, Organe der staatlichen Wohnungspolitik usw. gegeben haben, im Jahre der Hingabe als Betriebsausgabe absetzen können. Der neue § 7d gibt bei Schiffen die Möglichkeit, im Jahre der Anschaffung und in dem darauf folgenden Jahr bis zu 15% die Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzuschreiben.

Sehr wichtig ist der neue § 7e. Nach ihm können Gewerbetreibende bei Gebäuden, die im eigenen gewerblichen Betrieb unmittelbar der Fertigung oder der Bearbeitung von zum Absatz bestimmten Wirtschaftsgütern oder der Wiederherstellung von Wirtschaftsgütern dienen, abweichend vom § 7 im Wirtschaftsjahr der Herstellung des Gebäudes und in dem darauf folgenden Jahr bis zu 10% der Herstellungskosten absetzen. Auch hier unterliegen die Aufwendungen an einem ganz oder teilweise zerstörten Gebäude der gleichen Vergünstigung. Das gleiche gilt für land- und forstwirtschaftliche Betriebsgebäude und die Aufwendungen zum Wiederaufbau, wenn der Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt wird.

Entsprechend der Tendenz, Gewinne die im Betrieb bleiben und nicht ausgeschüttet werden, weitgehend steuerfrei zu lassen, um so die Kapitalbildung anzuregen, soll der § 10 des Einkommensteuergesetzes, der sich mit Sonderausgaben beschäftigt, wie folgt geändert werden. In Ziffer 3 dieses Paragraphen war bisher vorgesehen, daß die Hälfte des nicht entnommenen Gewinns, bis zur Höhe von 10% des Gesamtgewinns als Sonderausgaben abgesetzt werden durften. Jetzt soll dieser Satz auf 15% erhöht werden. Weiter heißt es: „Als nicht entnommen gilt auch der Teil des Gewinns, der zur Zahlung der auf das Betriebsvermögen entfallenden Abgabe für den Lastenausgleich verwendet wird. „Wird aber in einem der folgenden Jahre mehr als der laufende Jahresgewinn entnommen, so muß nachversteuert werden.

Auch die Sonderausgaben für die Kinderpersonen sollen erhöht werden und zwar von bisher 600 auf 800 DM und für die Ehefrau und jedes Kind anstatt 300 jetzt 400 DM.

Auch Ausgaben zur Förderung anerkannter wissenschaftlicher Einrichtungen und anerkannter mildtätiger Einrichtungen sind bis zur Höhe von insgesamt 5% des Gesamtbetrages der Einkünfte voll abzugfähig.

Eine weitere Erleichterung mit dem Ziel der Förderung der Kapitalbildung würde der dem § 32 neu hinzugefügte § 32a bringen. Danach kann, wenn das Einkommen aus Gewerbebetrieb oder aus Land- und Forstwirtschaft 30 000 DM übersteigt, auf Antrag der Gewinn mit einem Steuersatz von 50% nur Einkommensteuer herangezogen werden. Dafür sind eine Reihe von Voraussetzungen erforderlich, von denen wir nur einige herausgreifen: Der Gewinn muß nach Ausgleich mit den die übrigen Einkünfte übersteigenden Verlusten bei Steuerpflichtigen der Steuerklasse I ein Betrag von 30 000 DM übersteigen, die Einnahmen dürfen 15 000 DM nicht übersteigen, der nicht entnommene Gewinn muß in der Buchführung besonders ausgewiesen werden, und dieser auszuweisende Betrag darf, soweit er nicht als Abgabe auf den Lastenausgleich verwendet wird, nur zu dem Bruchteil, der sich bei der Teilung des Wertes des Anlagevermögens durch den steuerbaren Umsatz ergibt, im eigenen Betrieb verwendet werden.

Für die Arbeitnehmer ergeben sich aus der Neufassung des § 41 keine neuen Vergünstigungen.

Analog einiger oben zitierter neu ins Einkommensteuergesetz gekommener steuerfreier Sonderausgaben wird auch im Körperschaftssteuergesetz durch Einfügung einer Ziffer 3 zum § 11 und eines zweiten Absatzes zu diesem Paragraphen bestimmt, daß Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger mildtätiger, kirchlicher und wissenschaftlicher Zwecke, wenn diese Zwecke als steuerbegünstigt anerkannt werden, voll abzugsfähig sind, soweit diese Ausgaben 5% des Einkommens nicht übersteigen. Zur Hälfte abzugsfähig sind ähnliche Ausgaben, die höchstens 7,5% des Einkommens betragen und nicht mehr als 20 000 DM ausmachen.

Im ganzen ergeben sich also doch noch weitere, zum Teil nicht unerhebliche Steuererleichterungen, jedoch ist, wie gesagt, darüber noch nicht entschieden worden, und es wird wohl noch eine Zeitlang dauern, bis endgültig darüber beschlossen ist.

Was nützen aber alle Steuerermäßigungen und alle Steuerfreiheit für Gewinne, die im Betrieb verbleiben, wenn der Lastenausgleich auf der andern Seite wieder den Betrieben die Mittel nimmt, die sie durch solche Steuererleichterungen einsparen?

Zahlungseinstellungen steigen

Im Bereich des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wurden in der ersten Februarhälfte 198 Konkurs- und Vergleichsverfahren eröffnet gegen 80 im Monat Januar. Während im Januar das Land Nordrhein-Westfalen mit 43 Zahlungseinstellungen an der Spitze stand, wurde es jetzt vom Niedersachsen überflügelt. Im einzelnen entfallen auf Niedersachsen 32 (Januar: 22), auf Nordrhein-Westfalen 31 (43), auf Schleswig-Holstein 19 (18), auf Hamburg 12 (8), auf Hessen 8 (5), auf Württemberg-Baden 5 (3), auf Bremen 2 (1) und auf Bayern 1 (1) Zahlungseinstellungen. Branchenmäßig sind an den Zahlungseinstellungen in der ersten Februarhälfte Hausrat- und Kunstgewerbefirmen mit 30 beteiligt, der Großhandel in Lebensmitteln und Pharmazeutik mit 12, das Baugewerbe mit 10, Betriebe der Eisen- und Metallverarbeitung mit 8, das Holz- und Möbelgewerbe mit 6, außerdem haben 4 Theaterunternehmen und 4 Verlage ihre Zahlungen eingestellt.

Hohe Arbeitslosenziffer

Stuttgart. In Württemberg-Baden ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar von 35 036 auf 33 741 gestiegen. Am schwersten betroffen sind Bauarbeiter und Angestellte. Man rechnet im Februar mit einem weiteren Anstieg. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Arbeitslosen von Mitte Januar bis Mitte Februar von 123 383 auf 137 319 gestiegen.

Transportzentralen und Frachtenausschüsse

Das Amt für Verkehr hat Gesetzesentwürfe über die „Bildung von Frachtenausschüssen" und über „Schifferbetriebsverbände und Transportzentralen" vorgelegt. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um die Neugestaltung des bestehenden Rechtes. In Kreisen des Verkehrs hatte man erwartet, daß der augenblickliches Tendenz nach Wirtschafts- und Gewerbefreiheit in den Entwürfen mehr entsprochen worden wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Transportzentralen sollen in Nebenstellen der Verwaltung für Verkehr umgewandelt werden, sie würden damit ihren Charakter als Selbstverwaltungseinrichtungen der Schiffahrt verlieren. Auch die Frachtenausschüsse sollen bestehen bleiben, so für die Stromgebiete des Rheins, der westdeutschen Kanäle, der Elbe und der Donau. Die Errichtung eines Frachtenausschusses für den Tankschiffverkehr auf Binnenwasserstraßen ist vorgesehen.

25,9 Mill. Steuerhinterziehungen

Düsseldorf. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums von Nordrhein-Westfalen wurden seit der Währungsumstellung 25,9 Mill. DM an hinterzogenen Steuern und 1,5 Mill. DM an Steuerstrafen eingezogen.

USA-Exportplan und ERP-Länder

Der ERP-Verwalter Paul Hoffman erklärte in einem Vortrag in der Handelskammer in Philadelphia, daß im Juli 1952 der Handel zwischen den USA und den ERP-Ländern halbwegs ausgeglichen sein müsse, wenn der Marshall-Plan nicht seinen Zweck verfehlen solle. Nach 1952 müsse der Export der USA ein Vielfaches des Vorkriegsumfanges erreichen, denn ein wirtschaftlich selbständiges Europa dürfte zweifellos Güter im Werte von 5 Mrd. Dollar aus den USA beziehen können, statt nur für 600 Millionen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die USA wertmäßig ebensoviel aus Europa beziehen.

Genf: Endlich eine Verständigung

Ost-West zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit

Die Verhandlungen des UN-Ausschusses zur Förderung des Außenhandels in Europa, der auf seiner ersten Tagung im Herbst nur den guten Willen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West feststellen konnte, hat diesmal innerhalb einer relativ kurzen Tagungszeit immerhin eine Basis gefunden, auf der diese wirtschaftliche Zusammenarbeit bei anhaltendem guten Willen konkrete Ergebnisse zeitigen dürfte.

Auf der Konferenz, an der 25 Länder, einschließlich der Sowjetunion, beteiligt waren, einigte man sich, den Warenaustausch zwischen Ost und West allmählich auf das Dreifache zu steigern. Auf einen Vorschlag der polnischen Delegation wurden die Einfuhrbedarfslisten der OEEC als Grundlage für die Einkäufe Westeuropas in den Ostländern angenommen, was bei den westeuropäischen Ländern und bei den USA sichtlich Befriedigung auslöste. Allerdings dürften diese Listen erst bei der nächsten Tagung, die im Mai stattfinden soll, vorgelegt werden, eine Verzögerung, die nicht gerade wünschenswert ist.

Nach einem von der ECA dem amerikanischen Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Bericht, werden die Ausfuhren der westeuropäischen Länder nach Osteuropa im Jahre 1949/50 auf fast 1000 Mill. Dollar geschätzt und die Einfuhren aus den Ostländern auf etwa 1400 Mill. Dollar. Diese Zahlen allein zeigen bereits, welche Bedeutung diesem Warenaustausch für die beiden Ländergruppen beizumessen ist. Ein Rückgang des Ost-Westhandels würde den Westen Europas zwingen, sich nach neuen Absatzmärkten, die, wie man weiß, nur schwer zu erschließen sind, umzusehen. Andererseits würden die Ostländer in ihrer Entwicklung nur sehr langsam vorwärts kommen. Auch Moskau ist an einem Ausbau dieser Handelsbeziehungen interessiert, denn es wies darauf hin, daß die vor kurzem erfolgte Gründung eines Osteuropäischen Wirtschaftsrates keineswegs ein Hindernis für den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen dem Osten und Westen Europas bedeute. Wenn es an einem solchen Warenaustausch bisher fehle, so sei Westeuropa selbst schuld daran. Die Delegierten der Oststaaten wiesen auf der Konferenz darauf hin, daß das von den USA eingeführte Ausfuhrsystem nach den Ländern Osteuropas das größte Hindernis für die Entwicklung des beiderseitigen Handelsverkehrs bilde. Der USA-Delegierte äußerte, daß die USA es vermeiden wollen, das Risiko der friedliebenden Nationen durch Lieferung von Waren von militärischer Bedeutung nach der Sowjetunion und den von ihr kontrollierten Ländern zu erhöhen. Es bestehe jedoch noch reichlich großer Raum für den Export von Waren, die friedlichen Zwecken dienen. Die Delegierten der Oststaaten betonten, daß für die Steigerung des Handels eine weitere Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten ihrer Länder unerläßlich sei, damit würde die Kaufkraft erhöht und der Absatz für die Erzeugnisse der westlichen Länder auf längere Zeit gesichert. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wunsch nach kurz- und langfristigen Krediten für den Ausbau dieser Produktionsmöglichkeiten geäußert. Dieser Wunsch fand bei den Amerikanern und Engländern lebhaftes Interesse. Der englische Delegierte erklärte, daß sein Land zu einer Kreditgewährung bereit sei und als Gegenleistung die Lieferung von Rohstoffen wünsche. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Anwendung bilateraler Handelsabkommen derzeit als etwas verfrüht bezeichnet. Die zweiseitigen Verträge müßten, so wurde betont, bei ihrer Durchführung in jeder Weise erleichtert werden. In der Entschließung, die von allen Delegierten gemeinsam gefaßt wurde, heißt es u. a., daß die Regierungen ersucht werden sollen, den Handelsverkehr im Rahmen bestehender zweiseitiger Handelsabkommen zu fördern und diese Verträge allmählich in langfristige Abkommen umzuwandeln. Ferner soll die Wirtschaftskommission Methoden zur Finanzierung des Ausbaues der Produktion vorschlagen und schließlich Vorschläge zum Abschluß multilateraler Verträge machen.

Diese gemeinsame Entschließung ist immerhin ein Schritt vorwärts, obwohl es noch geraume Zeit benötigen wird, bis man die ersten positiven Ergebnisse wird verzeichnen können. Einen Hemmschuh für die Ausweitung des Handels bildet derzeit ohne Zweifel das von den Oststaaten beanstandete Ausfuhr-Lizenzsystem. Die Feststellung, welche Waren von militärischer Bedeutung sind und welche nicht, ist oft schwer zu treffen. Der belgische Delegierte warnte vor einer allzu engherzigen Auslegung.

Vielleicht, und es ist zu wünschen, ist die Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa auch der beste Weg zu einigermaßen erträglichen politischen Beziehungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

bereits beraten werden, über seine Kompetenzen hinausgegangen sei. Grundsätzlich tut das Zweimächtekontrollamt bereit, noch weitere Konzessionen zu machen, aber es verlangt, daß bei all den Entwürfen, die über die Kompetenz hinausgehen, der Wirtschaftsrat vorher anfragt, ob in dem jeweils gegebenen Fall die Überschreitung der Kompetenzen gebilligt wird.

Wie man an diesem Beispiel sieht, sind es also nicht die Alliierten, die dem Wirtschaftsrat ernsthafte Schwierigkeiten machen, Jedoch, und damit kommen wir zum dritten Angriffspunkt: Der Apparat arbeitet zu langsam. Gerade durch die oben erwähnten turbulenten Sitzungen haben sich die Deutschen das Argument aus der Hand genommen, die Alliierten seien es, die die wichtigen Gesetze verschleppen, wie es immer wieder im Fall des Lastenausgleichs und der Steuerreform behauptet wird. Die abrupte Verkündigung des Beamtengesetzes durch die Alliierten war der zweite Schuß gegen die Langsamkeit der Bürokratenmühle; der erste war das Weihnachtsgeschenk der Gewerbefreiheit.

Diese äußeren Tatsachen sind das treue Spiegelbild der prinzipiellen Unvollkommenheiten und Unklarheiten. Von diesen seien zwei heute herausgegriffen: Die Parteieinflußnahme und die wirtschaftspolitischen Grundsätze.

Der aktuelle Anlaß des Beamtengesetzes gibt uns noch stärker die Möglichkeit, das Problem der Parteieinflußnahme grundsätzlich zu diskutieren. Die Alliierten wünschen, daß Beamte außerhalb der Parteien bleiben: Man kann nur entweder Beamter oder Parteimann sein. Damit ändert sich das gesamte politische Gefüge in Deutschland. Es ist nicht nur das Erbe Hitlers, sondern auch ein Weimarer Erbe, daß wir in unserm politischen Leben es langsam als selbstverständlich betrachten, daß die stärkste Partei die führenden Männer im Beamtenapparat stellt. Der uns Wirtschaftlern bekannte Grundsatz der Produktionsumwege wurde in der deutschen Innenpolitik nicht befolgt.

Vielleicht lehrt uns der Druck der Alliierten ein politisches System, das die Wirtschaft gern akzeptieren wird. Die indirekte Beeinflussung der Wirtschaft durch die Parteienstärke, die in einer Demokratie selbstverständlich ist, führt zu einer wesentlich konsequenteren Wirtschaftspolitik, als die direkte. Die letzte Sitzung des Wirtschaftsrates hat dies so eindeutig bewiesen, daß weitere Worte überflüssig sind.

Man kann aber das bisher geltende System nicht dafür verantwortlich machen, daß in den wirtschaftspolitischen Grundsätzen objektive Fehler gemacht wurden. Nehmen wir dazu einige Äußerungen von Prof. Erhard, Z. B.: „Jede Preissenkung bedeutet eine Steigerung der Produktion". Dieser Satz ist nationalökonomisch falsch. Jeder Sachkenner weiß, daß bei sinkenden Preisen die Konjunktur zurückschlägt und sich die Produktion vermindert. Das ergibt sich einfach daraus, daß die sogenannten Grenzbetriebe zu den verminderten Preisen nicht mehr rentabel arbeiten können, also ausfallen. Die anderen Produzenten werden ebenfalls mit der Produktion etwas zurückhalten, weil bei weiter sinkenden Preisen auch ihnen die Rentabilität verloren gehen kann. Die Arbeitslosigkeit, die inzwischen in Deutschland eingesetzt hat, spricht auch nicht dafür, daß sich aus der Preissenkungstendenz eine Erhöhung der Produktion ergeben muß. Nun kann man in Deutschland, das geben wir Herrn Erhard gern zu, nicht ohne weiteres jetzt schon mit Prognosen arbeiten, die sich aus einer normalen Wirtschaft ergäben. Tatsächlich ist im Januar die industrielle Produktion ein klein wenig, nämlich von 79 auf 80 gestiegen. Jedoch ist diese Produktionszunahme nur bei den Verbrauchsgütern und den Gütern entstanden, die, wie Kohle und Energie, nicht in der freien Verfügung der Wirtschaft stehen. Die Tatsache, daß bei Investitionsgütern ein ziemlich erheblicher Produktionsrückgang eingesetzt hat (trotz steigender Stahlerzeugung) zeigt, daß auf lange Sicht gesehen, die Preissenkungstendenz ihre alte Wirkung auf die Produktion gehabt hat. Außerdem ist der Januar diesmal kein Maßstab, weil die Produktion sich so schnell nicht auf die Preissenkungstendenzen umstellt; aber der immer häufiger vorkommende Annahmeverzug zeigt, wohin es geht. Die Produktion hat die Verträge noch erhält, aber die Abnehmer versuchen sich um die Verträge zu drücken.

Es ist darum sehr gefährlich, wenn Herr Erhard sagt: „Ich denke gar nicht daran, dafür zu sorgen, daß das Gerede um die fallenden Preise verstummt". Gefährlich nämlich für sein eigenes Kind: Das Jedermannsprogramm. Wieder hat die ungeheure Verzögerung, mit der dieses Programm in Gang gekommen ist — es ist eigentlich noch gar nicht recht in Gang gekommen — auch hier wieder die wirtschaftspolitische Linie verpfuscht. Es kömmt nämlich weniger auf Billigkeit, als auf Qualität an, sowohl für den innerdeutschen Markt wie für den Export, und es wird sich ergeben, daß die Produzenten die Jedermannswaren mit den inneredeutschen Rohstoffen und weniger guter Verarbeitung herstellen, die importierten Waren aber zu Qualitätswaren verarbeiten und diese exportieren. Ja, sie werden auch die Qualitätswaren in Deutschland absetzen, sogar zu nicht reduziertem Preis, aber die Jedermannswaren werden liegen bleiben.

So bleiben also für die Krise des Wirtschaftsrates nicht der Einfluß der Parteien oder der Besatzungsbehörden, sondern die Langsamkeit und die Fehler in der wirtschaftspolitischen Linie entscheidend. Damit sind auch die Ansatzpunkte für eine Regenerierung gegeben. Arbeitet der Wirtschaftsrat rascher und wirtschaftspolitisch richtig, dann werden schnell die parteipolitischen und anderen Hindernisse fallen. Für das kommende Frühjahr stehen für den Wirtschaftsrat große Aufgaben bevor, an denen er sein Meisterstück machen könnte. Das Jedermannsprogramm, ein schlechtes Gesellenstück, wird dabei keine Rolle spielen, vielmehr werden Anregung der Bauwirtschaft, Verstärkung der Investitionen und eine durch Produktions-Steigerung ermöglichte Lohnerhöhung bei einer entsprechenden Steuerreform die Linie der richtigen Wirtschaftspolitik abgeben.

Noch mehr Jedermann-Ware

General Clay zur Preisentwicklung

In seinem letzten Monats-Bericht befaßt sich General Clay mit dem in der Doppelzone einsetzenden Preisrückgang, den er auf das Jedermann-Programm, die ansteigende Produktion und die merkliche Zurückhaltung der Käufer zurückführt. Er stellt fest, daß von 600 in der ersten Januarhälfte erfaßten offiziellen Preisen 44% unverändert geblieben, 38% zurückgegangen und nur 18% weiter angestiegen seien. Der größte Prozentsatz des Preisrückganges entfalle dabei auf Schuhwaren. Das Jedermann-Programm habe sich, so betonte er, in der letzten Zeit seinem Ziel, den Verbraucher mit billigen Konsumgütern zu versorgen, stark genähert und man sei bestrebt, noch weitere Verbrauchsgüter in das Programm einzubeziehen. So sollen ab Februar 35 000 Fahrräder im Rahmen des Jedermann-Programms und 3 Millionen Stück Gebrauchsporzellan hergestellt werden. Weiter sollen auch billige Nähmaschinen, Kinderwagen, Öfen und verschiedene Haushaltsgegenstände in das Produktionsprogramm aufgenommen werden.

Ferner heißt es in dem Bericht, daß die Doppelzone zur Zeit einschließlich der Lagerbestände des Handels über einen Vorrat an Grubenholz von über 1,13 Mill. Festmetern verfüge, der den Bedarf von 105 Tagen decke. Im Januar 1949 sei der Kohlenbergbau nur mit einem Vorrat für 18 Tage versehen gewesen.

Zur Überwindung der Aluminiumknappheit sei die Erzeugung in den Vereinigten Aluminiumwerken Lünen wieder aufgenommen worden. Sie soll im Februar 900 t betragen und bis Ende April auf 1400 t gesteigert werden.

*

Auch Prof. Erhard äußerte sich zur Frage der Preissenkung. Er erklärte, sie sei nicht ein Anzeichen für eine Deflation, sondern ein Beweis für die Gesundung der Wirtschaft, denn das Warenangebot entspreche jetzt der durch Kaufkraft gedeckten Nachfrage.

Produktion erreicht 80% des Jahres 1936

Die industrielle Produktion der Doppelzone erreichte im Januar mit 80% des Standes von 1936 einen neuen Höchststand. Seit der Währungsumstellung läßt sich ein stetiger Anstieg feststellen. Die Kohlen- und Erdölförderung ist um 10% gestiegen, die Textilindustrie verzeichnet dank der besseren Rohstoffversorgung eine Steigerung um 9%, die Holzindustrie um 7%, die Papierindustrie um 3% und die Leder-, chemische und Elektroindustrie um je 2%. Die übrigen Industrien haben gegenüber Dezember 1948 kleinere Produktionssteigerungen aufzuweisen. Einige Industrien, wie z. B. Elektrizität und Gas, Glas und Keramik, Gummi und Bergbau weisen heute schon eine höhere Produktion auf als 1936.

Außenhandel

Zwischen Großbritannien und den drei Westzonen Deutschlands werden am 1. März in London Handelsbesprechungen beginnen. Dabei soll ein Warenaustauschprogramm für das erste Halbjahr 1949 aufgestellt und die voraussichtliche Entwicklung des Handels im Wirtschaftsjahr 1949/50 erörtert werden.

Der Warenverkehr zwischen Großbritannien und Westdeutschland hängt stark von einem Ausgleich der gegenseitigen Handelsbilanz ab. Deshalb soll auch der Warenverkehr der Westzonen mit dem übrigen Sterling-Gebiet erörtert werden.

Von deutscher Seite werden, wie hier verlautet, vor allem Textilien und Chemikalien angeboten. Der deutsche Einfuhrbedarf umfaßt Wolle, Baumwolle, Häute und Felle, Kautschuk, Öle, Zinn und Zinnlegierungen, Kupferkonzentrate und Drogen.

Zu dem Handelsabkommen zwischen der Doppelzone und der belgisch-luxemburgischen Union wurde kürzlich ein Zusatzabkommen abgeschlossen, das auch die französische Zone einschließt. In diesem Zusatzabkommen sind Einfuhren aus der belgisch-luxemburgischen Union in Höhe von 72,5 Mill. Dollar vorgesehen, von denen auf die französische Zone 5,8 Mill. entfallen. Es handelt sich hauptsächlich um Lebensmittel, NE-Metalle, Textilien und Chemikalien, sowie um Reparaturen von Eisenbahnwaggons und um Transportkosten. Im Rahmen dieses Zusatzabkommens wird die Doppelzone im ersten Halbjahr 1949 in erster Linie Fische einführen. Die zusätzliche Ausfuhr aus Westdeutschland soll insgesamt 32,7 Mill. Dollar betragen, davon auf die französische Zone 4,0 Mill. entfallen. Vorgesehen sind besonders Maschinen, Steine und Erden, Feinmechanik und Optik, Büro- und Metallwaren, Glas, Keramik und Chemikalien.

Württemberg-Baden führte im Januar Waren im Werte von über 4,6 Mill. Dollar aus, davon Maschinen für 1,3 Mill., Textilien für rund 620 000 Dollar und Autozubehörteile für 360 000 Dollar. Der Export ging hauptsächlich nach Großbritannien, Holland, die Schweiz, die USA, Belgien und Österreich.

Nach dem neuen Zusatzhandelsabkommen mit Norwegen werden sich die norwegischen Lieferungen an die Trizone um 1,7 Mill. und die Lieferungen der Trizone um 5,8 Mill. Dollar erhöhen. Norwegen wird im Austausch gegen Öle und Fette für industrielle Zwecke u. a. Walzwerkserzeugnisse, Maschinen und Chemikalien erhalten.

Ferner finden zur Zeit Verhandlungen über ein Zusatzabkommen mit Schweden und über Handelsabkommen mit Siam und Iran statt.

Die Schrottausfuhr der Doppelzone betrug 1948 rund 10,1 Mill. Dollar. Davon erhielt Großbritannien Schrott im Werte von 5,4 Mill., die USA solchen im Werte von 4,1 Mill. und der Rest verteilt sich auf Österreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Holland, die Schweiz und Venezuela. Die Meldungen, daß die amerikanischen Importeure die Schrottverträge mit Westdeutschland gekündigt hätten, werden in Abrede gestellt. Dadurch, daß die Ruhrindustrie mit Schrottkäufen zurückhält, können die Exportverpflichtungen erfüllt werden. Für eine Tonne Ia Stahlschrott zahlen die amerikanischen Importeure zur Zeit 28,5 Dollar. Die Weltmarktnotierung für Schrott liegt zur Zeit bei 35—36 Dollar, während der deutsche Inlandspreis — Jasis Essen — 73 DM beträgt. Das gesamte Schrottaufkommen der Doppelzone betrug im Januar 300—350 000 t.

Finanzberater über DM-Kurse

Die Kursnotierungen der DM auf den inoffiziellen Devisenbörsen in der Schweiz und den USA bieten keine Grundlage zu einem Vergleich mit anderen Währungen, da sie nur die täglichen Schwankungen im Angebot und in der Nachfrage sogenannter „heißer" Geldscheine widerspiegeln, die aus Deutschland eingeschmuggelt und in der Schweiz und in den USA gehandelt werden.

Die Kursschwankungen der DM in der Schweiz dürften jetzt und in der Zukunft, erklärte Freman, durch die von den Deutschen und den alliierten Behörden vorgenommenen Zollkontrollen stark beeinflußt werden.

Österreich respektiert deutsche Schutzrechte

Österreich hat bekanntlich das Londoner Abkommen über die Verwendung deutscher Patente nicht unterzeichnet. Daraus folgt, daß gegenüber bereits geltenden Schutzrechten keine Beschlagnahme noch sonstige staatliche Auflage oder Lizenzvergebung vorgenommen wurde. Man sorgte sogar dafür, daß diese Schutzrechte wieder in Kraft treten. Es besteht von österreichischer Seite nicht der geringste Einwand dagegen, daß auch jetzt wieder deutsche Staatsangehörige oder in Deutschland ansässige Firmen in Österreich neue Patente, Marken und Muster anmelden. In der Behandlung dieser Anmeldungen und derjenigen österreichischer Staatsangehöriger besteht nur ein geringer Unterschied.

In der Wiener Zeitschrift „Internationale Wirtschaft" teilt der Vizepräsident des österreichischen Patentamtes, Dr. Behhann, zu diesem Thema weiter mit, daß in der Frage der Priorität deutscher Voranmeldung zwischen Voranmeldungen aus der Zeit vor dem 27. April 1945 und denen aus der Nachkriegszeit unterschieden werden muß. Eine Wiederholung der Voranmeldungen vor dem 27. April 1945 ist nur in Markensachen möglich, die frühestens am 13. September 1937 beim Reichspatentamt eingereicht waren, aber bis zum 27. April 1945 noch nicht durch Eintragung erledigt worden sind. In Patentsachen sind deutsche Staatsangehörige noch nicht zur Wiederholung ihrer Anmeldungen aufgefordert worden. Jedoch können auch Gebrauchsmusteranmeldungen, die frühestens am 13. März 1937 beim Reichspatentamt eingegangen waren, nach den Bestimmungen des österreichischen Patentgesetzes unter Wahrung des Zeitrangs wiederholt werden, wenn die deutsche Voranmeldung am 27. April 1945 noch nicht zur Eintragung des Gebrauchsmusters geführt hatte.

Nach dem Pariser Unionsvertrage gestellte Prioritätsansprüche setzen die bisher noch nicht vollzogene Mitgliedschaft der deutschen Besatzungszonen, einzeln oder insgesamt, an diesem Vertrag voraus. In der Hoffnung auf eine baldige Lösung dieser Angelegenheit werden beim österreichischen Patentamt mit Prioritätsansprüchen versehene Patent- und Markenanmeldungen deutscher Staatsangehöriger und in Deutschland residierender Firmen angenommen und unter Berücksichtigung der Priorität vorgeprüft, aber vorläufig noch nicht zur Bekanntmachung, Auslegung oder Registrierung gelangen. Der Patentanmelder wird einen Vorbescheid erhalten, ob für die Zeit vor der beanspruchten Priorität oder im Prioritätsintervall neuheitsschädliches Material gefunden worden ist, so daß der Anmelder mit der Abweisung der Anmeldung rechnen muß. Die Weitergeltung der heute noch gültigen deutschen Schutzrechte, also derjenigen, die am 27. April 1945 noch in Kraft waren, hängt von dem Ablauf einer im Augenblick noch nicht festgesetzten Frist ab, in der sie in die neu angelegten österreichischen Register eingetragen werden müssen. Bei Versäumung dieser Neueintragung werden sie erlöschen.

Es ist außerdem möglich, bereits vor dem 27. April 1945 erloschene Schutzrechte wiederherzustellen. Dies gilt nicht nur für Patente, sondern auch für Marken, deren Erneuerung während des Krieges unterblieben ist.

Zollfreizone Linz

Die Vorarbeiten für die Schaffung einer Zollfreizone Linz sind in vollem Gange. Das Linzer Projekt ist nach Innsbruck das zweite genehmigte Zollfreizonenprojekt in Österreich. Die Vorarbeiten für eine Zollfreizonenverordnung werden Anfang 1949 durchgeführt.

Holz und Papier, die größten Ausfuhrposten

Österreichs Außenhandel ist seit Mitte 1948 ständig gestiegen. Als Hauptabnehmer kommen die Schweiz und Italien mit 15 bzw. 10% der Gesamtausfuhr in Betracht. Es folgen dann die Tschechoslowakei, Großbritannien, USA und Deutschland. Die bedeutendsten Ausfuhrposten sind Holz und Papier. Die Einfuhr erhöhte sich in den letzten drei Monaten 1948 um über 69 Mill. Schilling, wobei Deutschland, die Tschechoslowakei und Italien die wichtigsten Lieferanten Österreichs sind. 30% der gesamten Einfuhr entfielen allein auf mineralische Brennstoffe.

Nach dem neuen Handelsabkommen mit Jugoslawien wird dieses Jahr an Österreich liefern und dafür Zellwollgarne, Zellulose, Rotationspapier, Rotationsarbeitsgemeinschaften erhalten.

*

Das kürzlich geschlossene Handelsabkommen zwischen der Türkei und Österreich sieht u. a. die Lieferung von 1,3 Mill. kg Tabak der Ernte 1948 nach Österreich vor.

Im Austausch gegen Kohle wird Österreich in einigen Monaten 400 Steyr-Daimler-Schlepper von 26 PS nach Polen liefern.

Große Aufgaben der Elektroindustrie

Dem Geschäftsbericht der Siemens & Halske AG., der auf der Generalversammlung in Frankfurt verlesen wurde, entnehmen wir folgenden Teil, der einen interessanten Überblick über den augenblicklichen Stand der deutschen Elektroindustrie gibt. Der ausführliche Geschäftsbericht folgt auf Seite 7.

Wohl niemals ist die Bedeutung der Elektroindustrie für alles wirtschaftliche Geschehen so offensichtlich geworden, wie heute. Schon allein auf dem Gebiet der Stromversorgung läßt sich ihre Wichtigkeit erkennen. Die VDEW ist der Ansicht, daß der Leistungszuwachs der öffentlichen und industriellen Stromversorgung der Westzonen einschließlich Berlin 4,5 Mill. kW betragen müsse. Die heutige Kraftwerksleistung liegt mit 8 Mill. kW um 1 Mill. kW unter der von 1936. Die deutsche Elektroindustrie steht daher vor ganz außerordentlichen Aufgaben, wenn die aufgestellten Energieprogramme durchgeführt werden sollen. Es gilt nicht nur, neue Kraftwerksanlagen zu erstellen, sondern auch die Reparaturen und den Austausch betriebsuntüchtiger und unwirtschaftlicher Maschinensätze zu liefern. Ein weiteres umfangreiches Gebiet, für das die Lieferungen und Leistungen der Elektroindustrie wesentlich sind, stellt die Fernmeldetechnik dar. Der Zustand der Telefonnetze aller deutschen Großstädte ist bekannt. Es gilt hier Abhilfe zu schaffen und für den Nachrichtendienst von Post und Bahn die dazu notwendigen Geräte und Einrichtungen zu liefern. Ein fast ebenso wichtiges Gebiet ist der Ruhr-Bergbau, dessen Produktionserhöhung im Rahmen des europäischen Wiederaufbaus eine besondere Rolle spielt und dessen Auf- und Ausbau ohne die stärkste Mitwirkung der deutschen Elektroindustrie nicht zu denken ist. Dazu tritt mit immer wachsenden Anforderungen das Verkehrswesen, das ebenfalls weitreichende Ansprüche an die Elektrotechnik stellt. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Ausstattung mit elektrotechnischen Einrichtungen erst die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Fertigung in anderen Industrien schafft. Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Elektroindustrie, deren Kapazität bis zum Kriegsende zu rund zwei Drittel in Berlin und der heutigen Ostzone lag und die dort durch die bekannten Ereignisse ganz außerordentlich geschwächt wurde, heute noch keineswegs in der Lage ist, allen Anforderungen zu genügen, die sie früher erfüllen konnte. Trotz aller inzwischen geleisteter Wiederaufbauarbeit sind auf vielen Gebieten noch keine ausreichenden Fertigungskapazitäten vorhanden. Diese Situation bestimmt auch die Vertriebsmöglichkeiten der Siemenswerke. Bei dem ungeheuren Ausmaß der Aufgaben kann auf den meisten Gebieten schon allein auf dem Inlandsmarkt für lange Zeit mit einem befriedigenden Absatz eines großen Teils der Erzeugnisse gerechnet werden.

Wesentlich schwieriger sind die Aussichten für den Export. Die große Nachkriegskonjunktur auf den Weltmärkten, die durch den Ausfall der deutschen Industrie für die ausländischen Wettbewerber ganz besonders günstig lag, scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Deutschland hatte an dieser Konjunktur keinen Anteil, obwohl viele der alten Auslandskunden mit großen Lieferwünschen an uns herantraten. Jedoch konnten diese Anfragen zum großen Teil nicht erfüllt werden. Auch heute ist die Ausfuhr der Siemens-Werke sehr bescheiden (und beträgt nur einen Bruchteil der früheren Lieferungen. Der Verlust unserer gesamten Vertriebsorganisation im Ausland und die nach Kriegsende zunächst sehr verminderte Leistungsfähigkeit der Werke, ganz abgesehen von den anfänglich bestehenden wirkenden Ausfuhrbestimmungen der Militärregierungen, machten in den Nachkriegsjahren einen Export zunächst praktisch unmöglich. Heute würde der Wechselkurs der Mark auf der Basis von 30 Dollar-Cents eine Ausfuhr in vielen Fällen nur zu Verlustpreisen gestatten, was bei der angespannten Finanzlage kaum zu verantworten ist. Solange darüber hinaus bei dem zerstörten Gleichgewicht fast aller Volkswirtschaften Handelsverträge der Westzonen nur auf der Dollarbasis abgeschlossen werden, sind dem Güteraustausch von vornherein enge Grenzen gesetzt. Wenn die äußeren Hemmungen des Handelsverkehrs nicht bald abgebaut werden, kann man mit Sicherheit voraussagen, daß die deutsche Elektroindustrie keineswegs in der Lage sein wird, die ihr im Rahmen des Marshallplanes zugedachten Exportziele zu erfüllen.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß

Zu der Königswinter Konferenz stellt uns ein führender Gewerkschaftler den nachstehenden Artikel zur Verfügung:

Das durchaus verständliche Streben der Arbeitnehmer nach einer einheitlichen Berufsinteressenvertretung im gesamtdeutschen Wirtschaftsbereich nähert sich einer neuen Etappe. Am vorigen Sonntag hat in Königswinter eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der drei Westzonen stattgefunden, auf der die Einberufung eines Gründungskongresses für einen Gewerkschaftsbund dieser Zonen beschlossen und eine Kommission mit der Durchführung der dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten beauftragt wurde. Die Sensation des Tages war die Erklärung des Vorsitzers der Gewerkschaften der französischen Zone, daß die französische Militärregierung gegen einen solchen Zusammenschluß auf trizonaler Basis keine Einwendungen erheben würde.

In der Tat, vor Tisch las man's anders. Durch die falsche Auslegung an sich durchaus eindeutiger Erklärungen der Direction Arbeit bei der französischen Zonenverwaltung in Baden-Baden war weithin der Eindruck hervorgerufen worden, daß die Gewerkschaften der französischen Zone nicht mit der Zustimmung der Militärregierung für einen derartigen Zusammenschluß rechnen könnten. In Wirklichkeit wandten sich diese Erklärungen lediglich gegen die immer wiederkehrenden Versuche einer Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde zu einer zentralistischen Organisation nach Art der früheren Arbeitsfront, oder auch nur der früheren Zentralverbände. Einer solchen Verschmelzung stehen die Bestimmungen des in allen Westzonen geltenden neuen Gewerkschaftsrechts und die darauf abgestimmten Satzungen der Gewerkschaften selbst entgegen, die einen föderativen Aufbau unter Beibehaltung der Selbständigkeit und finanziellen Unabhängigkeit der einzelnen Gewerkschaften vorsehen. An diesem föderativen Charakter der Gewerkschaftsbewegung hält nicht nur die französische, sondern, wie aus neuerlichen Verlautbarungen hervorgeht, auch die amerikanische Militärregierung unbedingt fest. Er entspricht dem Organisationsprinzip in ihren eigenen Ländern und dem föderativen Staatsaufbau des neuen Deutschland, an dem die Westmächte, wie ihre Interventionen in Bonn immer wieder zeigen, mit der gleichen Bestimmtheit festhalten.

Dieses Organisationsprinzip ist den alten deutschen Gewerkschaftsführern fremd. Die früheren deutschen Gewerkschaften wandten sie zwar beim Zusammenschluß der einzelnen Berufs- und Industrieverbände zu den Dachorganisationen — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring — an, aber diese Verbände selbst waren streng zentralistisch aufgebaut. Aus Gründen, die wir hier nicht zu untersuchen haben, wollen die Militärregierungen dieses System nicht mehr zulassen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus interessiert an diesem Zusammenhang nur die Frage, wie sich dieser föderalistische — mit dem fachtechnischen Ausdruck anarchosyndikalistische — Aufbau auf die Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem sozialen Gegenpartner, der Unternehmerschaft, auswirken wird. Die Beispiele der amerikanischen Lohnkämpfe scheinen zu beweisen, daß föderativ aufgebaute Gewerkschaften nicht minder schlagkräftig sind als zentralistische, und wenn in Frankreich nicht immer die gleichen Erfahrungen gemacht worden sind, dann dürfte dies eher auf die politische Zerrissenheit der französischen Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen sein als auf ihren organisatorischen Aufbau.

Der einmütige Wille der deutschen Arbeitnehmerschaft zur Koordinierung ihrer gewerkschaftlichen Bestrebungen wird sicher die Schwierigkeiten Herr werden, die sich aus der Einführung eines noch unbekannten Organisationsprinzips ergeben, und Studienreisen deutscher Gewerkschaftsführer ins Ausland werden das ihre dazu beitragen, sie mit der Handhabung dieses Systems vertraut zu machen. Die Gewerkschaften werden dem trizonalen Wirtschaftsgebiet auf alle Fälle wieder ein Faktor sein — und sind es in weitem Maße heute schon — mit dem die Wirtschaft zu rechnen hat. Daran wird die neue Organisationsform nichts ändern.

Stahltreuhandverband in Geburtswehen

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

Die „Zwölf Apostel" der Eisen- und Stahlindustrie sind nun schon erhebliche Zeit auf die lange Bank geschoben worden, und deshalb hat man in Westdeutschland die Mitteilung des Generals Robertson auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf, wonach die Beratungen über die Zusammensetzung dieses Gremiums nun im Gange seien, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Der General bezeichnete es als sehr erfreulich, daß in allen fünf Vorschlägen der Vorschlagsberechtigten zu einem großen Teil die gleichen Namen genannt seien. Er sei wiederholt gefragt worden, wie groß im einzelnen die Anzahl der Vertreter der Gewerkschaften, der Eigentümer und der Regierung sei, die bei der Zusammensetzung der endgültigen Liste berücksichtigt werde. Darauf habe er immer geantwortet: keine. Die Mitglieder des Stahltreuhandverbandes würden nicht nach ihrer Zugehörigkeit oder ihren Bindungen zu irgendwelchen Interessentengruppen ausgewählt, sondern einzig nach ihrer fachlichen Eignung. Sie hätten in dem Ausschuß nicht die Aufgabe besondere Interessen zu vertreten, als vielmehr eine ganz bestimmte Aufgabe zu lösen und zwar Vorschläge für die Neuorganisation der Eisen- und Stahlindustrie zu erarbeiten. Natürlich würden nur solche Männer ausgewählt, die gleichzeitig in den beteiligten Kreisen das erforderliche Vertrauen genießen.

Der Hinweis des Generals auf die Vordringlichkeit der sachlichen Eignung hat unmittelbar die Gewerkschaften auf den Plan gerufen, die in einer Erklärung zum Ausdruck brachten, daß die von ihnen vorgeschlagenen vier Funktionäre der Gewerkschaften unbedingt in den Stahltreuhandverband aufgenommen werden müßten. Man sieht, der Stahltreuhandverband ist ein heißes Eisen, kaum daß man daran zu schmieden begonnen hat. Auch steht noch keineswegs fest, daß er auch in der Tat aus 12 Mitgliedern bestehen wird; es können bei dieser schweren Geburt auch noch einige mehr das Leben erblicken.

Wenn bisher von der Vertretung der Eigentümer gesprochen wurde, so meinte man vorwiegend damit die Vertreter der alten Konzerne, die einige bekannte Direktoren vorgeschlagen haben. Die Eigentümer selbst aber scheinen sicherlich zu kurz zu kommen. Sie werden von den vielen Aktionären gestellt. Sie sind die eigentlichen Eigentümer, und die Direktoren nur die Manager der Werke, um die es sich hier handelt.

Was die Drei-Mächte-Stahlkontrolle angeht, so sind nach der Feststellung der amerikanischen Fachleute auch die Namen der englischen und französischen Mitglieder angegeben worden. Bei den Engländern sind es u. a. Mr. Harris-Burland und Mr. Holgate, beide bisher Mitglieder der North German Iron and Steel Control, und bei den Franzosen M. Bureau sowie zwei weitere Persönlichkeiten, die aber wohl noch nicht endgültig feststehen dürften. Die Bildung der alliierten Kontrollgruppe wird es wohl ermöglichen, den Boden wieder gutzumachen, den die Eisenseite gegenüber der Kohle in der Einleitung der Umorganisation verloren hat.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG" G.m.b.H., Rastatt i. B., Postfach 158 (Chefredakteur: Oskar Klausner, Frankfurter Redaktion: Dr. E. Hoffmann, A. d. Körnerwiese 11, Satz und Druck: Badendruck GmbH. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich deren Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Bezugspreis monatlich DM 2.— einschl. Zustellgeld oder Porto. Postversand nur vierteljährlich. Kündigung Verlagsgeschäftsführung Bühlingen/Baden. Anzeigen von Bezugs- und Anzeigenbestellungen beim Verlag, oder bei der „Wirtschaftsrevue"-Werbeabteilung, Rastatt/Baden, Babalotbl. 46. Anzeigenpreis für die 22 mm breite Millimeterzeile 30 D-Pfg., Kleinanzeigen 6 D-Pfg., Stellengesuche 5 D-Pfg., Textanzeigen: die 54 mm breite Millimeterzeile DM 1.—. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Preiserhöhungen oder Subventionen?

Folgen der Abrechnung in Weltmarktpreisen für die deutschen Lebensmittelimporte

Während alle Welt mit großer Aufmerksamkeit das Fallen der Lebensmittelpreise auf den Weltmärkten beobachtet, wird die deutsche Öffentlichkeit unliebsam daran erinnert, daß diese Weltmarktpreise, obwohl in den letzten Wochen stark rückgängig, dennoch sehr viel höher sind als die deutschen Inlandspreise. In der Tat sind die deutschen Preise für Lebensmittel durch die Jahre mehr oder weniger unverändert geblieben, während sich auf den Weltmärkten eine ungeheure Hausse abspielte, die im vorigen Jahr kulminierte und erst in der letzten Zeit ziemlich scharfen Kursrückgängen gewichen ist. Etwa der Weizenpreis hatte einen Höhepunkt von 3.32½ Dollar je Bushel erreicht und steht jetzt auf 2.50. In diesen Zeitpunkt fällt die Anordnung der Militärregierungen der Bi-Zone, daß die von ihnen durchgeführten Lebensmittelimporte ab 1. Mai 1949 zu Weltmarktpreisen abgerechnet werden müssen.

Die Bedeutung dieser Anordnung wird klar, wenn man die deutschen Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen vergleicht und sich vergegenwärtigt, daß diese Lebensmittel(einfuhren) von der Militärregierung bisher zwar zu Weltmarktpreisen in Dollar eingekauft, aber zu deutschen Inlandspreisen geliefert wurden. Der deutsche Inlandspreis je Tonne Weizen beträgt 280 DM, dagegen der Weltmarktpreis, eine DM zu 30 Dollarcents umgerechnet, zirka 360 DM, d. h., daß bei Durchführung der erwähnten Anordnung von deutscher Seite um zirka 100 DM mehr je importierte Tonne Weizen auf das für die Bezahlung der Lebensmittelimporte errichtete Sperrkonto einzuzahlen ist als bisher. Bei anderen Lebensmitteln, z. B. Hülsenfrüchten, ist die Differenz noch größer, sie mag bei einer Tonne Bohnen, die bisher dirka 300 DM kostete, sich auf 500 und mehr DM stellen. Geringer ist sie bei Futtermitteln, unbeträchtlich bei Fetten, wo der deutsche Inlandspreis jetzt schon ungefähr gleich hoch ist wie der Weltmarktpreis. Im ganzen wird aber damit zu rechnen sein, daß die importierten Lebensmittel im Durchschnitt um mehr als 50% verteuert werden, zumal da ungefähr gleichzeitig, aber schon mit Wirkung vom 1. März, eine ungefähr 10prozentige Erhöhung angeordnet worden ist, die sich aus den Frachtkosten ab Hafen und Zuschlägen für Umschlaggebühren, Steueranteile usw. ergibt.

Es ist ganz klar, daß solche Preiserhöhungen eine ganze Reihe schwerwiegender Probleme aufwerfen. Das Wichtigste ist die Frage, ob die deutsche Landwirtschaft jetzt nicht versuchen wird, auch ihrerseits Weltmarktpreise durchzusetzen, wodurch dann das ganze Preisgefüge der Lebensmittel ins Wanken kommen müßte. Allerdings gibt es gegen diese Forderung ein wichtiges Argument, nämlich daß die Landwirtschaft dann bei sinkenden Weltmarktpreisen auch eine Situation ins Auge zu fassen hätte, in der die Weltmarktpreise noch niedriger sein könnten, als die jetzigen deutschen Inlandspreise. Doch ist nicht abzusehen, ob sich dieses Argument durchsetzt, weil durch behördliche Anordnung zwar der Preis festgesetzt, aber die Ablieferung zu dem festgesetzten Preis nur mangelhaft erzwungen werden kann. Aber selbst wenn es gelingt, den Inlandspreis für die deutsche Produktion zu halten, so würde sich für den Verbraucher in allen Grundnahrungsmitteln, da etwa die Hälfte im Inland hergestellt und die Hälfte importiert wird, eine Verteuerung um immer noch 25 bis 30% ergeben.

Dies führt zu der zweiten Frage, die inzwischen in Frankfurt ventiliert worden ist, ob die Preisdifferenzen zwischen den Inlands- und Weltmarktpreisen durch staatliche Subventionen abgefangen werden können. Den dafür notwendigen Betrag schätzt man in Frankfurt auf zirka 600 Mill. DM im Jahr, eher zu niedrig als zu hoch, und es liegt eine von uns bereits wiedergegebene Äußerung von Dr. Pünder vor, daß zunächst für drei Monate die Differenz mit einem Betrag von 145 Mill. DM aus der Staatskasse abgedeckt werden soll. Ob dieser Weg auf die Dauer gangbar ist, darf bezweifelt werden, es sei denn, eine gründliche Verwaltungsreform macht diesen Betrag von 600 bis 800 Millionen im Jahr durch Ersparungen verfügbar, der in Form von neuen Steuern bei dem jetzigen Stand der Produktion kaum mehr von der Bevölkerung aufgebracht werden kann. Jedoch ist die Alternative zur Subventionierung eine allgemeine Welle von Lohn- und Gehaltserhöhungen, die, wenn das Subventionsprojekt sich als undurchführbar erweist, wahrscheinlich im Sommer in Gang kommen wird.

Darüber hinaus ergibt sich aber noch ein weiteres Problem. Die Preiserhöhung für die importierten Lebensmittel wird, da die DM-Beträge, die den Importen entsprechen, auf ein Sperrkonto eingezahlt werden müssen, einen verschärften Deflationsprozeß zur Folge haben, ganz unabhängig davon, ob der Mehrpreis vom Verbraucher oder vom Staat bezahlt wird, indem auf diesem Konto vom 1. Mai an um 6—800 Mill. DM jährlich mehr eingezahlt werden müssen, als bisher. Dadurch gewinnt die Frage große Aktualität, wann diese Konto für die vorgesehenen Investitionsaufgaben freigegeben und das darin angesammelte Kapital wieder in den Wirtschaftsprozeß geleitet wird.

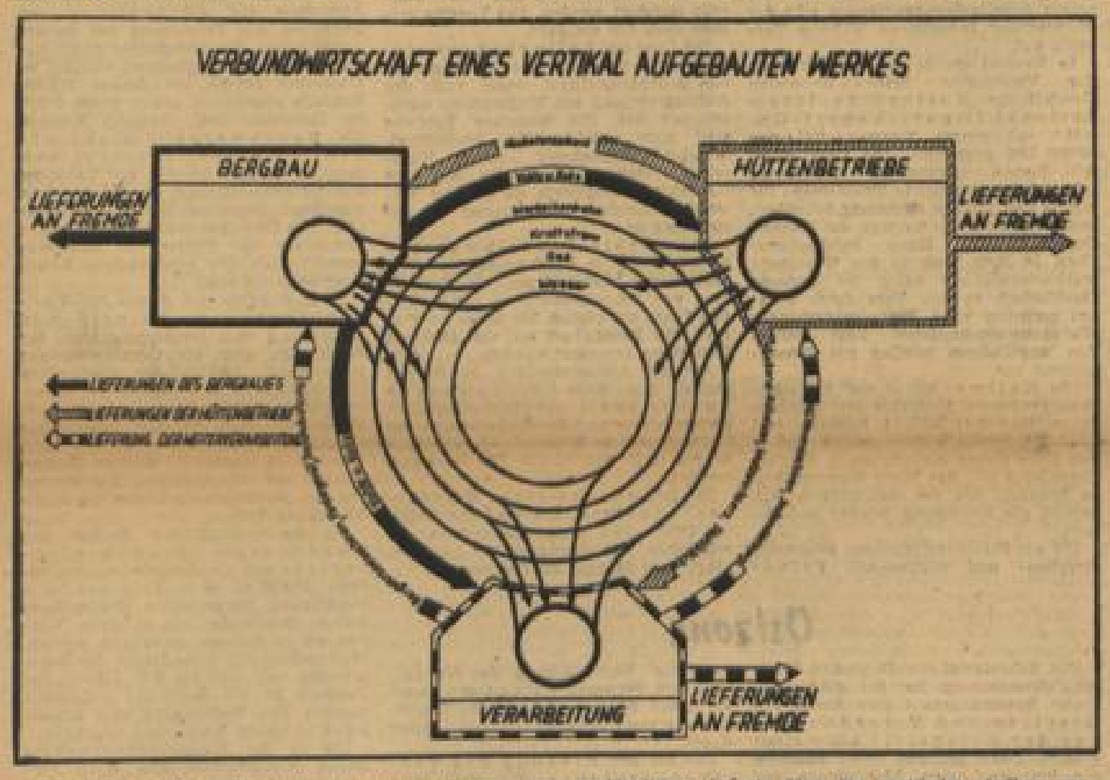
Über die Gründe des Übergangs auf Weltmarktpreise ist bisher nichts bekannt geworden, doch vermuten manche Kreise, daß die Maßnahme auf eine Herstellung des Gleichgewichts in den Konkurrenzverhältnissen hinzielt, indem die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln zu Preisen, die erheblich unter den Weltmarktpreisen liegen, als eine indirekte Subventionierung des deutschen Exports aufgefaßt werden könnte, da die Differenz entweder die Niedrighaltung der Löhne oder die Niedrighaltung der Steuern — wenn man von so etwas in Deutschland sprechen könnte — ermöglicht. Jedoch gibt es für diese Auffassung keine Anhaltspunkte, ja man könnte sagen, daß die ganze Überlegung nicht sehr viel für sich hat. Denn bei der Konstruktion, die in Deutschland vorliegt, muß zwar ein erhöhter Betrag von der Wirtschaft aufgebracht werden, aber dieser erhöhte Betrag kommt schließlich, nach der Zweckbestimmung des erwähnten Sperrkontos, den Investitionen, also letzten Endes der Kapitalausstattung im weiteren Sinn zugute. Infolgedessen sollte die Maßnahme auf weitere Sicht, ob sie nun zu Preiserhöhungen oder zu Subventionierungen führt, die deutsche Konkurrenzfähigkeit nicht vermindern. Dies würde vielmehr nur dann eintreten, wenn Deutschland den Gegenwert der Importe zurückzahlen müßte, doch werden diese in Wirklichkeit aus Fonds, perdu hauptsächlich von amerikanischen Steuerzahlern gezogen. In der Tat ist die Subventionierung der Volkswirtschaften, die solche Lieferungen empfangen, nicht zu bewerten nach den inneren Verrechnungsmethoden, sondern nach dem absoluten Aufwand, der gemacht wird. Infolgedessen ist die Subventionierung Deutschlands geringer als die Englands, das den größten Anteil am Marshallplan hat, ganz gleichgültig, ob Lebensmittelpreise endlich subventioniert werden wie in England und vielleicht demnächst in Deutschland oder nicht. Eine andere Sache ist, daß England bedeutende internationale Verpflichtungen hat, die viel Geld kosten, von denen Deutschland einerseits frei ist. Und wieder eine andere Sache ist es, daß infolge der Zerstörungen usw. die deutsche Kapitalausstattung viel schwächer ist als die englische und für die Produktionsaufgaben, die Deutschland gestellt sind, nicht ausreicht. Wir führen das alles an, um zu zeigen, daß es nicht so einfach ist, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands mit der anderer Länder zu vergleichen, und daß es wenig Zweck hat, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Löhne niedriger sind, wenn die deutschen Arbeiter z. B. vor Maschinen stehen, die nur die Hälfte oder ein Drittel moderner amerikanischer oder englischer Maschinen leisten.

Wie dem auch sei, es ist ganz klar, daß die Löhne nicht unverändert bleiben werden, wenn die erwähnte Anordnung der Militärregierung zu beträchtlichen Preissteigerungen der Lebensmittel führen sollte. Vermutlich hätte das Lohnproblem auch sonst Voraussetzungen genug, sich im Laufe dieses Jahres zu aktualisieren. Jedoch würde es eine Täuschung sein zu glauben, daß auf einer Seite Preiserhöhungen und auf der anderen Seite gleichzeitig Lohnerhöhungen möglich sind. Denn eine solche Entwicklung ist nur im Zug des sogenannten wirtschaftlichen Fortschritts, nämlich einer durchgreifenden Verbesserung der Produktionsmethoden verbunden mit Steigerung der individuellen Arbeitsleistung möglich, wofür eine ausreichende Kapitalbildung die erste Bedingung ist. Davon aber sind wir, nicht zuletzt dank einer uferlosen Steuerpolitik und dank den vielen Unsicherheitsfaktoren, die auf allen Gebieten des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens wirken, noch sehr weit entfernt.

RUHR-KOHLENFORDERUNG

(einschließlich Aachener und Saarbrücker Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t



Wir haben in der vorigen Nummer unseren Lesern einen ausführlichen Aufsatz über den vertikalen Aufbau von Kohle und Eisen gebracht. Um die Verbundwirtschaft eines solchen vertikal aufgebauten Werkes graphisch zu zeigen, bringen wir heute diese Zeichnung, die den Werkfluß auch dem Auge deutlich macht.

Streit um das Betriebsrätegesetz

In Südbaden ist eine Kontroverse zwischen Gewerkschaft und Regierung ausgebrochen, die das unlängst zur Verkündigung gebrachte Landesgesetz über die Bildung von Betriebsräten zum Gegenstand hat. Die Gewerkschaften verlangen die sofortige Anwendung des Gesetzes auf die vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsräte, während die badische Regierung nur die demnächst auf dem Wege von Wahlen zum Zuge kommenden neuen Betriebsräte als unter den Schutz des Gesetzes fallend ansieht und auch die übrigen Teile des Betriebsrätegesetzes noch nicht für durchführbar erklärt, da weder Arbeitsgerichte noch Fachkommissionen bis heute eingesetzt seien.

Was uns an dieser Meinungsverschiedenheit interessiert, ist zunächst die Tatsache, daß beide Parteien im Recht sind, die Regierung insofern, als sie sich auf formale Bestimmungen des Gesetzestextes stützen kann, die Gewerkschaften aber, als sie die Tatsache der Verkündigung des Gesetzes für sich in Anspruch nehmen und darüber hinaus praktische Gesichtspunkte geltend machen können. Eine Lösung des Problems scheint uns bei der gegebenen Sachlage nicht allzu schwer zu sein.

Zunächst ist zu bemerken, daß die Regierung sich auf den § 1 des Betriebsrätegesetzes stützen kann, der besagt, daß gem. Art. 39 der Bad. Verfassung in den Betrieben Betriebsräte nach Maßgabe der in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmung zu bilden sind. Der Wortlaut dieser Bestimmung kann zunächst kaum anders ausgelegt werden, als daß das Wirksamwerden der Vorschriften des Betriebsrätegesetzes über die Funktionen der Betriebsräte zur Voraussetzung hat, daß ein Betriebsrat im Sinne des neuen Gesetzes erst gebildet wird. Die Rechtsfolge dieser Auslegung ist, daß die bisherigen vor Inkrafttreten des Gesetzes (9. 12. 1948) gewählten Betriebsräte weder den Kündigungsschutz nach § 33 genießen, noch die Mitgestaltungsbefugnisse im personellen und wirtschaftlichen Sektor (nach §§ 21 und 23) des Gesetzes haben. Aus der letztgenannten Tatsache ergibt sich u. a. wieder, daß der Schutz der übrigen Arbeitnehmer des Betriebes, der in der Mitwirkung des Betriebsrates bei Kündigungen besteht, bis zur Neubestellung der Betriebsräte hinfällig ist. Die Regierung zieht aber noch weitere Schlüsse: Die Kündigungswiderrufs-Klage des Arbeitnehmers ist bis zur Errichtung der Arbeitsgerichte undurchführbar, Ebenso entfalle bis zur Errichtung der Fachkommissionen die Möglichkeit einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf der „höheren Ebene".

So wenig an der formal-juristischen Seite der Argumentation gezweifelt werden kann, so unbefriedigend ist der daraus resultierende Rechtszustand. Es muß zunächst der Einwand erhoben werden: daß ein Gesetz, dessen Durchführung mangels bestimmter Voraussetzung nicht möglich ist, überhaupt nicht in Kraft zu treten braucht, da es keine praktische Bedeutung besitzt. Wenn es aber schon in Kraft getreten ist, — darum ist nach dem eindeutigen Wortlaut des § 41 überhaupt nicht zu zweifeln — dann darf die Auslegung des Gesetzes nicht formal nach dem Buchstaben erfolgen, sondern muß Sinn und Zwecke der Vorschriften erforschen. Der Sinn und Zweck des Gesetzes ist eindeutig das Mitbeteiligungsrecht der Betriebsräte auf personellem und wirtschaftlichem Gebiet, besonderer Kündigungsschutz des Betriebsrates und Kündigungsschutz der Arbeitnehmers. Das Gesetz sieht wohl die Bildung von Betriebsräten auf Grund der in ihm enthaltenen Bestimmungen vor, knüpft aber an einen Begriff („Betriebsrat") an, der schon vor Inkrafttreten des Gesetzes bestand. Nur die Neubildung des Betriebsrates ist in § 1 genannt, nicht aber enthält er eine neue Begriffsbestimmung.

Daraus kann bei weitherziger Auslegung der Schluß gezogen werden, daß einerseits der Betriebsrat wohl neu zu bilden ist, daß aber andererseits seit 9. Dezember 1948, dem Tage des Inkrafttretens des Betriebsrätegesetzes, die Bestimmungen des Gesetzes auf die alten Betriebsräte Anwendung finden, da sie die Begriffsbestimmung des Gesetzes erfüllen. Es wäre, um es nochmals zu sagen, bei gegenteiliger Auffassung gar kein Grund einzusehen, warum man das Gesetz erließ, bevor man seine Hauptbegriffe durch Rechtsakte schuf. Der Gesetzgeber wollte doch offensichtlich lediglich die Funktionen des schon vor dem Gesetz begrifflich und tatsächlich vorhandenen Betriebsrates abschließend regeln, ohne deren Wirksamwerden von der Neuwahl der Betriebsräte abhängig zu machen. Gerade auch aus dem Fehlen einer Übergangsbestimmung ist zu folgern, daß der Gesetzgeber die Einberufung der alten Betriebsräte unter die Schutzbestimmungen und die Mitgestaltungsrechte bezweckte, denn schon die Bestellung der alten Betriebsräte erfolgte unter den programmatischen Gesichtspunkten des Art. 39 der Bad. Verfassung, wonach die Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Unternehmungen ein Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und an allen sie berührenden Angelegenheiten haben. Es ist kaum anzunehmen, daß der Gesetzgeber den bisherigen Betriebsräten nur formale Bedeutung zumaß. In der Praxis war es auch so, daß die alten Betriebsräte ihre Funktionen gemäß Art. 39, wenn auch in provisorischer Weise, ausübten. Sie genossen auch de facto den Kündigungsschutz insoweit, als die Arbeitgeber Kündigungsanträgen, die Betriebsräte betrafen, nicht zustimmten. Das Betriebsrätegesetz soll nun ihre Befugnisse und ihren Rechtsschutz in gesetzliche Formen unter gleichzeitiger Erweiterung ihrer bisherigen provisorischen Aufgaben und Rechte. Es wäre bei dieser Sachlage unerklärlich, warum der alte Betriebsrat trotz Vorliegens eines Gesetzes, das ausschließlich seine Funktionen im Auge hat, das Provisorium seiner bisherigen Existenz weiterbehalten sollte, bis ein neuer Betriebsrat gebildet ist.

Auch praktische Überlegungen führen zu diesem Ergebnis: Wird beispielsweise der Kündigungsschutz des alten Betriebsrates verneint, so kann der Fall eintreten, daß bisherige Betriebsräte im üblichen Kündigungsverfahren entlassen werden. Die Arbeitsämter werden sich nach Vorliegen des Betriebsrätegesetzes kaum mehr in der Lage sehen, bei solchen Kündigungen von ihren Richtlinien, Kündigungen nur nach arbeitsmäßigen Gesichtspunkten zu behandeln, abzuweichen, da nach Auffassung der Arbeitsbehörden ein besonderer Schutz der bisherigen Betriebsräte nicht beabsichtigt ist. Ebenso entfiele das Zustimmungsverfahren des Betriebsrates bei Kündigung von emsigen Arbeitnehmern des Betriebes.

Eine über den Buchstaben hinausgehende Auslegung des Gesetzes wird also dessen Anwendung auch auf den alten Betriebsrat bejahen. Nicht möglich aber ist mangels eines Gesetzes bis jetzt die Verlagerung der Probleme in die „höhere Ebene" der Fachkommissionen. Zweifelhaft ist auch die Durchführung der Kündigungswiderrufsklage, für die ausdrücklich die Arbeitsgerichte vorgesehen sind. Die übrigen Kündigungsschutzbestimmungen dagegen würden Platz greifen.

Wir glauben, daß diese Beurteilung der Sachlage gerecht wird. Sollten erhebliche formale Bedenken dagegen bestehen, so könnte der Gesetzgeber immer noch eine Übergangsregelung treffen, die für die alten Betriebsräte das neue Gesetz für anwendbar erklärt. Dies ist aus Rechtssicherheitsgründen dann zu empfehlen, wenn sich die Bildung der neuen Betriebsräte zeitlich noch hinauszögern sollte. Denn eines scheint uns sicher zu sein: Der Gesetzgeber kann nicht die Absicht haben, den bisherigen Betriebsrat ohne Aufgabengebiet und Schutz zu lassen. Dies widerspräche ganz den bisherigen Intentionen und Gesichtspunkten der Badischen Sozialpolitik, die es bisher in anerkennenswerter Weise verstanden hat, soziale Belange mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Einklang zu bringen. Auch die Wirtschaft hat ein Interesse daran, die strittige Frage bald gelöst zu sehen!

Am Ausguck: „Die Demokratien sind schüchtern . . ."

Eine Hausse von Konferenzen in diesen Tagen, auf denen viele Reden um das jeweils beste Rezept für die Gesundung Europas gehalten wurden, zeigte wieder einmal, welcher alte Schutt noch wegzuräumen ist, um das richtige, zweckmäßige und auch einigermaßen durchführbare Programm zu finden. Auf der Pariser Tagung der O.E.C.E. wurde die Schaffung einer Konsultativgruppe beschlossen. Es sei, so betonte Graf Sforza, ein historischer Akt, da zum ersten Male in der Geschichte eine internationale Regierung geschaffen wurde. Dieser Akt korrigiere nämlich die übertriebene Unabhängigkeit der Staaten, an deren Stelle die Interdependenz gesetzt werden müsse. Die Europäische Union werde von gleicher Bedeutung sein. „Das einzige, was uns fehlt", meinte Graf Sforza, „ist die Selbstsicherheit. Die Demokratien sind schüchtern, und darum stellen sie keine Gefahr dar." Auf die Aufgaben der Europa-Union übergehend, äußerte Sforza, daß diese auf geistigem Gebiet sehr große Dienste leisten könne. Sie sei auf dem Gedanken der Defensive aufgebaut, denn alle seien mehr oder weniger von dem dunklen Mysterium, das die Sowjetunion hülle, beeindruckt. Vielleicht bestehe jedoch ein anderes Mysterium, das Mysterium Deutschland. In Straßburg, dem Sitz der Europa-Union, sei am langen Sitzungstisch ein leerer Platz, der von Deutschland besetzt werden soll, sobald es die Mitglieder überzeugt haben werde, daß es demokratisch geworden sei. „Wir haben alle Karten in der Hand", bemerkte Graf Sforza weiter, „um ein Europa des Fortschritts und der Freiheit aufzurichten". Die Karten hat man also in der Hand, wie bei allen Konferenzen, die sich bisher mit diesen Plänen befaßt haben. Es hängt nun alles weitere davon ab, wie sie gemischt und ausgespielt werden. Die ersten Schwierigkeiten werden sich bereits ergeben, wenn irgendein Land auf irgendein Jota der so eifersüchtig gehüteten Souveränitätsrechte wird Verzicht leisten sollen. Die Demokratien sind nicht nur schüchtern, wie Graf Sforza feststellte, sondern auch noch von geringer Reaktionsfähigkeit — andere nicht weniger verhängnisvolle Fehler wollen wir gar nicht aufzählen —, aber aus all diesem resultieren die Gefahren für die Demokratien, die selbst, wie Graf Sforza äußerte, keine Gefahr darstellen.

Für Deutschland sind in der letzten Zeit wieder viel ermunternde Worte und auch freundliche Gesten gefunden worden. Man darf aber in Deutschland nicht übersehen, daß das Land noch keinen gleichberechtigten Partner bildet und daß der dargebotene Finger nicht mit der ganzen Hand verwechselt werden darf. Die Zeit ist noch nicht reif für einigermaßen erfolgversprechende Gespräche. Immerhin kann man aus diesen Freundlichkeiten schließen, daß die übrigen europäischen Länder allmählich zur Überzeugung gelangen, daß ohne Deutschland eine Gesundung Europas nicht möglich ist.

Während die Konferenzen mit dem Ziele einer wirtschaftlichen und politischen Stärkung Westeuropas tagten, wurde auch die Debatte über die militärische Hilfeleistung der Vereinigten Staaten weitergeführt. Diese Debatte im Washingtoner Senat und die in diesem Zusammenhang erfolgten Veröffentlichungen in der Presse haben die geradezu unverantwortliche militärische Schwäche der westlichen Demokratien aufgezeigt. Die Amerikaner haben sich beeilt, durch verschiedene Erklärungen, die Reaktivierung Eisenhowers, die Verstärkung der Atlantikflotte, die Bereitschaft, einige Milliarden für die Aufrüstung Europas bereitzustellen usw., das Gefühl der Selbstsicherheit wieder einigermaßen zu erhöhen. Die „New York Herald Tribune" erklärt in diesem Zusammenhang, daß ein Bündnisvertrag noch nie absolut unverlässig war, wenn er zwischen Staaten abgeschlossen wurde, deren Regierungen über das Kriegsrecht verfügten. Die Amerikaner beäußen nicht einmal die unbedingte juristische Sicherheit, daß der Kongreß zu ihrer eigenen Sicherheit eine Kriegserklärung ausspräche. Kein Wort könnte die Amerikaner zum Eintreten in einen Krieg verpflichten. Was bindend sei und sein werde, sei die Einsicht des amerikanischen Volkes, daß ein Angriff auf Westeuropa die amerikanischen Interessen so tiefgreifend berühren würde, daß es auf diesen Angriff ebenso rasch reagieren würde, wie New York auf den Angriff auf Hawai reagiert habe.

„Die Tat", Zürich, meldet, daß man in Washington Europa als „strategisch unhaltbar" ansehe, also gewiß keine Beruhigung für die Westeuropäer, aber immerhin vielleicht eine für den Osten, der heute, falls er wirklich so aggressionssüchtig wäre, die einzige und vielleicht letzte Chance für ein neues Dünkirchen hätte. Der Glaube an die entscheidende Wirkung der Atomwaffe wird noch etwas erschüttert, wenn Herr Leiser in der „Daily Mail" etwas laut die Ansichten eines früheren deutschen Offiziers über die Atomwaffe wiedergibt. Die Sowjetunion habe den letzten Weltkrieg allein gewonnen, sagt nach Leiser der deutsche Offizier. Obwohl die britisch-amerikanischen Luftstreitkräfte gegen Ende des Krieges das deutsche Gebiet fast unumschränkt aus der Luft beherrschten, weil die deutschen Einheiten an der Ostfront vernichtet worden waren, habe es doch noch zwei Jahre blutigen Bodenkrieges bedurft, um den Krieg zu beenden, selbst nachdem die tatsächliche militärische Entscheidung in Stalingrad gefallen war. Die Atombombe, so äußert der Offizier weiter, habe nicht die angegebene Wirkung. Er bezieht sich auf eine Erklärung des britischen Nobelpreisträgers Blakett, daß auch mit 876 Atombomben auf Deutschland der Krieg nicht gewonnen worden wäre. Die Sowjetunion sei eines der bombensichersten Länder und weniger verwundbar als selbst die Vereinigten Staaten. Die Amerikaner müßten sich darauf gefaßt machen, meint dieser deutsche Offizier des Herrn Leiser, daß Rußland diesmal in der Lage sei, sofort mit der gleichen Waffe zu antworten. Und die Atombombe werde für New York oder Detroit genau so ungemütlich sein wie für Moskau oder Swerdlowsk.

Westeuropa sitzt also, wie sich gezeigt hat, in einem völlig ungeschützten Glashaus und deshalb sind die frühzeitigen Erklärungen des demokratischen Senators Tydings heute nicht gerade angebracht. Die Vereinigten Staaten verfügten über einen Bomber mit Düsenantrieb, so weiß der Senator zu berichten, der eine Bombenlast von neunzig Zentnern innerhalb von fünf Stunden nach Moskau befördern könne. Warum nennt der Senator nicht taktvollerweise einen Punkt in der Nähe des Südpols, warum ausgerechnet den Sitz des Politbüros und des „Onkel Joe", der doch einer der Freunde war, der die Annäherung an die USA befürwortete? Diese Art Erklärungen werden, das kann man sicher sein, von der Gegenseite propagandistisch richtig ausgewertet und sie verfehlen, dessen kann man ebenfalls sicher sein, nicht ganz ihre Wirkung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Bewirtschaftete Eier

Es ist zu verstehen — darf aber unsere Einstellung zu der Frage nicht beeinflussen — daß Hinweise auf die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung auch dort, wo sie ihren guten Sinn verloren hat, den Unwillen aller jener erregt, die von der Bewirtschaftung leben. Wir hatten uns in unserer Ausgabe 2 vom 14. Januar unter der Überschrift „Ernährung in England und Deutschland" mit der in der französischen Zone auch nach dem 20. Juni 1948 fortbestehenden Bewirtschaftung der Eier befaßt und u. a. gesagt, dieses System habe zu einer solchen Verringerung des Bestandes an Hühnern geführt, daß von einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Eiern nicht mehr die Rede sein könne. Logisch folgerten wir, daß, da das Ei fehle, das zu bewirtschaften sei, von der Bewirtschaftung abgesehen werden müsse, auch wenn dadurch einige mehr, die sich aus dieser Krippe nähren, genötigt sein sollten, sich einer produktiveren Beschäftigung zuzuwenden.

Wir verstehen es, wie gesagt, daß diese Folgerung im Kreise der von ihr Betroffenen unfreundlich aufgenommen wurde. Etwas begreiflich finden, heißt aber auch, nach einem alten Wort, es verstehen. Und so wollen wir es denn nicht tragisch nehmen, daß der Unwille, den wir erregt haben, sich Luft zu machen verspricht. Dieses tut, in einer Zuschrift an uns die Pressestelle des Landwirtschaftsministeriums Land Württemberg-Hohenzollern in Tübingen.

Sie weist darauf hin, daß die Bewirtschaftung in dem Land Württemberg-Hohenzollern im vergangenen Bewirtschaftungsjahr ermöglicht habe, „36 Eier an alle Normalverbraucher auszugeben", eine „Summe, die auch nicht annähernd in irgend einem anderen Land der Zone erreicht wurde". Diese „Jahressumme" sei entscheidend. Es ergebe „sich nun die Frage, wieso eine Bewirtschaftungsmaßnahme zu kritisieren ist, die eine immerhin erträgliche Eierbelieferung sichert, während die Aufhebung der Bewirtschaftung unter den gegenwärtigen Bedingungen den Beweis geliefert hat, daß sie nur denjenigen eine Eierversorgung ermöglicht, die über genügend Geld verfügen".

Was ist dazu zu sagen? 36 Eier in 12 Monaten, 3 also je Monat! In Südbaden gab es nur 26, davon 3 als Nachlieferung für 1947 und eines — im September — nur für einen Teil der Bevölkerung. So überwältigend groß scheint uns dieser Erfolg der Bewirtschaftung nicht zu sein. Es gibt Länder, in denen diese „Jahressumme" weniger als eine Monatssumme ist. Die Bewirtschaftung in Tübingen gibt sich mit ihr zufrieden. Ist auch die Bevölkerung von Württemberg-Hohenzollern? Wenn ja! Wäre sie damit auch dann noch zufrieden, wenn sie erführe, wie hoch sie das einzelne bewirtschaftete Ei zu stehen kommt, welche Jahressummen in DM aufgewandt werden müssen, um dieses doch eigentlich recht bescheidene Ergebnis zu erzielen. Auch dieses ist, meinen wir, ein Gesichtspunkt, der bei der Beantwortung der Frage: Eierbewirtschaftung, ja oder nein? ins Auge zu fassen wäre. Die Bevölkerung in Württemberg-Hohenzollern blieb — die Pressestelle gibt es zu — seit September 1948, die Bevölkerung Südbadens — wir stellen es fest — zum Teil seit August 1948 ganz ohne bewirtschaftetes und leider auch ohne unbewirtschaftetes Ei, denn auch vom schwarzen oder freien Markt sind die Eier so gut wie verschwunden. Das ist, nach unserer Meinung, zwar Eierbewirtschaftung, nicht aber auch Eierversorgung!

Auf die Tatsache, daß Eier weder weiß noch schwarz in nunmehr fast sechs Monaten zu erhalten waren und auf die Aussage von sachkundigen Beurteilern stützten wir uns, als wir behaupteten, die Bewirtschaftung habe zu einer Verringerung des Hühnerbestandes geführt. Mag sein, daß wir uns in diesem Punkte irrten. Die Pressestelle in Tübingen nimmt jedenfalls keinen Anstand, uns dieses Irrtums zu zeihen. „Zu Ihrer Behauptung", schreibt sie uns mit einem ihr eigenen galligen Humor, „daß durch die Beibehaltung der Bewirtschaftung der Hühnerbestand derart abgenommen habe, daß von einer weiteren ausreichenden Versorgung keine Rede mehr sein könne, kann man wirklich nur sagen: „Die lachen sogar die Hühner" — nämlich die sehr zahlreichen, die sich nach wie vor munter in unserer Landwirtschaft tummeln".

Wenn sich so viele lachende Hühner in der Landwirtschaft Württemberg-Hohenzollerns tummeln, so scheint uns damit die Frage aufgeworfen zu sein, wieso die „Summe" der Eier, die der Normalverbraucher im abgelaufenen Wirtschaftsjahr erhalten hat, nicht größer ausfiel? Sind es vielleicht mehr schwarze als weiße Hühner, die da lachen, Hühner also, die von der Bewirtschaftung nicht erfaßt werden konnten? Wir wollen nicht annehmen, daß wir dieses aus der Andeutung der Pressestelle herauslesen sollen. Es wäre uns damit ein weiteres Argument gegen die Bewirtschaftung zugespielt. Die Bewirtschaftung wurde danach, was ja allerdings natürlich ist, schon in der Erfassung der Hühner versagen, nicht allein in der Versorgung mit Eiern.

Die Pressestelle in Tübingen hat unseres Erachtens nicht so sehr den Beruf, die Presse zurechtzustauchen, wenn diese Anschauungen vertritt, die sich mit den eigenen nicht decken, sondern durch rechtzeitige Hinweise dahin zu wirken, daß sich falsche Meinungen gar nicht bilden oder, wo solche Meinungen bereits gekollert wurden, für sachliche Aufklärung zu sorgen. In dem vorliegenden konkreten Fall hätte die Pressestelle richtig gehandelt, wenn sie uns zahlenmäßig — Zahlen stehen ihr doch zur Verfügung — nachgewiesen hätte, daß wir mit unserer Behauptung auf falscher Linie liegen. Sie zog es vor, die Hühner Württemberg-Hohenzollerns lachen zu machen. Nun, auch das hat uns Aufklärung gebracht, wenn auch nicht die, für die wir auch nachträglich noch dankbar wären. Wir meinen jetzt, daß in Württemberg-Hohenzollern nicht nur auf die Eierbewirtschaftung verzichtet werden müßte, sondern daß auch Pressestellen wie jene in Tübingen zu den Einrichtungen zählen, die nicht länger den Haushalt belasten dürften.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Das Mitte Januar zwischen Schweden und der Doppelzone unterzeichnete Handels- und Zahlungsabkommen wurde mit Wirkung vom 15. Februar auf die französische Besatzungszone ausgedehnt.

Für den Verkauf nicht handelsklassenmäßig sortierter deutscher Hühnereier mit einem Mindestgewicht von 45 Gramm je Stück gelten in Südbaden ab sofort folgende Höchstpreise: für Erzeuger 0,24 DM, für Verbraucher 0,30 DM je Stück. Die vorstehenden Preise ermäßigen sich für aussortierte Eier um 2 Pfg. Für Enteneier gelten die um 4 Pfg. ermäßigten Preise der Bezugsstaffeln.

Die in Speyer errichtete Finanzierungs-AG. (Finag) soll in der französischen Besatzungszone — vor allem durch Übernahme von Bürgschaften — die Gewährung von Betriebskrediten und mittelfristigen Krediten durch die Banken usw. ermöglichen. Die unter staatlicher Mitwirkung erteilte Bürgschaft soll in der Regel 90 Prozent des Ausfalles betragen. Der Zinssatz ist auf 1 Prozent über dem jeweiligen Diskontsatz der Landeszentralbank (zur Zeit 5 Prozent jährlich) festgesetzt worden. Außerdem werden noch gewisse Gebühren erhoben. Die Tilgung unterliegt besonderer Vereinbarung.

Die ehemals bedeutende Rottweiler Pulverfabrik ist nahezu hundertprozentig der Zerstörung und Demontage anheimgefallen. 53 Gebäude wurden durch Sprengung zerstört, weitere 7 Gebäude werden nach dem Abtransport der dort noch gelagerten 150 Maschinen aus der Pulverfabrikation bis Mitte dieses Jahres das gleiche Schicksal erleiden. 26 Gebäude der früheren Pulverfabrik sollen der noch im Betrieb befindlichen Kunstseidenspinnerei zugeteilt und ausschließlich als Büro-, Lager- und kleinerer Betriebsräume Verwendung finden. Mit dem Einmarsch der Besatzungstruppen Ende April 1945 wurde die Pulverfabrikation in Rottweil vollständig eingestellt. Gegenwärtig werden noch vorhandene Restbestände von für militärische Zwecke ungeeignetem Jagdschrotpulver zur Herstellung von Jagdpatronen verwendet, die in 3 kleineren Gebäuden erfolgt und ausschließlich dem Jagdbedarf der Besatzung in der französischen Zone dient. Die Kapazität ist ganz minimal und betrug im zweiten Halbjahr 1948 mit 42 000 Jagdpatronen nur 6% der Produktion von 1940.

Bei der Versuchs- und Lehranstalt für Viehhaltung in Aulendorf im Kreis Ravensburg wird im März dieses Jahres eine Lehranstalt für Grünlandwirtschaft errichtet werden.

Zur Förderung der Landfrauenarbeit soll demnächst in Heudorf bei Riedlingen eine Landfrauenschule errichtet werden.

Im Kreise Saulgau haben die seit 1941 stillgelegten Ziegelwerke in Dürmentingen vor kurzem die Produktion wieder aufgenommen, nachdem die während des Krieges abtransportierten Maschinen neu beschafft werden konnten.

Das Balinger Schwefelbad soll nach entsprechenden Erneuerungsarbeiten wieder in Betrieb genommen werden.

Amerikanische Zone

Die Steuereinnahmen der Länder der Doppelzone blieben im Dezember, wie die Hauptverwaltung Finanzen in Frankfurt a. M. mitteilt, mit 1003,1 Mill. DM um 118,1 Mill. DM oder 10,5 Prozent hinter dem November-Ergebnis zurück. Ertragsminderungen wiesen die meisten Hauptsteuerarten auf. Auch die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben konnten mit 211,3 Mill. DM den im November erreichten Stand (273 Mill. DM) nicht behaupten.

In der Doppelzone ist der monatliche Neuzugang in der Lebensversicherung seit der Währungsreform von 64 Mill. DM im Juli auf fast 171 Mill. DM im Dezember gewachsen. Die gesamte Versicherungssumme der im zweiten Halbjahr 1948 geschlossenen Lebensversicherungen belief sich auf rund 789 Mill. DM. Dieser Zugang entspricht, wie der Verband der Lebensversicherungsunternehmen in der Doppelzone erklärt, ungefähr dem normalen Friedensgeschäft.

Die Bank der Deutschen Arbeit, das ehemalige Finanzinstitut der Deutschen Arbeitsfront, kündigt in der Doppelzone die Freigabe der bei ihr blockierten Spar- und Kontokorrent-Einlagen für das zweite Vierteljahr an.

Die Gesellschaft für Wirtschaftswerbung in Frankfurt/M. hat unter dem Namen „Ausschuß für industrielle Wirtschaftswerbung" ihre Arbeiten im Verwaltungsgebäude für Wirtschaft aufgenommen. Geschäftsführer ist Dr. Döring.

Die Anmeldungen zur Frankfurter Frühjahrsmesse vom 7. bis 12. April liegen zahlenmäßig in allen 32 Branchen weit über den Belegungszahlen der letzten Herbstmesse. In der Gruppe Maschinenbau sind die Anforderungen um 130 Prozent gestiegen. Da vielfach auch größere Standflächen beantragt werden, dürfte selbst die vergrößerte Ausstellungsfläche von 80 000 Quadratmeter keine Gewähr für die Unterbringung aller Antragsteller bieten.

Das Ausland wird ebenfalls stärker vertreten sein als 1948, vor allem die Niederlande und Belgien. Amerikanische, britische und schweizer Firmen stellen Maschinen, vor allem Werkzeugmaschinen, zur Schau. Ungarn kommt mit einer Kollektivschau.

In der Doppelzone werden bis Mai folgende Schuhfachmessen als Verkaufsausstellungen durchgeführt:

Stuttgart	23.—26. 2.	München	26.—28. 2.
Frankf./M.	6.—8. 3.	Hamburg	27.—28. 2.
Köln	16.—22. 3.	Hannover	3.—5. 4.

Die Jahresschau des deutschen Hotel- u. Gaststättengewerbes in Hannover findet vom 1. bis 3. Oktober, die am selben Ort geplante Geflügelschau vom 21. bis 23. Oktober statt. Die Industrie- und Gewerbeausstellung in Bad Ems wird vom 11. bis 30. März abgehalten.

Die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG. wird im Sommer 1950 auf dem hannoverschen Messegelände eine internationale Bauausstellung veranstalten. Als Messegelände stehen 150 000 qm zur Verfügung, davon 50 000 qm gedeckter Raum. In den großen Hallen sollen folgende Sonderabteilungen untergebracht werden: Haus der Internationalen Planung, Haus der Bauorganisation, Haus der Bautechnik, Haus für Wohnung und Siedlung.

Eine Möbelfachmesse für die drei Westzonen wird in der Zeit vom 2. bis 26. April in Köln stattfinden.

Alle Kreditinstitute einschließlich der Sparkassen sowie alle Wertpapierbörsen, Wertpapiermakler- und -händler müssen in der amerikanischen Besatzungszone auf Grund eines Überleitungsgesetzes mit der Militärregierung auch künftig von der Landesregierung lizenziert werden. Auch private und öffentliche Versicherungsunternehmen und Bausparkassen bleiben weiterhin zulassungspflichtig.

Das amerikanische Hauptquartier für den europäischen Befehlsbereich wies darauf hin, daß die Veräußerung von Kraftwagen und anderem persönlichen Eigentum durch Amerikaner an Deutsche nach wie vor verboten ist und als Schwarzhandel angesehen wird. Das gleiche gelte für den Tausch von persönlichem Eigentum. Der Hinweis steht im Zusammenhang mit einer neuen Verfügung des Hauptquartiers, wonach jetzt amerikanische Staatsangehörige ihre Kraftwagen nicht nur an ihre eigenen Landsleute, sondern auch an Ausländer und verschleppte Personen verkaufen können, sofern diese Personen nicht ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben. Unter das Veräußerungsverbot fällt auch der Einkauf, der Verkauf oder die Übereignung von bewirtschafteten Lebensmitteln, Zahlungsmitteln, Edelmetallen in jeder Form sowie von alkoholischen Getränken.

Die hessische Staatsverwaltung wird der Reichsbahnverwaltung einen Überbrückungskredit von 3,5 Mill. DMark gewähren, der für die Abwicklung der Eisenbahn-Reparaturaufträge bei der Henschel & Sohn AG. in Kassel verwendet werden soll.

Die Bayernwerk AG. in München, die zu 60 Prozent dem Lande Bayern gehört und Bayern und die benachbarten Gebiete mit elektr. Strom versorgt, gibt eine 40-Mill.-DM-Anleihe aus. Sie soll zur Finanzierung des Baus neuer Kraftwerke und Übertragungsanlagen dienen. 30 Mill. DM sind bereits untergebracht. Die restlichen zehn Millionen werden zum Kurse von 98% zur Zeichnung ausgelegt.

Englische Zone

In Hannover wurde eine Wechselstube zum Umtausch von Ost- und West-D-Mark eröffnet; der Kurs wird jeweils dem Berliner Kurs angeglichen.

Bei der jetzigen Bevölkerungsdichte im Ruhrgebiet ist es nach Ansicht des Wiederaufbauministeriums von Nordrhein-Westfalen nicht möglich, die Arbeitsintensität und damit die Produktion von 1936 zu erreichen, hierzu würden weitere 30 000 Facharbeiter benötigt.

In Düsseldorf wurde die „Vereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens" gegründet und von den zuständigen Stellen genehmigt. Als Sprecher der neuen Arbeitgeberorganisation tritt der Wuppertaler Industrielle Wilhelm Vorwerk auf.

In Krefeld wurde unter Beteiligung der Vereinigten Seiden-Weberei G.m.b.H. die „Northrhine-International Import-Export-G.m.b.H." mit einem Stammkapital von 20 000 DM gegründet. Die Gesellschaft will Handelsvertretungen übernehmen und den Großhandel in Textilwaren für eigene und fremde Rechnung betreiben, insbesondere die Interessen der Export-Import-Agentur Block International Corp. in New York in den Westzonen wahrnehmen, die dafür die deutsche Gesellschaft in den Vereinigten Staaten vertreten wird. Ein entsprechendes Warenaustauschangebot liegt bereits den zuständigen Stellen zur Genehmigung vor.

Die Kaliwerke in der britischen Besatzungszone förderten im abgelaufenen Jahr 2,41 Mill. t Rohsalze und 260 000 t Reinkali. Gegenwärtig sind in der Zone sieben Kaligruben in Betrieb. Demnächst soll das Werk Sigmundshall in Bokeloh, das der Salzdetfurth AG. gehört, die Förderung wieder aufnehmen.

Die zur Stahlvereinsgruppe gehörende Bergbau- und Hütten-AG. Friedrichshütte in Herford hat die Feinblechherstellung nach mehrjähriger Pause wieder aufgenommen. Das Ende vergangenen Jahres wieder in Betrieb gesetzte Martinstahlwerk erzeugt zunächst monatlich 6000 t Stahl.

Als einziger Betrieb in der britischen Zone hat das Lippewerk der Vereinigte Aluminiumwerke AG. in Lünen/Westf. die Aluminiumerzeugung aufgenommen. Die außerordentliche Stromknappheit hatte das Wiederanlaufen verzögert. Vor dem Kriege wurden dort mit einer Belegschaft von 2700 Mann jährlich 33 000 t Hüttenaluminium hergestellt; jetzt sollen monatlich 1300 t Aluminium und 1300 t Tonerde geliefert werden. Die Vorräte reichen dazu für ein Jahr.

Die Lage der Solinger Schneidwarenindustrie ist im allgemeinen befriedigend, wenn auch der Auftragseingang seit Weihnachten nachgelassen hat. Die einzelnen Betriebe sind nicht gleichmäßig beschäftigt, manche Unternehmer müssen Kurzarbeit einführen. Ungünstig liegt die Rasierklingenindustrie, da die hier notwendige Ausfuhr noch immer sehr geringfügig ist.

Die Orbis-Schreibmaschinenwerke in Rotthausen bei Wilhelmshaven beabsichtigen, die Herstellung von Schreibmaschinen im laufenden Jahre auf täglich 200 Stück zu steigern. Die Belegschaft soll von 1300 auf 2000 Mann vermehrt werden.

Auf der Autoausstellung in Rheydt wurde das neue Volkswagen-Luxusmodell mit leistungssteigerndem Motor und Sonderkarosserie der Firma Dewes in Wuppertal gezeigt. Der Wagen soll für 10 000 DM verkauft werden.

Die Braunschweiger Konservenindustrie, die rund die Hälfte der Obst- und Gemüsekonserven der westlichen Besatzungszonen herstellt, klagt über Mangel an Feinblechen.

Ostzone

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat für die sowjetische Besatzungszone eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen aus der Kriegszeit außer Kraft gesetzt. Dazu gehören unter anderem die kriegsbedingten Maßnahmen auf dem Gebiet des Handelsrechts, die Verordnung über die Abkürzung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen, die Verordnung über die Einschränkung handelsrechtlicher Bekanntmachungen und die Verordnung zur Vereinfachung der Verwaltung von Personenvereinigungen. Auch die damit zusammenhängenden Durchführungsbestimmungen treten außer Kraft.

Die bei der Prüfung des Versorgungsplanes für das erste Vierteljahr des Zweijahresplanes der sowjetischen Besatzungszone durch die Hauptverwaltung Handel und Versorgung der DWK festgestellten organisatorischen Mängel, besonders beim Warenverkehr zwischen den Ländern der Ostzone gaben laut ADN Veranlassung, die Landesregierungen auf ihre Pflicht zur schärferen Überwachung des Großhandels aufmerksam zu machen und Maßnahmen zu beschließen, die die Ausführung der Pläne in allen Sparten gewährleisten.

Die Sowjetregierung will in diesem Jahr 12 000 t Speisefette (davon 7000 t Pflanzenfette und 5000 t tierische Fette) sowie 40 000 t Getreide für Nährmittel in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands einführen. Die Lebensmittel werden auf Kredit geliefert; die Verrechnung ist auf die Jahre 1949 und 1950 verteilt.

Die Einlagen bei den Postscheckämtern des sowjetischen Besatzungsgebiets betrugen Ende Dezember 730,4 Mill. DM gegenüber 1,01 Mrd. RM Ende 1947. Die Zahl der Postscheckkonten belief sich am Jahresende auf 326 888; der Umsatz betrug im Dezember 2,26 Mrd. DM, gegen 3,84 Mrd. RM im Dezember 1947. Zwei Drittel des Umsatzes erfolgten bargeldlos. — Die Spareinlagen bei der Post betrugen am Jahresende 29,1 Mill. DM gegenüber 21 Mill. DM Ende November. Die Kontenzahl stieg von 179 144 auf 180 601.

Die Steuereinnahmen im sowjetischen Sektor von Berlin nahmen im Januar weiter zu; sie beliefen sich auf rund 68 Mill. DM gegenüber 59,55 Mill. DM im Dezember. Besitz- und Verkehrssteuern erbrachten 38,37 gegen 34,42, Zölle und Verbrauchsabgaben 23,35 gegen 29,32, die Gemeindesteuern 6,28 gegen 5,6 Mill. DM. Über die Steuereinnahmen der drei Westsektoren im Januar wurde bisher keine Übersicht gegeben.

Die im zweiten Transportplan der Deutschen Wirtschaftskommission geforderte Mehrleistung im Schienentransport der sowjetischen Besatzungszone soll durch Erhöhung der Güterzug-Auslastung von 2000 auf 4000 t erreicht werden.

Die Ende 1948 von der Deutschen Wirtschaftskommission eingeführte Zuckerprämie für die Ablieferung von Rohfellen aus Privathand hat in der sowjetischen Besatzungszone guten Erfolg gehabt. In Ostsachsen wurden im Dezember 206 000, im Januar 314 000 Rohfelle abgeliefert, gegen 96 000 Stück im Dezember 1947. Dadurch konnten die Rauchwarenbetriebe erheblich besser versorgt werden. Im Januar wurden der Leipziger Rauchwarenwirtschaft 721 000 Rohfelle zugeführt, gegenüber 343 000 im Januar 1948. Die Leipziger Rauchwarenbetriebe vereinigen vier Fünftel der Rauchwarenwirtschaft der sowjetischen Besatzungszone auf sich.

Nach Angaben des Amtes für Verkehrswesen in Leipzig wird unabhängig vom Sonderprogramm der Reichsbahn auch ein Omnibusverkehr eingerichtet werden, der Ausstellern und Besuchern den Besuch der Messe erleichtern soll. Insgesamt werden 80 Omnibusse nach den drei Grenzübergangsorten Gutenfürst, Wartha und Marienborn eingesetzt. Weitere 20 Omnibusse und 1100 Autodroschken werden für den Messeverkehr in der Stadt zur Verfügung stehen.

Im Egeln-Staßfurter Becken des Magdeburger Braunkohlenreviers soll die Ausdehnung des bereits 1919/20 in 40 m Tiefe und 55 m Mächtigkeit festgestellten Kohlenflözes mittels Bohrungen bis zu einer Tiefe von 400 m genauer untersucht werden. Man rechnet mit einer Dauer der Bohrarbeiten von zwei bis drei Jahren. Bei Tarthun ist ein Bohrturm aufgestellt worden. Bei Westeregeln wird Braunkohle in einem Notlagebau abgebaut.

Die in der Braunkohlenverwaltung Borna zusammengefaßten Kohlengruben Nordwestsachsens förderten nach Angaben des sächsischen Ministeriums für Industrie und Verkehr im vergangenen Jahre 3,14 Mill. t Braunkohle; ferner stellten sie 1,8 Mill. t Briketts her. Die Abraumleistung belief sich auf 9,2 Mill. cbm.

---

so ist der Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft Württemberg-Badens um 29,3 % gesunken. Eine erfreuliche Ausnahme von dieser süddeutschen Entwicklung macht Bayern, wo nur 2,1 % des Besatzes aus der Landwirtschaft flüchtete. Auch Hessen und Niedersachsen stehen mit durchschnittlich 3,7 % unter dem oben angegebenen Durchschnitt.

Das Schlimmste an dieser Entwicklung ist, daß diese Arbeitskräfte meist in den ländlichen Gemeinden wohnen bleiben und nur zur Arbeit in die nächst gelegene Stadt gehen. Dadurch erschwert sich die Lage der Landwirtschaft noch mehr; denn nun fehlt auf dem Lande der Wohnraum für neu hinzuziehende landwirtschaftliche Arbeitskräfte.

Noch aus einem anderen Grund ist diese Entwicklung sehr unerfreulich: Der für den Marshallplan vorgesehene Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften für das Jahr 1953 wird mit 4,15 Mill. angegeben. Bereits jetzt beträgt der Bestand nur 4,66 Mill. Weiter muß bedacht werden, daß dieser Bedarf von 4,15 Mill. schon sehr niedrig angesetzt war, weil eine weitgehende Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, die vor allem dem Ziel dient, Arbeitskräfte zu sparen, mit einkalkuliert war.

Es ist ja bekannt, daß sogar in den Zeiten, da es wegen der besseren Ernährung lohnend erschien, auf dem Lande zu arbeiten, die Tendenz zur Landflucht nicht aufhörte, sondern nur etwas geringer wurde. Selbst die verhältnismäßig hohen Löhne auf dem Lande konnten diese Entwicklung kaum beeinflussen.

Die wirklich alarmierenden Zahlen, die wir hier angegeben haben, lassen es doch angezeigt erscheinen, ernsthaft darüber nachzudenken, was ohne die Freiheit des einzelnen zu beeinträchtigen, getan werden könnte, um diese Entwicklung abzustoppen.

Landflucht wächst

Schon vor einiger Zeit kamen hier und da Meldungen, die von einem Wiederaufleben der Landflucht berichteten. Wir sind dieser Erscheinung zunächst nicht nachgegangen, weil wir immer noch glaubten, daß es sich um zufällige lokale Entwicklungen handelte. Inzwischen hat aber die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Arbeitskräftestatistik veröffentlicht, deren Ergebnis erschütternd ist. Im Laufe des Jahres 1948 sind in der Doppelzone 353 200 Arbeitskräfte oder 7,6 % des Bestandes vom Beginn des Jahres 1948 aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige übergegangen, davon 38 600 bäuerliche Familienkräfte. Am auffallendsten ist, daß der Rückgang in Südwestdeutschland am stärksten wurde.

Innungen — kartellmäßig

Der Kampf gegen die Gewerbefreiheit wird mit freien und unfreien Mitteln geführt.

Jüngst schrieb eine süddeutsche Stadt eine Arbeit aus, die handwerklichen Charakter hatte. Dem zuständigen Bürgermeister fiel auf, daß die eingehenden Angebote kaum einen Preisunterschied aufwiesen. Er erkundigte sich, wie das käme und erfuhr, zu seinem nicht geringen Erstaunen, daß dieser Preis der Innungspreis sei; man habe sich in der Innung darauf geeinigt, die Ausschreibung mit dem gleichen Preis von allen Handwerksmeistern zu beantworten. Der Bürgermeister war nicht laul und schrieb in einem Nachbarort die gleiche Arbeit noch einmal aus und siehe da, er bekam ein Angebot, das wesentlich billiger war. Darauf vergab er diese Arbeit in den Nachbarort. Selbstverständlich war man daraufhin in der eigenen Stadt empört, entrüstet und verschnupft. Da wir uns ja noch im Mittelalter befinden, war es doch selbstverständlich, daß ein städtischer Auftrag innerhalb der Stadt ausgeführt wird.

Nur der Bürgermeister war der Ansicht, daß wir eben nicht mehr im Mittelalter sind, und daß jetzt endlich wieder die Leistung zum Zuge kommt. Wer bei gleicher Qualität zu einem billigeren Preis liefern kann, der soll den Auftrag haben. Übrigens war die Methode des Innungspreises im mittelalterlich-handwerklichen Denken ein Atavismus; denn solche Arten von Angebotsgab es als Novum in der verruchten hochkapitalistischen Zeit. So sind nämlich die Kartelle entstanden. Da aber die Handwerker es immer weit von sich gewiesen haben, kapitalistisch zu denken, war das von uns hier kritisierte Vorgehen der Handwerker besonders erstaunlich, oder führt der böse Geist des Kapitalismus, nachdem er aus den klassischen Kapitalisten ausgefahren ist, nun in die Handwerker?

Wir wollen das nicht hoffen, und damit es nicht Schule machte, haben wir es niedriger gehängt.

Kein Geld für die Forschung

Die wirtschaftliche Stellung auf dem Weltmarkt richtet sich nicht allein nach der produktionstechnischen Leistungsfähigkeit des nationalen Industrieapparates, nach den organisatorischen Fähigkeiten der Unternehmer sowie ihrer Aufgeschlossenheit für Rationalisierungen und Verbesserungen, sie richtet sich nicht nur nach der handwerklichen und geistigen Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte, sondern sie ist auch sehr wesentlich auf rein wissenschaftlichen Erkenntnissen und Arbeiten aufgebaut. In Labors und Forschungsinstituten wird oft in mühevoller Arbeit der Grundstein zu den Erfolgen gelegt, die die Industrie dank der Qualität und Originalität ihrer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt erringt. Aus diesem Grunde war die Beschlagnahme deutscher Patente und Produktionsgeheimnisse nach diesem Krieg sicher verhängnisvoller als die vielmerisch nachweisbaren Auswirkungen der Demontagen und Maschinenentnahmen. Aus diesem Grunde ist es aber auch für die sich jetzt recht günstig entwickelnde Nachkriegswirtschaft ein bedenkliches Zeichen, daß an der Quelle künftiger wirtschaftlicher Erfolge, nämlich in den Forschungsstätten, die Geldmittel fehlen. Immer wieder erreicht uns die Nachricht, daß bekannte Wissenschaftler in Schwierigkeiten sind, da ihnen die zur Weiterführung der Arbeiten notwendigen Geldmittel von den öffentlichen Haushalten nicht zur Verfügung gestellt werden können. Auch die Industrie kann nach der Geldreform nicht mehr wie früher die in ihren Labors bestätigten Mittel ohne weiteres auswerfen; denn gerade die industriellen Forschungsstellen sind ein beachtlicher Kostenfaktor. Die Krediteinschränkungen verschärften diese unerfreuliche Entwicklung noch weiter, da sie oft den Betrieben die für wissenschaftliche Arbeiten bestätigten Gelder vorenthalten.

Zur Beleuchtung dieser Situation wird uns aus Hamburg mitgeteilt, daß eine chemische Fabrik, die, neue Wege in der Hauttherapie weisend, die Einführung von Desinfektions- und Heilmitteln in die Haut ohne Einwirkung von Wärme, Elektrizität oder chemischen Reizmitteln entwickelte, ihre Arbeit einstellen mußte, da ihr durch die Kreditrestriktionen die notwendigen Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Es war beabsichtigt, die Forschungsergebnisse u. a. bei der Behandlung von Hauttuberkulose und Gonorrhoe zu erproben. Ausländische Firmen, vor allem aus der Schweiz und Schweden, haben dem Hamburger Werk wiederholt die Übernahme des Verfahrens zur weiteren Auswertung angeboten, wodurch die Rahmenpatente für die Weiterentwicklung der deutschen Industrie verlorengehen würden.

Diese Zeichen warnen eindringlich, sich von steigenden Produktionsziffern in das Gefühl wieder steigenden wirtschaftlichen Wohlstandes einhüllen zu lassen. Es könnte ein böses Erwachen geben, wenn man warnende Zeichen übersieht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Pariser Brief:

Wozu ist der Marshall-Plan gut?

Von unserem m.s.r-r-Korrespondenten

Alle vernünftigen Menschen in Frankreich wissen, welchen Platz der Marshall-Plan bei dem Wiederaufbau des Landes und ganz Europas einnimmt. Weil aber diese Hilfe nicht sehr augenfällig ist und weil deren kompilizierte Durchführung die Leistungen Amerikas in den Hintergrund treten läßt, wollen jedoch gewisse andere Leute aus Gründen, an die hier nicht erinnert zu werden braucht, von Unterwürfigkeit sprechen. Ohne Zweifel würden diese Leute eine „splendid isolation" bevorzugen, die das Land in Erwartung eines messianischen Fünfjahresplanes indessen nur mühsam vegetieren ließe.

Die Marshall-Hilfe erfolgt, wie man weiß, größtenteils in Form von Warenzuteilungen, wobei von der amerikanischen Regierung selbst die Finanzierung der Einkäufe für die europäischen Länder entweder in den USA oder in dritten Ländern durchgeführt wird.

Darin liegt nun ein doppelter Vorteil: Einerseits die Möglichkeit der Erwerbung von Gütern (Rohstoffen, Ausrüstungsgütern), die für die Wirtschaft der europäischen Länder unentbehrlich sind, auf normalem Wege mangels harter Devisen aber nicht erworben werden könnten; andererseits ein reiner Gewinn, da im ersten Jahr 80 % dieser Waren ganz einfach Geschenke der USA an die europäischen Länder sind, die vom Marshall-Plan begünstigt werden, wobei der Gewinn Frankreichs sogar 83 % beträgt.

Auf diese Weise können auf industriellem Plan, die Fabriken ihren Wiederaufbau und die Modernisierung ihrer Ausrüstung verfolgen; auf nationalem Plan fallen dem Staatsschatz 95 % des Wertes aus dem Verkauf dieser Waren zu, während nur 5 % den USA zur Finanzierung ihrer Dienste in den Einkaufsländern der wesentlichen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die aus dem Verkauf der Waren durch den Staat anfallenden Beträge müssen hierbei auf einem Sonderkonto des Staatsschatzes erscheinen, auf einem Konto, das blockiert ist und über das nur auf Grund einer vorherigen Zustimmung der amerikanischen Behörden verfügt werden kann und das auch nur zu besonderen Zwecken wie: Verminderung der Staatsschulden, Investitionen, zur Steigerung der Produktion usw.

Es ist nun interessant, festzustellen, wie die 140 Mrd. Franken verwendet worden sind, die Frankreich 1948, sei es als vorläufige Hilfe, sei es auf Grund des eigentlichen Marshall-Planes, erhalten hat. Diese 140 Mrd. wurden durch 4 aufeinanderfolgende Abkommen vom 2. 4., 27. 9., 4. 11. und 27. 12. freigegeben und wie folgt verwendet:

Verwendung der 1948 freigegebenen Beträge

Gegenwert in Millionen Francs

	2. 4.	27. 9.	4. 11.	27. 12.	Total
Electricité de France (Elektrizitäts Frankreichs)	11 400	17 000		1 000	29 400
Compagnie Nat. du Rhône		1 000			1 000
Electric. Gaz d'Algérie			2 100		2 100
Charbonnage de France	2 700	12 500	1 270	9 700	26 170
Houillères algériennes (Algerische Steinkohlen)			50		50
SNCF (Franz. Eisenbahnen)	1 500	2 400	4 500	1 500	10 000
Flotte commerce (Handelsflotte)		1 000			1 000
Caisse de reconstruction (Wiederaufbaukasse)	1 000				1 000
Caisse Nat. Crédit Agric (Nationale Kasse für Agrar-Kredite)			2 000		2 000
Développement des mat. premières Outre-mer (Überseeische Rohstoffe)			1 500	9 000	10 500
Staatsschatz, Abtragung von Vorschüssen der Banque de France				25 000	25 000
	15 600	32 900	11 920	40 600	140 020

Die am meisten begünstigten Anlagen sind zweifellos die der „Electricité". Die Aufgabe ist ja bekannt, die der „Entwicklung" der Energie-Erzeugung vom Monnet-Plan im Leben des Landes vorbehalten ist. Da die nationalisierten Werke, wie jene der „Electricité" Investitionen nur aus Mitteln der von nationalen Fonds für Modernisierung bewilligten Vorschüsse vornehmen, und die Zuweisung von Beträgen aus dem Marshall-Plan im Sinne des Gesetzes erfolgen, das die Gesamtsumme der Vorschüsse für die „Electricité de France" mit 67 Mrd. für das Jahr 1948 bemaß, ist es ziemlich schwierig, genau zu sagen, wozu die 30,4 Mrd. des Marshall-Planes geflossen haben. Diese Beträge wären grundsätzlich zum Bau von thermischen und hydraulischen Werken des Programmes zu verwenden, das mit dem Jahre 1952, dem Jahre, mit dem der Marshall-Plan abläuft, durchgeführt sein soll.

Die folgende Aufstellung wird das deutlicher veranschaulichen:

Verwendung des Gesamtwertes der amerikanischen Hilfe für die Electricité de France

(in Millionen Francs)

Werke, die in Betrieb genommen werden sollen im Jahre:	Thermisch	Hydraulisch	Total
1948	2 775	4 229	6 004
1949	5 875	12 494	18 370
1950	618	8 179	8 797
1951		3 192	3 192
	7 868	28 242	36 420

Hinzuzufügen sind noch 2180 Mill., die für die „Gaz et Electricité d'Algérie" bestimmt worden sind, sowie die 4 Mrd., die der Cie. Nationale du Rhône zugebilligt wurden und die dem hydro-elektrischen Ausbau des Rhône-Tals dienen. (Génlastat: 2170 Mill. Donzère: 1330 Mill., Seyssel: 225.)

Ebenso haben von den 30,4 Mrd. die für Kohle bewilligt wurden, 8,4 Mrd. der Modernisierung und der Erweiterung der Elektrizitätszentralen der Stauwerke gedient. Die anderen Posten, für die Vorschüsse gewährt wurden, sind:

Allgemeine Zwecke	12 230 Mill.
Laufende Neuarbeiten	7 685 „
Kokereien	1 770 „
Verschiedenes (Düngemittelfabriken, Stickstoffabriken, Schrottverwertung)	385 „
Elektrizitätszentralen (siehe oben)	8 400 „
	30 470 Mill.

Es ist festzustellen, daß das Lothringer Becken die größten Zuschüsse erhalten hat (10,8 Mrd.) und daß die amerikanische Hilfe für die Kohlenförderung mehr als die Hälfte der Investitions-Kredite beträgt, die vom Fonds für Modernisierung (32 Mrd.) bewilligt wurden.

Bei den anderen Branchen mit Ausnahme der Eisenbahnen, dem an dritter Stelle stehenden Nutznießer der amerikanischen Hilfe sind die Investierungen schwächer; man ist, wohl oder übel, gezwungen, festzustellen, daß die nationalisierten Industrien den Löwenanteil geschluckt haben. Da diese einen beträchtlichen Teil der grundlegenden Aktivität des Landes ausmachen, ist das eine durchaus normale Feststellung. Wenn man jedoch den Platz in Betracht zieht, den das Erdöl im modernen Land einnimmt, so ist man erstaunt, daß die Erdölindustrie überhaupt nichts erhalten hat. Die Kohle und die Eisenbahn sind zweifellos Faktoren von höchster Wichtigkeit. Aber die Regierung sollte nicht für ewig an dem 19. Jahrhundert hängen bleiben. Im 20. Jahrhundert sind Erdöl und Auto gleichfalls zwei Nerven des Friedens... und des Krieges.

Man sollte auch die Franzosen nicht glauben lassen, daß die öffentliche Gewalt sich lediglich von der ständigen Sorge habe leiten lassen, die ihr das Schatzamt verursacht, das durch die nationalisierten Unternehmen defizitär geworden, nicht in der Lage ist, an die Sparsamkeit zu appellieren, obwohl sich diese bei der zur Zeichnung aufgelegten Anleihe noch bewährt.

Aber das alles sind Schmerzen, die in nichts die amerikanischen Freunde Frankreichs betreffen.

Zum Schluß möchten wir noch einige Worte über die angebliche Gefahr sagen, die die amerikanischen „Bankiers" für Europa darstellen. Über den Druck, den „Wallstreet" auf die französische Industrie ausübt, sowie über eine ganze Anzahl von Legenden, die gewisse politische Kreise glaubhaft machen möchten, und die mit jenen vom „guten Väterchen Stalin" große Ähnlichkeit haben.

Erstaunlicherweise sind europäische Industrien nicht nur nicht von amerikanischem Kapital überschwemmt worden, sondern es gibt fast gar kein privates amerikanisches Kapital, das dem Marshall-Plan folgte. Warum? Die Bestimmungen des Abschnittes III des amerikanischen Gesetzes für wirtschaftliche Zusammenarbeit berechtigen die ECA-Konvertibilitäts-Garantie für Investitionen zu gewähren, die von den Amerikanern in Europa vorgenommen würden, unter dem Vorbehalt, daß diese Investitionen die Genehmigung der USA erhielten. Diese Garantie soll 1. für die Dauer von 14 Jahren Gültigkeit haben, 2. nur das Investierte Kapital, nicht aber den Gewinn betreffen, 3. zur Erhebung einer Taxe von 1 % berechtigen, 4. auf 300 Mrd. Dollar beschränkt sein, die vom Gesamtdarlehen der Import-Export-Bank abzuziehen seien.

Die europäischen Länder haben keinerlei Appell an das amerikanische Privatkapital gerichtet, aus Furcht, es könnte das zu einer Verringerung ihres Anteiles an der amerikanischen Hilfe führen. Als dann die ECA beschloß, 25 Mill. von der Gesamtsumme der Darlehen als Garantie des Privatkapitals abzuzweigen, war damit die Situation gänzlich gewandelt. Die Regierungen wandten sich nun an das Privatkapital. Dieses hatte es aber keineswegs eilig.

Die etwaigen amerikanischen Darlehensgeber sind nicht sehr interessiert an einer Garantie, die nur auf das Anfangskapital bezogen wird, den Transfer der Gewinne aber dem Wohlwollen des interessierten Landes überläßt. Auch wendet sich das amerikanische Kapital viel mehr langfristigen Ausbaukrediten zu.

Diese Ausführungen haben lediglich den Zweck, zu zeigen, daß für den Augenblick die Dollarflut, die Europa unter Wasser setzen und aus den Industrien Satelliten der amerikanischen Banken machen wollte, einem optischen Fehler entspringt und dem Mangel an Verständnis für die Situation oder einem Willen systematischer Entstellung und Lüge.

Wir überlassen es dem Leser zwischen diesen Möglichkeiten zu wählen.

USA gegen niedrige Weltweizenpreise

UdSSR als Weizenlieferant — Furcht vor einer Weizenschwemme

Die Weltweizenkonferenz, die auch diesmal auf Initiative der Vereinigten Staaten nach Washington einberufen wurde, begann ihre Debatte um den künftigen Weizenpreis gerade in dem Augenblick, als die Getreidepreise abzugleiten begannen und Weizen zum ersten Male seit zwei Jahren wieder unter die 2-Dollar-Grenze je Bushel sank. Die USA-Delegation, der an einem Zustandekommen eines mehrjährigen Weizenabkommens außerordentlich viel gelegen ist — im Vorjahr sind bekanntlich die bereits getroffenen Vereinbarungen vom amerikanischen Senat nicht ratifiziert wurden — plädiert selbstverständlich für einen Weizenhöchstpreis von 2 Dollar je Bushel. Es geht ihr darum, bei halbwegs angemessenem Preis einen einigermaßen gesicherten Absatz zu finden, den Anreiz für den Anbau von Weizen bei den Farmern aufrechtzuerhalten und letzten Endes die staatlichen Subventionen zur Stützung der Übernahmepreise nicht gar zu hoch schwellen zu lassen. Auch bei einem Höchstpreis von 2 Dollar je Bushel Weizen mußte die Regierung schon etwa rd. 50 Millionen Dollar Zuschuß leisten. Die Chancen der Amerikaner, die sozusagen als Sprecher der Weizenproduzenten figurieren, ein Übereinkommen auf dieser Basis zu erzielen, sind allerdings beträchtlich gesunken. Man rechnet in eingeweihten Kreisen mit einem Weizenhöchstpreis von etwa 1,85 Dollar und einem Minimalpreis von 1,50 Dollar. Die Lage auf den Getreidemärkten hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich geändert. Einem verminderten Bedarf der Einfuhrländer steht ein gewaltiger Produktionsüberschuß in den überseeischen Weizenanbaugebieten gegenüber, die im Laufe des letzten Jahrzehnts ihre Anbauflächen entsprechend der Nachfrage und der günstigen Preisgestaltung ganz beträchtlich vergrößert haben. Aber auch die Weizenimportländer haben nach Kriegsende ihre Anbauflächen für Brotgetreide erweitert, wobei die letztjährige günstige Ernte, die bessere Düngemittellage usw. zu einer Steigerung ihres eigenen Getreideaufkommens beigetragen haben. Fachleute sind außerdem der Ansicht, daß auch die diesjährige Ernte, soweit man aus dem Stand der Wintersaaten schließen kann, zu Hoffnungen berechtigt. Alle diese Faktoren sind selbstverständlich den Vertretern der Importländer bekannt und es ist anzunehmen, daß diese Argumente eine Rolle spielten bei der Forderung nach einer Senkung der Weizenpreise. England, das auf seiten der Weizenimporteure steht, hat seinerseits bereits ein vorteilhaftes Abkommen mit Kanada abgeschlossen, das einen beträchtlichen Teil des englischen Weizenbedarfs — man spricht von vier Fünftel — decken wird.

Auf der diesjährigen Konferenz ist zum ersten Male auch eine russische Delegation anwesend, ebenso auch eine argentinische, die jedoch, wie nun mitgeteilt wurde, nur die Rolle eines Beobachters einnimmt. Argentinien ist aber sehr lebhaft an dem Gang der Verhandlungen interessiert. Es ist anzunehmen, daß Argentinien sich vorbereitet, eine neue Exportpolitik in Gang zu bringen, um den Anschluß nicht ganz und gar zu versäumen. Allmählich beginnt, wenn auch noch zögernd, ein Werben um die Absatzmärkte. So haben die USA u. a. in diesen Tagen die Absicht geäußert, die Kontrolle der Ausfuhr verschiedener Lebensmittel, wie z. B. Fleischerzeugnissen, Fette, Öle, nach Ländern, die nicht am Marshall-Plan beteiligt sind, aufzuheben, also meist Produkte, an deren Export Argentinien ebenfalls interessiert ist, wobei dem Lande die geringen Gestehungskosten eine größere Chance bieten.

Wie gesagt, hat das Angebot der Russen, 20 % des Weltexports an Weizen im Rahmen des vorgeschlagenen Abkommens zu liefern, in den Exportländern, die sich fast eines Weizenmonopols erfreuen, etwas Unbehagen ausgelöst. Man weiß, daß die Russen ihre Gestehungskosten auch anders berechnen können. Erinnert sei nur an das berüchtigte Holz-Dumping, gegen das ein Wettbewerb praktisch ausgeschlossen war.

Während diese Konferenz in Washington um den Weizenhöchstpreis noch ringt — die Verhandlungen sollen in diesen Tagen abgeschlossen werden — hat kein geringerer als der englische Handelsminister Harold Wilson in London eine überraschende Erklärung abgegeben. Nicht ohne Absicht, so nimmt man an, erklärte Wilson, daß die Sowjetunion in Osteuropa ein Getreidekartell aufgebaut habe und daß die Ostländer ihre Getreideüberschüsse durch die Sowjetunion verkaufen ließen. Man betont englischerseits, daß den Russen in den Handelsverträgen mit den einzelnen Ost- und Südostländern nicht nur ein Monopol für Getreide, sondern auch für andere lebenswichtige Güter eingeräumt worden sei. Wilson unterstrich aber grundsätzlich, daß die englische Regierung sich unter keinen Umständen auf unerträgliche Handelsabkommen einlassen, um damit vielleicht ein besseres politisches Einvernehmen einzutauschen. England lasse sich nicht von politischen Gesichtspunkten leiten, sondern „kümmere sich nur um seine kommerziellen Interessen.

Es wäre der deutschen Wirtschaft zu empfehlen, sich diesen Standpunkt ebenfalls zu eigen zu machen und, soweit es eben die derzeitigen Verhältnisse zulassen, die Fühlungnahme mit den Ost- und Südostländern wieder anzustreben. Der Vorhang ist gar nicht so dicht, wie vor allem von englischer Seite behauptet wird. Das zeigen die verschiedenen Abkommen, die England z. B. mit Polen, Ungarn, Jugoslawien getroffen hat. Nicht zuletzt berechtigt auch das Ergebnis der Genfer Konferenz zu einigen Hoffnungen, wenn man sich, wie gesagt, „nur um seine kommerziellen Interessen kümmert".

Sowjet-Hilfe an Albanien

Die unmittelbar nach der Ex-Kominformation Titos durch die Kominform abgebrochenen jugoslawisch-albanischen Handelsbeziehungen hatten trotz eines offiziell durch die UdSSR angekündigten Hilfsprogramms eine derartig katastrophale Auswirkung auf die albanische Wirtschaft, daß mit dem 1. Dezember 1948 nahezu 80 % aller Neukonstruktionen eingestellt werden mußten. Im Verlaufe der Monate August, September, Oktober und November wurden zwar in den vier kleinen albanischen Häfen elf sowjetische Frachter angeladen, von denen aber nur zwei Waren für Albanien an Bord hatten.

Da die von der albanischen und sowjetischen Regierung erwartete Umbildung des Belgrader Kabinetts — und damit eine Wiederaufnahme der engen Wirtschaftsbeziehungen — nicht eintrat, begab sich der ehemalige albanische Industrieminister und jetzige kommunistische Parteisekretär Albaniens, Tuk Jakova, nach Moskau um das von Mikoyan, dem sowjetischen Außenhandelsminister, zugesagte Hilfsprogramm zu realisieren.

Der neue Handelsvertrag zwischen beiden Staaten sieht eine vollkommene wirtschaftliche Bindung Albaniens an die UdSSR vor. Die UdSSR wird nicht nur den Gesamt-Export dieses kleinen, 1 123 000 Einwohner zählenden Landes zu einem doppelt höheren Preis abnehmen als Jugoslawien bisher bezahlte, sondern die von Rußland an Albanien gelieferten Waren sollen bis zu viermal billiger sein, als die bisher von Jugoslawien bezogenen.

In erster Linie werden die UdSSR Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen liefern. Drei große Fabriken — eine Zuckerfabrik mit einer jährlichen Kapazität von 100 000 Doppelzentner, ein Textil-Kombinat mit einer Jahresproduktion von 20 000 000 Metern, eine moderne Lederfabrik — werden mit Hilfe sowjetischer Spezialisten errichtet.

Seit dem Abschluß des neuen Handelsabkommens sind fünf sowjetische Frachter in dem albanischen Hafen Valone entladen worden, die u. a. 133 Automobile des Type „ZIS", 3537 Lastwagen-Reifen, Ausbesserungsteile und diverse Maschinen enthielten.

Ein englischer Metallplan

Gesteigerte Erzförderung in den Kolonien

Über den englischen ERP-Vierjahresplan sind jetzt in Paris ausführliche Einzelheiten veröffentlicht worden, aus denen u. a. hervorgeht, daß Großbritannien in den kommenden Jahren dem Erzbergbau in seinen Kolonien besondere Beachtung schenken will.

Das britische Weltreich spielt bekanntlich neben den Vereinigten Staaten in der Metallerzeugung der Welt eine ausschlaggebende Rolle hauptsächlich auf Grund des Erzreichtums der Dominien Kanada und Australien. Aber daneben spielen seit einiger Zeit auch die kolonialen Besitzungen Englands eine wesentliche Rolle, so Rhodesien in der Kupfergewinnung und der Kobaltproduktion, Britisch Guayana und die Goldküste in der Bauxitförderung, Nigerien in der Zinngewinnung neben den schon immer führenden Malayenstaaten usw.

Für die kolonialen Besitzungen des Empire ist unter dem Plan folgende Steigerung der Metallerzeugung vorgesehen: (in Tonnen)

	1938	1948	Plan 1952/53
Zinn	18 000	27 500	34 000
Kupfer	238 000	202 000	302 000
Bauxit	180 000	1 300 000	1 800 000*)
Kobalt	500**)	470	1 200
Blei	530	18 000***)	25 000

*) 1950 **) 1937 ***) 1947

Das interessanteste Detail dieser Pläne ist offenbar die weitere Entwicklung der rhodesischen Kupferwirtschaft. Die koloniale Kupfererzeugung des britischen Empire soll nach dem Plan in den Jahren 1952/53 nicht weniger als 225 % der Erzeugung des Jahres 1938 betragen. Man muß bei einer Würdigung dieser Pläne berücksichtigen, daß Rhodesien erst nach dem ersten Weltkrieg zum Kupfererzeuger von Bedeutung geworden ist. Seine Erzeugung betrug im Erz 1929 beispielsweise erst 6500 t, die an Ort und Stelle verhüttet wurden. Drei Gesellschaften sind es, die hier riesige Kupfererzvorkommen ausbeuten, die sich über ein Gebiet von 320 km Länge und 65 km Breite erstrecken, und im Norden der britischen Kolonie an die weltberühmten Kupfererzvorkommen von Kapanga in Belgisch-Kongo anschließen. 1938 waren hier Erzvorräte erschlossen, die bei einem durchschnittlichen Kupfergehalt von 3,9 % etwa 19 Mill. t Kupfer, oder das 10fache der Weltkupfererzeugung im Jahr betrugen. Hier im Herzen Afrikas liegt wahrscheinlich der größte Kupferreichtum der Welt. Die drei englischen Gesellschaften, die das rhodesische Kupfer ausbeuten, sind die „Roan Antelope Copper Mines Ltd." (Kapital 9 Mill. £), die „Rhokana Copper Corporation Ltd." (Kapital 4,02 Mill. £) und die jüngste, die „Mufulira Copper Mines Ltd.", die erst 1930 mit einem Kapital von 3 Mill. £ gegründet wurde.

Alle drei Gesellschaften arbeiten mit außerordentlich niedrigen Selbstkosten, so daß sie trotz großer Investitionen in den ersten Jahren schon bald riesige Gewinne abwarfen. So verteilte die Roan Antelope 1934/35 30 % Dividende, 1935/36 30 %, 1936/37 sogar 80 %; die Rhokana konnte ihre Dividenden von 12½ % im Jahre 1935 auf 62½ % in den Jahren 1936/38 steigern und selbst die Mufulira schüttete 1936/37 schon 15 % Dividende aus. 1938 förderten die rhodesischen Gesellschaften bereits etwa 6 Mill. t Erz, die vollständig in eigenen Hütten verschmolzen und zu steigenden Teilen sogar weiter auf Raffinadekupfer verarbeitet wurden. 1935 war es etwa ein Siebentel der Rohkupfererzeugung. Das ausgeführte Rohkupfer ging hauptsächlich nach England und Deutschland zur Raffination. Der Einbruch des afrikanischen Kupfers zwischen beiden Weltkriegen am Kupfermarkt hat die Stellung der Vereinigten Staaten als Kupfererzeuger beträchtlich geschwächt und eine Krise in der Weltkupferwirtschaft hervorgerufen, deren Auswirkungen dann nur durch den neuen Krieg überdeckt werden konnten. Während des Krieges ist aber nordamerikanisches Kapital in großem Umfang in den rhodesischen Kupferbergbau eingedrungen. Die Kapazität der drei rhodesischen Gesellschaften betrug schon während des Krieges zusammen etwa 400 000 t im Jahr. Die auf Jahre hinaus wahrscheinlich gute Kupferkonjunktur eröffnet den rhodesischen Gesellschaften, allerdings auf Kosten der nordamerikanischen Produktion außerordentlich gute Aussichten. Gleichzeitig plant man die Kobalterzeugung zu steigern. Die Erze von N'Kana enthalten bis zu 0,5 % Kobalt, das auf Ferrokobalt verarbeitet wurde, und vor dem Krieg mit der Erzeugung von Katanga in Belgien weiterverarbeitet wurde. Rhodesien verfügt aber noch weiter über die reichen Blei-Zink-Vanadiumerzvorkommen von Broken Hill, etwa 200 km südlich der genannten Kupfererzvorkommen. Auch diese werden wahrscheinlich in der kommenden Zeit gewaltig ausgebaut werden.

Der zweite große Pfeiler der Rohstoffwirtschaft des britischen Kolonialreichs ist die Zinnerzeugung der Malayenstaaten. 1952/53 soll die Erzeugung auf 121 % des Jahres 1938 gestiegen sein. Der Grund für die Forcierung der Zinnerzeugung liegt auf der Hand. Zinn ist eines der wenigen Produkte, die England Dollardevisen bringen, die in der gegenwärtig bedrängten Lage der britischen Insel sehr begehrt sind. Die englische Wirtschaft, die noch schwer unter den Folgen des Krieges zu leiden hat, ist darauf angewiesen, in weit stärkerem Maße als vor dem Krieg zu exportieren. Das setzt nicht nur einen verstärkten Eigenverbrauch an Metallen voraus, zu dessen Deckung die Metallerzeugung der Kolonien herangezogen werden soll, sondern diese Metalle bezw. Erze sind gleichzeitig ein wertvolles Exportgut, zumindesten solange, als die gegenwärtige Knappheit in der Versorgung der Welt mit Metallen anhält. Trotz der Unruhen im Fernen Osten hat sich die Zinnerzförderung u. die Zinnverhüttung in den Malayenstaaten gut erholt, und man kann annehmen, daß das gesteckte Ziel erreicht werden wird. Sowohl in der Kupfer- als auch in der Zinnerzeugung haben die Engländer in den reichen Erzvorkommen ihres Kolonialreiches eine außerordentlich starke Position.

Die Bauxitförderung in den britischen Kolonien, die über reiche Vorkommen in Britisch-Guayana und der Goldküste verfügen, soll gegen das Jahr 1938 mehr als verzehnfacht werden. Sie hatte im Krieg bereits in Britisch-Guayana, das die kanadische Aluminiumindustrie versorgt, im Jahre 1943 1,88 Mill. t erreicht und die Goldküste, deren Vorkommen noch fast unberührt sind, förderte 1943 153 000 t. Eine bis 1950 praktisch den höchsten Stand im Krieg erreichende Bauxitgewinnung setzt eine entsprechende Steigerung der kanadischen Aluminiumerzeugung oder aber einen Ausbau der bislang stark vernachlässigten englischen Produktion voraus. Aber vielleicht glaubt man auch hier größere Mengen an die bauxitarmen Vereinigten Staaten gegen Dollar verkaufen zu können.

Die Vereinigten Staaten haben unter den besonderen Bedingungen des Krieges ihren Anteil an der Weltmetallgewinnung, besonders an der Kupfergewinnung, wieder steigern können, und die Nachkriegsverhältnisse mit ihren übersteigerten Kupferpreisen haben den amerikanischen Erzeugern eine Atempause gewährt. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß eine Steigerung der außerordentlich wirtschaftlich arbeitenden Erzeugung Rhodesiens über den im Krieg erreichten Höchststand hinaus in den kommenden Jahren eine starke Bedrohung der nordamerikanischen Kupferindustrie darstellt.

Erweiterung des Handelsverkehrs mit Italien

Ein britisch-italienisches Komitee hat in Rom Pläne für eine beträchtliche Erweiterung des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern ausgearbeitet. Italien soll mehr Lebensmittel und Fertigwaren nach Großbritannien liefern und größere Mengen Industriegüter erhalten.

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G. m. b. H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Tschechoslowakei:

Handel mit dem Westen erwünscht

Außenhandelsdefizit beträchtlich vermindert

Die tschechoslowakische Einfuhr erreichte 1948 einen Wert von 37 718 Mill. K und die Ausfuhr einen Wert von 37 648 Mill. gegenüber 28 635 Mill. bzw. 28 809 Mill. K im Jahre 1947. Das Außenhandelsdefizit, das im April 1948 noch 4800 Mill. betrug, konnte infolge der gesteigerten Ausfuhr der letzten Monate des abgelaufenen Jahres auf 69 Mill. herabgedrückt werden. Rußland steht auch 1948 an der Spitze des tschechoslowakischen Außenhandels, doch zeigt das Gesamtvolumen gegenüber 1947 immerhin einen starken Rückgang, der sich daraus erklärt, daß die Tschechoslowakei wegen der schlechten Ernte des Jahres 1947 große Getreidemengen aus der UdSSR einführen mußte, während die Einfuhr aus der Sowjetunion 1947 insgesamt 17 777 Mill. und die Ausfuhr nach Rußland 14 743 Mill. K betrug, überstieg 1948 die Ausfuhr im Werte von 6006 Mill. die Einfuhr um 118 Mill. Der Handel mit Rußland und seinen Gefolgstaaten soll 1949 noch eine weitere Ausdehnung erfahren, worauf auch die jüngsten Abmachungen hindeuten. So wurde vor kurzem in Moskau ein Abkommen abgeschlossen, wonach die Tschechoslowakei im laufenden Jahre Textilrohstoffe im Werte von 4,5 Mrd. K erhalten wird, darunter 45 000 t Baumwolle, 1300 t Wolle, 500 t Kamelhaar, 500 t Flachs und 150 t Jute. Außerdem wird Rußland Hasenfelle für die Hutindustrie im Werte von 50 Mill. liefern und dafür Hüte im Werte von 150 Mill. K erhalten. Durch die Einfuhr russischer Baumwolle, die qualitätsmäßig der amerikanischen Baumwolle nicht nachsteht, wird die Tschechoslowakei von der amerikanischen Einfuhr ziemlich unabhängig. Auch mit Ungarn, Rumänien und Polen zeigt der Außenhandelsverkehr ein ständiges Ansteigen. Das mit Rumänien für 1949 abgeschlossene Abkommen sieht z. B. eine 40%ige Erhöhung des Handelsvolumens von 1948 vor, wobei Rumänien hauptsächlich Ölderivate, Bier, Fleisch und Getreide liefern und dafür keramische Erzeugnisse, Koks, Metallwaren und Chemikalien eintauschen wird. Nur im Verkehr mit Jugoslawien ist, wie in Belgrader Wirtschaftskreisen bekannt wird, in der letzten Zeit eine gewisse Abkühlung eingetreten. Während Jugoslawien seine Lebensmittellieferungen noch immer vertragsmäßig erfülle, sei deutlich eine Ausfuhrdrosselung seitens der Tschechoslowakei zu erkennen. Bisher habe Jugoslawien im tschechoslowakischen Außenhandel stets eine führende Stellung eingenommen. Der Warenaustausch umfaßte in den ersten elf Monaten 1948 4,3 Mrd. K, also fast 8% des Gesamtvolumens. Insgesamt betrug die tschechoslowakische Einfuhr aus der UdSSR und deren Gefolgstaaten im abgelaufenen Jahr 13 406 Mill. K oder 35% der gesamten Einfuhr (1947 3529 Mill.) und die Ausfuhr in diese Staaten 14 183 Mill. oder 38% der gesamten Ausfuhr (1947 5521 Mill.).

Man weiß jedoch in den maßgebenden Wirtschaftskreisen der Tschechoslowakei ganz genau, daß diese ausgesprochene Ostorientierung der Wirtschaftsbeziehungen auf lange Sicht nicht genügen kann, man ist sichtlich bemüht, die Handelsbeziehungen mit dem Westen, die in den letzten Jahren ein merkliches Nachlassen gezeigt haben, wieder enger zu gestalten. So erklärte Dr. Kutwirth in der Generalversammlung der tschechoslowakisch-amerikanischen Handelskammer in Prag im Namen des Außenministeriums, die Tschechoslowakei wünsche enge Handelsbeziehungen mit den westlichen Ländern zu unterhalten.

Der Außenhandel mit den USA zeigte 1948 ein beachtliches Absinken gegenüber dem Vorjahr. Im Verkehr mit Großbritannien ist die Einfuhr zwar gestiegen, die Ausfuhr dagegen beträchtlich zurückgegangen, während im Verkehr mit Frankreich gerade das Gegenteil der Fall ist. Der Außenhandel mit Holland, Schweden und der Schweiz zeigt sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr einen starken Rückgang und nur im Verkehr mit Österreich ergibt sich 1948 für die Tschechoslowakei bei einer Steigerung sowohl der Einfuhr als auch der Ausfuhr ein Aktivum von 441 Mill. K.

Die nachstehende Tabelle beleuchtet die Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1948 gegenüber dem Jahr 1947 in Mill. K.

	1948		1947	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
USA	1820	1168	2916	1733
Großbritannien	3816	1358	3258	1841
Frankreich	931	1023	1000	678
Holland	2035	2415	1094	2475
Schweden	1906	1480	2000	2008
Schweiz	1784	1739	2216	2925
Österreich	898	1339	360	1004
UdSSR	5898	6006	17777	14743
Polen	2024	2642	698	474
Rumänien	1471	1189	245	392
Ungarn	1037	1111	371	891
Jugoslawien	2394	2609	1335	1722

Textilien auf dem freien Markt

Auf dem jetzt neu errichteten freien Markt sind die Preise um ein Vielfaches höher als die Preise, die bisher für Textilien galten, die auf die Kleiderkarte bezogen werden konnten. So kosten z. B. ein Paar Damen-Seidenstrümpfe auf der Kleiderkarte 30 K, auf dem freien Markt aber 300 K; ein Handtuch kostet auf Kleiderkarte 50 K, auf dem freien Markt 280 K; 1 m einfarbiger Damenkleiderstoff 115 K, auf dem freien Markt 976 K. Ein auffallend hoher Preisunterschied besteht z. B. bei Damenmantelstoff, von dem 1 m auf Kleiderkarte 180 K, auf dem freien Markt dagegen 3450 K kostet. Herrensocken kosten auf Kleiderkarte 21 K, auf dem freien Markt 98 K, ein Konfektionsanzug 1600 K und 7300 K und Herren-Wollmantelstoff 1 m 370 K und 3800 K.

Mechanisierung der Landwirtschaft bis 1953 beendet

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers verfügte die Landwirtschaft Ende 1948 über 22 000 Traktoren gegenüber nur 3700 im Jahre 1930. Bis 1953 soll die Zahl der Traktoren auf 45 000 Stück erhöht und gleichzeitig sollen auch andere Landmaschinen an die Bauern und ihre Organisationen verteilt werden, so daß in diesem Jahr die Mechanisierung der Landwirtschaft als abgeschlossen angesehen werden könne.

Gdingen — tschechoslowakischer Transithafen

Die tschechoslowakische Ausfuhr von Eisenerzeugnissen, die im laufenden Jahre 10 000 t betragen soll, sowie die Ausfuhr von Zellulose, Leder, Posamenten und Textilien wird in Hinkunft über Gdingen geleitet werden. Auch die Einfuhr von Häuten, Jute, Baumwolle, Phosphaten und Erz wird über Gdingen und zum Teil über Stettin abgewickelt werden.

Der Hafen von Bratislawa (Preßburg), der während des Krieges stark zerstört worden war, ist nun wieder aufgebaut worden und zählt zu den modernsten Donauhäfen.

Kohlenförderung

1948 wurden insgesamt 17,7 Mill. t Steinkohle und 23,30 Mill. t Braunkohle gefördert gegenüber 16,67 Mill. t bzw. 18 Mill. t im Jahre 1937.

*

Die Schokoladen- und Zuckerwarenerzeugung in der Slowakei weist im abgelaufenen Jahr mit 3800 t einen starken Rückgang auf. 1947 betrug die Erzeugung 7000 t u. 1946 5900 t.

In Zvolen (Altsohl) in der mittleren Slowakei wurde eine neue Fabrik zur Holzverarbeitung errichtet mit einer Jahreskapazität von 250 000 Kubikmeter Buchenholz. Es sollen vor allem Eisenbahnschwellen, Furnierhölzer, Holzplatten und Parketten erzeugt werden.

Jugoslawien sucht West-Lieferanten

Handel mit Rußland reduziert

Im Jahresbericht der jugoslawischen Planungskommission wird eine Erhöhung der Industrieproduktion im Jahre 1949 um 6% gegenüber 1947 festgestellt. Trotz der Einschränkung des Handelsverkehrs mit den Kominform-ländern erwartet man auch für dieses Jahr eine weitere Produktionssteigerung um 3%. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat die industrielle Produktion ihr Jahressoll im allgemeinen zu 100% erreicht, wobei allerdings betont werden muß, daß einige Industriezweige, wie z. B. Bergbau, Schwerindustrie und Holzindustrie das gesteckte Soll zwar nicht erreicht haben, andere dagegen wieder, so u. a. das Baugewerbe, die Elektroindustrie, die Textil- und Gummiindustrie, sowie die Lebensmittelindustrie das Plansoll überschreiten konnten. Diese Nichterfüllung wichtiger Industriezweige wird mit dem Boykott der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten erklärt, die wichtige Maschinen entweder überhaupt nicht oder nur mit großen Verspätungen geliefert haben. Den Grund dafür, daß mangelhafte Leistungen wichtiger Industrien überhaupt bekanntgegeben werden, wollen jugoslawische Wirtschaftskreise darin sehen, daß man dadurch die beabsichtigte Schwenkung gegen den Westen hin rechtfertigen will.

Die starke Verminderung des Handels mit Rußland kommt eindeutig in dem neuen Handelsabkommen für 1949 zum Ausdruck, das den gegenseitigen Warenaustausch gegenüber 1947 auf ein Achtel verringert.

Bauindustrie

Die Schwerindustrie hat für 1949 Bauaufträge über 6,5 Mrd. Dinar vergeben. Weiter sollen zahlreiche Elektrizitätswerke, eine Autobahn Belgrad-Agram, Brücken und Arbeiterwohnungen in den Industriegebieten gebaut werden. Diesen Plänen steht allerdings als schweres Hindernis der Mangel an Baustoffen entgegen.

Ausbau der Energiewirtschaft

Acht neue Groß-Kraftwerke und zahlreiche kleinere Werke wurden 1948 in Betrieb genommen. Der Stromverbrauch konnte je Einwohner von 100 kWh im Jahre 1947 auf 123 kWh erhöht werden. Im Jahr 1949 sollen 149 und bis 1952 372 kWh je Einwohner erreicht werden. Es müßten demnach 1952 rund 4,35 Mrd. kWh erzeugt werden. Im abgelaufenen Jahr betrug die Gesamtstromerzeugung bei rund 16 Mill. Einwohnern etwa 2 Mrd. kWh.

Nach Meldungen amerikanischer Blätter bemüht sich die jugoslawische Regierung, Kupfer und Blei im Werte von 15 Mill. Dollar an die USA zu liefern. Mit diesen Erlösen sollen Maschinen und Rohstoffe, deren Lieferung von den Kominformländern abgelehnt wird, eingekauft werden.

Förderung der Landwirtschaft

Im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Modernisierung der Landwirtschaft wird besonders dem landwirtschaftlichen Studium erhöhtes Augenmerk geschenkt. Gleichzeitig soll auch das tierärztliche Studium in jeder Hinsicht gefördert werden. Seit 1944 wurden insgesamt 30 neue landwirtschaftliche Mittelschulen errichtet und zahlreiche landwirtschaftliche Fachschulen eröffnet.

Peseta in Gefahr – Noch immer Folgen des Bürgerkrieges

Seit drei Jahren steht Spanien im Kampf gegen die Abwertung seiner Währung, was der heimischen Industrie zwar zugute kam aber schließlich den Export nahezu unmöglich machte. Ähnlich wie Frankreich und Italien schon zu einem früheren Zeitpunkt, setzte im Dezember nun auch die spanische Regierung veränderliche Wechselkurse für den Ex- und Import fest, um so dem Außenhandel einen Auftrieb zu geben. Wie die Regierung erklärte, soll es sich lediglich um eine zeitbedingte, vorübergehende Maßnahme handeln.

Die Einführung eines veränderlichen Wechselkurses kam nicht überraschend. Bereits seit geraumer Zeit verschlechterte sich die Wirtschaftslage Spaniens. Allgemeiner Warenmangel und die Vergrößerung des Banknotenumlaufs führten zu einer nicht zu verkennenden inflationistischen Entwicklung. Die gesetzliche Höchstgrenze des Geldumlaufes, der sich zwischen 1935 und 1944 vervierfacht hatte mußte viermal heraufgesetzt werden. Schon Ende 1947 hatte der Geldumlauf 26 Mrd. Pesetas überschritten. Der daraus resultierende Kaufkraftübernahme verkleinerte das Ausfuhrpotential; auch das dadurch erhöhte inländische Preisniveau stellte sich dem Export in den Weg, was allmählich zu seiner gegenwärtigen Stagnation führte. Dabei wird das Problem, den circulus vitiosus im spanischen Außenhandel zu durchbrechen, immer schwieriger. Der vermehrte Bedarf an Einfuhrgütern für die im Gang befindliche Industrialisierung des Landes kann nur in dem Maße gedeckt werden, in dem exportiert wird, und die Steigerung der Ausfuhr wird nur durch eine Produktionserhöhung — das beste Antiinflationsmittel — ermöglicht, die wiederum vermehrte Importe von Produktionsgütern zur Voraussetzung hat.

Spaniens Preise liegen fast um die Hälfte über dem internationalen Niveau und die Peseta ist dem Ausland gegenüber viel zu stark überwertet. Da sie zwischen den internationalen Kursen auf die Dauer diesen Stand nicht wird behaupten können und da es nicht sehr wahrscheinlich ist, daß ihr innerer Wert durch eine Produktionssteigerung gehoben werden kann, liegt der Gedanke an die Abwertung nahe. Doch scheint man in Madrid die Folgen eines solchen Schrittes, nämlich die durch die erhöhten Preise für Importwaren zu erwartende Verzögerung in der Industrialisierung für das größere Übel zu betrachten, als daß man sich dazu entschließen könnte.

Der unmittelbare Anstoß zur Teilabwertung in Gestalt der veränderlichen Wechselkurse wurde einmal dadurch gegeben, daß die Verhandlungen mit Großbritannien über eine Wiederaufnahme des lähmgelegten Handelsverkehrs zu scheitern drohen. So wollten die Briten 108 000 t Orangen gemäß einem Handelsabkommen übernehmen. Nach dem amtlichen Kurs wäre jedoch der Preis in Peseten doppelt so hoch zu stehen gekommen wie der für Orangen aus Italien und Algier. Spanische Exporteure von Olivenöl und anderen Produkten hatten mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Auf Grund der neuen Maßnahmen ist es nun gelungen mit Großbritannien ein Zahlungsabkommen zu erzielen, das Erleichterungen für die Durchführung des britisch-spanischen Handelsvertrages vorsieht.

Der zweite direkte Anlaß für die Einführung der neuen Kurse ist in der gegenwärtigen Mandel-Krise zu suchen, die darin bestand, daß es den spanischen Mandelexporteuren nicht gelang, ihre Ernte im Ausland abzusetzen. 1945 hatte Spanien nach den USA Mandeln im Werte von 10 Mill. Dollar ausgeführt, 1946 nur für 2 Mill., 1947 war der Gesamtwert noch geringer und 1948 sank die amerikanische Einfuhr aus Spanien auf 800 000 Dollar. Um den Verkauf von Mandeln im Werte von 2 Mill. Dollar an die USA zu erleichtern, wollte die spanische Regierung den Mandelexporteuren Subventionen gewähren. Dieser Plan scheiterte jedoch an einer Erklärung der USA, sie müßten auf Grund des Gesetzes von 1930, das Subventionen verbietet, den Betrag der Subventionen auf den amerikanischen Einfuhrzoll schlagen.

Diese Absatzschwierigkeiten haben ernste Folgen, da Spanien in hohem Maße vom Ausland abhängig ist. Während die Landwirtschaft früher den Bedarf des Landes zu 90% deckte, kann sie dies jetzt nur zur Hälfte. Schuld daran ist einmal der Zuwachs der Bevölkerung seit dem Bürgerkrieg um mehrere Millionen, andererseits aber auch ein starker Rückgang in der Erzeugung. Die Weizeneinfuhren mußten so gegenüber der Zeit vor 1935 um das 4fache erhöht werden, ohne daß damit der Bedarf voll gedeckt werden kann.

Die angespannte Devisenlage Spaniens, die durch die mit der Industrialisierung gesteigerte Nachfrage nach Transportmitteln noch verschärft wurde, ist in der ständig passiven Handelsbilanz begründet. Zwar konnte sich Spanien ebenso wie sein Nachbar Portugal während des Krieges mit der Ausfuhr der für die Kriegführung wichtigen Wolframerze und anderen Mineralien zu hohen Preisen eine beträchtliche Gold-Devisenreserve — 325 Mill. Peseta — schaffen, nimmt seine Einfuhr durch die begrenzte Lieferfähigkeit des Auslandes auf ein Minimum sank. Doch hat die Handelsbilanz inzwischen wieder immer stärker passiven Charakter angenommen. Während Spanien früher den bilateralen Handelsverkehr vermied, stellte das Land seinen Außenhandel auf diese Form um, da auch die Quelle der unsichtbaren Ausfuhren, die bisher eine verhältnismäßig große Rolle gespielt hat, versiegte. Wenn Spanien bisher trotz erschöpften Devisenbestand eine passive Handelsbilanz beibehalten konnte, so hat es das ausschließlich dem umfangreichen Kredit zu verdanken, den Argentinien im April 1948 in Höhe von 1750 Mill. Pesetas auf 4 Jahre gewährte.

Der Handel Spaniens mit Deutschland war bisher noch nicht nennenswert. Obwohl die Handelsbeschränkungen zwischen Deutschland und Spanien bereits vor längerer Zeit aufgehoben wurden, sind bisher zwischen den beiden Handelspartnern nur vereinzelte Geschäfte abgeschlossen worden, während im Jahre 1938 1,5% der Exporte und 1,7% der Importe Deutschlands aus Spanien stammten. Vor kurzem traf nunmehr eine spanische Handelsdelegation in Frankfurt ein, um den ersten Handelsvertrag nach dem Kriege mit Westdeutschland abzuschließen.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß Spanien noch heute, 10 Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges, unter dessen Folgen zu leiden hat und daß Spanien keine Ausnahme bildet unter den Nationen, die bei der Durchführung ihrer Industrialisierungsprogramme in einer Zeit weltwirtschaftlicher Zerrissenheit ungeheure Schwierigkeiten zu meistern haben.

Israels wirtschaftliche Sorgen

Ende Januar und Anfang Februar wurde der neue Judenstaat Israel in Verbindung mit den im jüdischen Palästina am 25. Januar 1949 durchgeführten Parlamentswahlen von verschiedenen Staaten de jure oder de facto anerkannt.

Während die verantwortlichen Männer in Tel Aviv bisher fast nur für eine den Juden günstige Entwicklung des Palästina-Krieges besorgt sein konnten, werden sie jetzt ihre ganze Aufmerksamkeit der „Wirtschaftsfront" in Israel zuwenden, die in ihrer „nicht gehobenen Lage" durch ein Gespräch zwischen dem Reporter des New Yorker jüdischen „Forwerts" und einem Führer der jüdisch-palästinensischen Gewerkschaft Histadruth treffend gekennzeichnet wird (das New Yorker Blatt berichtet ausführlich über diese Unterredung Ende 1948).

Nach den Aussagen von Abraham Haft, der seit 1913 in Palästina lebt, Mitbegründer der jüdischen Siedlung Dagania B beim großen Kraftwerk am Südende des Sees Genezareth, beim israelischen Generalstab tätig als Leiter einer Abteilung zur Intensivierung der militärischen Schlagkraft jüdischer landwirtschaftlicher Siedlungen — nach Mitteilung dieses Mannes waren die 300 landwirtschaftlichen jüdischen Siedlungen Palästinas, von der „Jüdischen Agentur" gegründet und heute zu 90% im Besitz der in Israel mächtigen Histadruth, während des Palästina-Krieges „von großer militärischer Bedeutung für die Verteidigung des Landes, hinter kleine Festungen". 12 dieser 300 Siedlungen wurden von den Arabern erobert, 18 verwüstet. Da 35 bis 40% der männlichen Arbeitskräfte aller jüdischen Siedlungen unter den Waffen standen und die noch verbleibenden Männer zum Ausheben von Schützengräben und zum Bau von sonderwertigen Verteidigungsanlagen (bis Mitte des Jahres 1948 in Holz, dann in Beton) herangezogen wurden, blieb es nicht aus, daß die Produktion dieser für die Versorgung der Gesamtbevölkerung Israels lebensnotwendigen Siedlungen immer geringer wurde. So sank z. B. die Milchproduktion auf 25% zuletzt auf 20% herunter. Man sah in Israel was auf dem Spiele stand, und so ging man vor allem daran, nach großangelegten Plänen vor allem im Getreide- und Kartoffel-Anbau auf eine Erhöhung der Produktionsziffern hinzuarbeiten. Man erwartet aber nicht nur auf diesem Gebiet bereits in den kommenden Monaten eine wesentliche Besserung, sondern man rechnet auch mit einer größeren Weizen- und Gersten-Ernte, so daß dann die Lebensmittel aller Art wieder billiger werden können und vor allem wieder im ausreichenden Maße vorhanden seien. „Die hohen Preise aller Produkte gefährden die Wirtschaftsstruktur des ganzen Landes". Haft stellt fest, daß durch die Plage einer Spekulation verantwortungsloser Elemente, durch allzu hohe Preise der Lebensstandard der jüdischen Bevölkerung in Palästina stark herabgesunken sei. Von den im Jahre 1947 im jüdischen Palästina neugegründeten 32 landwirtschaftlichen Siedlungen habe man im palästinensischen Kriegsjahr 1948 nichts geerntet; diese Siedlungen hätten nur als strategische Punkte ihren Dienst getan; jetzt aber dürfe man hoffen, daß auch in diesen Siedlungen produziert werde zum Wohle der gesamten Bevölkerung. Eine der größten Sorgen sei zur Zeit die Einfuhr von dringend benötigtem Kunstdünger, dem Judenstaat Israel steht ja zur Zeit nicht mehr das unter arabischer Kontrolle stehende Tote Meer zur Verfügung, das ehedem in Massen die verschiedensten chemischen Produkte der jüdischen Industrie Palästinas zur Verarbeitung zuführte. Ferner ist Israel arm an Viehfutter und landwirtschaftlichen Maschinen. Vor allem fehlen Traktoren, um die eigenen und nun aus ehemaligem arabischen und deutschen Besitz hinzugekommenen Felder bebauen zu können.

Abraham Haft war auf Einladung von amerikanischen Histadruth-Freunden nach USA gekommen und er fuhr nach Palästina zurück mit der Gewißheit, daß diese seine Freunde in den Vereinigten Staaten im Jahre 1949 seine Millionen Dollar aufbringen wollen zur Förderung der Histadruth-Unternehmungen in Israel.

*

Die Regierung von Israel hat ein Einfuhrprogramm für 1949 aufgestellt, das einen Gesamtwert von 18 Millionen £ veranschlagt. Davon kommen auf die Einfuhr für die Schwerindustrie 8,5 Mill. £, für die chemische Industrie 1,5 Mill. £ und für die Leichtindustrie 7,5 Mill. £.

Handelsflotte

Mit dem Sitz in Haifa wurde die „Israel-American-Line" gegründet, die als der Anfang der israelischen Handelsflotte angesehen werden kann. Die Gesellschaft, die noch keine eigenen Schiffe hat, verhandelt zur Zeit wegen des Ankaufs verschiedener Frachter. Die Schiffe der neuen Linie sollen regelmäßig New York, St. John, Montreal, New Orleans und andere amerikanische Häfen anlaufen.

82 Mrd. Lei Investitionen

Rumänischer Wirtschaftsplan für 1949

Während in den osteuropäischen Ländern im allgemeinen schon ein merklicher Fortschritt im wirtschaftlichen Wiederaufbau unverkennbar ist, lassen die Verhältnisse in Rumänien, dessen Wirtschaft unter dem neuen kommunistischen Regime eine grundlegende strukturelle Änderung erfahren hat, noch viel zu wünschen übrig. Es ist daher erklärlich, wenn jetzt die Regierung bemüht ist, durch großzügige Investitionen die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Der neue Wirtschaftsplan für 1949 sieht Investitionen von insgesamt 82 Mrd. Lei vor und kann als Überleitung zu Fünfjahresplänen angesehen werden. Der neue Plan umfaßt das gesamte Kreditwesen, die Genossenschaften, die verstaatlichte Industrie und Landwirtschaft und den verstaatlichten Handel.

In der Schwerindustrie sollen neue Hochöfen angeblasen, neue SM-Öfen und Kokereien eingerichtet und so die Erzeugung von Stahl um 14% und die Erzeugung von Schmiedeeisen um 30% gesteigert werden. Außerdem sollen neue Eisenerzvorkommen erschlossen und die Erzförderung um 24% erhöht werden. Die Erdölförderung soll gegenüber 1948 um rund 14% gesteigert und außerdem soll eine neue Raffinerie angelegt werden. Die Bergbaubetriebe sollen weitgehend mechanisiert und die Kohlenförderung soll um 15% erhöht werden. Die Förderung von Gold soll um 32%, von Silber um 25%, von Quecksilber um 33%, von Blei um 9% und von Kupfer um 64% steigen. Ein zur Zeit still liegendes Kupferbergwerk soll wieder erschlossen werden. Auch die Salzgewinnung will man um 40% erhöhen. Die Elektroindustrie soll ebenfalls stark ausgebaut werden und außerdem ist bis 1951 die Errichtung von zwei Hydro- und drei Thermokraftwerken vorgesehen. In der chemischen Industrie ist eine Produktionssteigerung um 51% geplant und auch der Arzneimittelindustrie soll erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Die Holzerzeugung soll durch die Errichtung von sieben neuen Sägewerken um 30% gesteigert und besonders die Erzeugung von Einheitsmöbeln und Holzhäusern gefördert werden. Ganz besonderes Interesse besteht für den Ausbau der Textilindustrie, deren Produktion durch Errichtung neuer Fabriken bis um etwa 130% erhöht werden soll. Die Schuhproduktion soll um 36% und die Erzeugung von Treibriemen sogar um 247% gesteigert werden. Auch die Eisenbahnen wollen die Ausfälle der Kriegsjahre durch Einstellung neuer Lokomotiven, Personen- und Güterwagen ersetzen. Weiter sollen neue Straßen in einer Länge von 1000 km gebaut werden.

In der Landwirtschaft will man durch Bereitstellung von Krediten, Maschinen und Traktoren den Übergang von der Einzelwirtschaft zu Kollektivwirtschaften fördern. Bis einschließlich 1947 hatte Rumänien unter schweren Mißernten zu leiden und erst die Ernte des abgelaufenen Jahres ist wieder halbwegs befriedigend ausgefallen.

Durch diese großzügigen Hilfsmaßnahmen sollen die Kriegsschäden wieder gutgemacht und Rumäniens Wirtschaft die Möglichkeit gegeben werden, sich wieder als vollwertiger Partner im südosteuropäischen Wirtschaftsraum einzuschalten.

Der feste Bezug

unserer interessanten Wochenzeitung

zum Monatsbezugspreis von nur DM. 2.— bietet Ihnen die meisten Vorteile

Bitte senden Sie uns den Bestellschein als Drucksache oder auch unfrankiert zu.

(Bitte hier ausschneiden)

An die „WIRTSCHAFTSREVUE" Rastatt/Baden
Werbeabteilung Bahnhofstraße 46

Bestellschein

Liefern Sie mir / uns die

„WIRTSCHAFTSREVUE"

Unabhängige Europäische Wochenschrift

ab _____ 1949 durch die Post / unter Streifband

zum Monatsbezugspreis von DM 2.—

zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto

Name / Firma _____

Beruf / Branche _____

Ort und Straße _____

(Datum) _____ (Unterschrift) _____

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Siemens & Halske AG

Auf der in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung der Siemens & Halske AG wurde es in dem Geschäftsbericht als einmalig in der modernen Wirtschaftsgeschichte bezeichnet, daß ein derartiges Unternehmen vier Jahre keine Bilanz vorlegen mußte. Die Zersplitterung Deutschlands und der damit verbundene Verlust der buchmäßigen Unterlagen, fehlende Bestimmungen für die DM-Eröffnungsbilanz und den endgültigen Lastenausgleich verhinderten auch jetzt noch eine schriftliche Rechnungslegung, die nun durch den mündlichen Rechenschaftsbericht ersetzt werden sollte.

Aus den Ausführungen von Dr. Hermann v. Siemens sowie dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden der Vorstände von Siemens & Halske sowie der Siemens-Schuckert-Werke Dr. v. Witzleben ging hervor, daß der Zusammenbruch die technischen Fundamente in unvorstellbarer Weise erschüttert hat. Der Schwerpunkt der entwicklungs- und fertigungstechnischen Kapazität lag in Siemensstadt mit den vertrieblichen und technischen Dienststellen. Als die Werke von S&H und SSW dort von den Russen freigegeben wurden, waren sie praktisch leer. Rund 17 000 Werkzeugmaschinen, alle Prüfwerkzeuge, Büromaterial, Vorräte und fast alle Bestände an Fertigfabrikaten waren abtransportiert. Auch die technischen Unterlagen sind nicht vergessen worden. Das erhebliche Bankguthaben in Berlin in Höhe von RM 350 Mill. und Wertpapierbestände von rund RM 100 Mill. waren blockiert, das Bargeld entnommen, das Auslandsvermögen einschließlich der ausländischen Tochtergesellschaften enteignet, alle Auslandspatente der Verfügung entzogen. Durch die Bombenangriffe waren in der letzten Phase des Krieges in Berlin sowie in den Werken in Nürnberg erhebliche Zerstörungen an Gebäuden, Maschinen und Lägern eingetreten. Auch die deutschen Tochtergesellschaften hatten schwere Verluste erlitten. Diesen Verlusten ist in der Zeit nach dem Kriege die Enteignung der Werke und Geschäftsstellen in der Ostzone gefolgt.

Die Leitung des Hauses hatte schon Anfang 1945 für den Fall einer Trennung Deutschlands in Ost und West sowohl bei S&H in München, wie bei SSW in Erlangen Gruppenleitungen eingesetzt, denen die Aufgabe zufiel, im Falle der Abtrennung die dortigen Werke und Geschäftsstellen selbständig unter eigener Verantwortung zu führen. Von Anfang an war es das Bestreben, den hohen Stand der Technik wieder zu erreichen, und doch die wesentlichen Teile des Fabrikationsprogramms wieder aufzunehmen. Heute kann man wieder ein abgerundetes Fabrikationsprogramm der Fernmeldetechnik in Berlin und im Westen aufweisen. In enger Zusammenarbeit mit Post und Bahn sowie der Verwaltung für Wirtschaft wurde die Planung so abgestellt, daß ein breites Gebiet der Telegrafie, der Fernsprechtechnik und des Weitverkehrs mit den dazugehörigen Bauelementen, Meßgeräten und Röhren hergestellt wird. Der Aufbau einer geordneten Entwicklung im Westen begegnete großen Schwierigkeiten, da bei S&H hierfür fast sämtliche Unterlagen und Laboratorien fehlten.

Bis zur Währungsumstellung im Westen konnte der laufende Geldbedarf und die Aufwendungen für die Wiederaufbauprogramme aus eigenen Mitteln bestritten werden, während die Werke in Siemensstadt infolge der Blockierung ihrer Bankguthaben einen Kredit beim Berliner Stadtkontor aufnehmen mußten. Obwohl auch im Westen die flüssigen Mittel durch das anwachsende Geschäftsvolumen weitgehend gebunden wurden, ging man in die Währungsumstellung mit erheblichen Bankguthaben, weil die Kundschaft in den letzten Stunden noch enorme Zahlungen leistete. Die Verluste durch die Währungsumstellung waren erheblich größer als die durch die Abwertung der Lieferantenschulden sich ergebenden Beträge. Um das Vakuum an Betriebsmitteln wieder aufzufüllen, mußte zu einer entsprechenden Fremdfinanzierung übergegangen werden. Die Verschuldung des Hauses konnte in einer Größenordnung gehalten werden, die unterhalb der Summe der Forderungen an die Kundschaft liegt. Dadurch mußten aber die so dringend notwendigen Erweiterungsprogramme erheblich reduziert bzw. zurückgestellt werden. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß mit allen Mitteln danach getrachtet werden muß, der Elektroindustrie, der, wie bereits angedeutet, eine ausgesprochene Schlüsselstellung beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zukommt, sobald wie möglich erhebliche langfristige Gelder zuzuführen, falls sie die ihr gesetzten Ziele, auch hinsichtlich des Exports, erfüllen soll.

Die Berliner Belegschaft von S&H ist heute schon wieder auf 13 000 Angestellte und Lohnempfänger angewachsen. Rund 2000 Maschinen arbeiten wieder in den Fabriken, die notwendigen Werkzeuge sind beschafft und erhebliche Mengen von Spezialwerkzeugen werden in eigenen Werkstätten hergestellt. Die normale Fabrikation neuer Geräte und Anlagen konnte wieder aufgenommen werden. Sie unterscheidet sich von der früheren Siemens-Fertigung nur noch dadurch, daß die Typenzahl der hergestellten Geräte geringer geworden ist und daß noch eine Reihe der früher in reicherem Maße vorhandenen Spezialwerkzeugmaschinen beschafft werden müssen.

Die Währungsreform hat entgegen den Erwartungen keine nennenswerte Verminderung des Bestellbestandes gebracht. Es liegen z. Zt. noch insgesamt Aufträge für eine Beschäftigung von mehr als 12 Monaten vor. Dank der Luftbrücke haben die Berliner Werke laufend weiter arbeiten können. Die Absatzstockung nach der Ostzone soll durch verstärkte Ablieferungen nach Westdeutschland ausgeglichen werden. Seit Beginn der Luftbrücke wurden 900 t der Erzeugnisse nach dem Westen gebracht. Alle Engpaßmaterialien müssen eingeflogen werden. Die Versorgung der Werke mit Kohle und Strom ist bei eingeschränktem Betrieb bisher gelungen.

In den drei westlichen Zonen bestanden bei Kriegsende die Betriebe Bocholt, Speyer, Ballingen, München und in Thüringen, welches bis zum Sommer 1945 noch zu den Westzonen gehörte, die Betriebe Gera und Arnstadt. Die vier erstgenannten Betriebe waren bis zum Zusammenbruch reine Fabrikationsbetriebe, die ihre Aufträge und die zu deren Durchführung erforderlichen fertigungstechnischen Unterlagen von Vertriebsabteilungen und technischen Dienststellen in Siemensstadt erhielten und im übrigen nur einen geringen Bruchteil der S&H-Fertigungskapazität darstellten. Diese Werke mußten auch bei völliger Unterbrechung der Verbindung mit Berlin arbeitsfähig gestaltet und auf den wesentlich erscheinenden Teil des S&H-Fertigungsprogramms eingestellt werden. Die Erteilung der Fertigungspermits konnte zum Teil erst nach längeren Verhandlungen mit den einzelnen Militärregierungen erwirkt werden. Es fehlte an ausreichendem Fachpersonal. Der Maschinenpark war unvollständig und durch Kriegsschäden und Demontagen in seiner Leistungsfähigkeit gemindert. Hinzu kam im Sommer 1945 die Abtrennung Thüringens, die einen Neuaufbau wichtiger Fertigungszweige in den Westzonen erforderlich machte. Der Aufbau der Fertigungskapazität ist durch Schaffung neuer Werke in Erlangen, Heidenheim und Karlsruhe und die Reorganisation von München, Speyer und Bocholt soweit fortgeschritten, daß in diesen Werken eine Belegschaft von 9000 Köpfen beschäftigt wird.

Nach der Währungsreform standen wieder genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Dagegen ist es noch nicht gelungen, den Mangel an Facharbeitern gänzlich zu beheben. Da auch in der Versorgung mit Rohstoffen eine wesentliche Entspannung eintrat, konnte die Ausnutzung der Fertigungskapazität erheblich gesteigert werden. Nach der Währungsumstellung änderte sich die Ertragslage insofern, als durch eine bessere Ausnutzung unserer Werke gewisse Kostendegressionen erfolgten. Auf der anderen Seite traten wesentliche Erhöhungen der Material- und Lohnkosten ein, denen sich die Preise nur in gewissem Umfange angepaßt haben. Insgesamt bewirkten diese Vorgänge, daß nunmehr die Betriebsrechnung ins Gleichgewicht gelangt ist.

Den Siemens-Schuckertwerken AG stehen durch Eigenbau u. Neukauf in Berlin wieder 7300 Maschinen zur Verfügung. Die Belegschaft beträgt rund 12 000 Mann. Trotz allen Schwierigkeiten konnte die Produktion fortlaufend gesteigert und nach und nach auf weitere vorübergehend ausgefallene Fertigungsgebiete ausgedehnt werden. Allein über die Luftbrücke konnten bisher über 2000 Tonnen nach dem Westen ausgeflogen werden. Umgekehrt spielte die Luftbrücke auch eine wesentliche Rolle für die Versorgung der Betriebe mit Gütern aus den Westzonen, die mit dazu beitrugen, die Aufrechterhaltung der Werke in dem bisherigen erfreulichen Ausmaß zu ermöglichen. Für den westlichen Teil wurde die Situation durch die Schäden an den Betriebsstätten, vor allem durch die starken Zerstörungen in den Nürnberger Werken, verschärft. Die an sich immer verhältnismäßig stark gewesene Fertigungskapazität der Werke im Westen wurde durch Abrundungen des Fabrikationsprogramms auf dringenden Mangelgebieten erweitert. Aus diesem Grunde wurden auch einige neue Fertigungsstätten in Betrieb genommen. Die Zahl der Belegschaft in den Werken der SSW stieg dabei auf 13 300. Von den Tochtergesellschaften haben die Siemens-Reiniger-Werke AG, und die Vereinigten Eisenbahn-Signalwerke GmbH. ihre Betriebe im Osten verloren, kamen aber mit ihren im Westen gelegenen größeren Werken dank ihrer besonderen Aufgabenstellung verhältnismäßig rasch zum Anlaufen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß durch die als Folge des Krieges eingetretenen Veränderungen von der gesamten Kapazität des Hauses heute ein Drittel in Siemensstadt und zwei Drittel im Westen liegen. Auf Grund des derzeitigen Standes der Leistung darf die weitere Entwicklung des Unternehmens mit Zuversicht beurteilt werden.

Von der Generalversammlung wurde beschlossen, einen zweiten Gesellschaftssitz in München zu errichten. Es soll sich dabei nicht um eine Sitzverlegung aus Berlin, sondern nur um die Schaffung eines zweiten Sitzes in Westdeutschland handeln, die durch den Ausbau der Betriebe in den Westzonen notwendig geworden war.

Welt-Warenmärkte

Argentiniens Getreidepolitik

Argentinien, der Welt zweitgrößter Weizenproduzent, zog sich aus der Weltweizenkonferenz zurück. Der argentinische Delegierte erklärte, seine Regierung könne das Weltweizenabkommen nicht gutheißen, da dieses den Preis von 1,65 Dollar pro Bushel nicht garantiere, den die argentinischen Produzenten gegenwärtig erhielten.

Nach privaten argentinischen Schätzungen wird sich die Weizenernte des Landes in diesem Jahr auf rund 4 Mill. t belaufen, nachdem sie von den gleichen Kreisen zunächst auf 4,8 Mill. t geschätzt worden war. Eine argentinische Weizenernte von 4 Mill. t wäre um 2,7 Mill. t geringer als die vorjährige und würde nur einen Exportüberschuß von etwa 1 Mill. t übriglassen. Eine amtliche argentinische Getreideschätzung liegt bisher noch nicht vor.

Die amtlichen Übernahmepreise für Roggen, Hafer, Leinsaat und Rübsamen wurden von der argentinischen Regierung für das Landwirtschaftsjahr 1949 in der gleichen Höhe wie im Vorjahr festgesetzt. Sie belaufen sich für Roggen auf 17 Pesos 50, für Hafer auf 16 Pesos, für Leinsaat auf 30 Pesos und für Rübsamen auf 30 Pesos und zwar jeweils für 100 kg. Der Übernahmepreis für Gerste wurde allerdings von 13 Pesos 50 im Vorjahr auf 13 Pesos im laufenden Jahr erhöht. Auf diese Weise soll der Anbau von Gerste gefördert werden, da die gegenwärtigen Marktverhältnisse eine Anbausteigerung befürworten. Die Beibehaltung der vorjährigen Übernahmepreise bei den übrigen Getreidesorten werden ebenfalls mit den Marktverhältnissen erklärt. Die Getreidepflanzer müssen ihre Ernten nach den geltenden Bestimmungen an das staatliche Handelsförderungsinstitut abliefern. Argentinien will auf diese Weise trotz der schwachen Tendenz der Getreide-Weltmarktpreise den Landwirten den Wert ihrer Produktion garantieren und die Preise aufrechterhalten, die die Regierung im Rahmen ihrer Politik der Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen als hinreichend zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion ansieht. Der amtliche Übernahmepreis für Weizen war bereits früher mit 60 Pesos je 100 kg angesetzt worden.

In seinem Jahresbericht an Präsident Truman stellte der amerikanische Landwirtschaftssekretär Brannan die Gefahr einer Überproduktion in der amerikanischen Landwirtschaft als unvermeidlich hin. Gleichzeitig forderte er die Regierung auf, Maßnahmen in weitestem Maßstab zur Lösung dieses dringenden Problems zu ergreifen. Die Richtlinien von Präsident Trumans Plan zur internationalen Zusammenarbeit zwecks Förderung rückständiger Gebiete sollen dabei befolgt werden. Nur eine Steigerung der Kaufkraft in der ganzen Welt könne eine landwirtschaftliche Überproduktion und Schwemme landwirtschaftlicher Produkte in den USA verhindern.

Getreidenotierungen

	10. 2.	17. 2.
Weizenpreise Chikago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 27,2 kg)		
Mai	211⅝	223¼
Juli	195½	181¼
September	194¼	182
Maispreise Chikago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg)		
Mai	136½	129¾
Juli	134½	129½
September	131½	134¼
Roggenpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg)		
Mai	122	114¼
Juli	120½	113¾
Oktober	118	112¾
Haferpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 14,5 kg)		
Mai	69½	70¼
Juli	68½	67¾
Oktober	64¼	64¼
Gerstenpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg)		
Mai	104¾	100
Juli	99¼	97¾
Oktober	94¾	94

Fette

Das Internationale Notenährungskomitee der F.A.O. hat die internationale Bewirtschaftung von Fetten und Ölen eingestellt. Diese Maßnahme wurde ergriffen auf Grund einer Empfehlung des Jahreskongresses der F.A.O. im November 1948, der zufolge knappe Lebensmittel von der internationalen Bewirtschaftung freigesetzt werden sollten, sobald es scheint, daß eine Fortsetzung der Zuteilung keinem nützlichen Zweck mehr dient. Dieser Schritt ist ein Zeichen dafür, daß sich die Versorgung mit Fetten und Ölen entscheidend gebessert hat, obwohl ein wirklicher Ausgleich zwischen Weltangebot und Weltnachfrage noch nicht vorliegt. Fette und Öle waren in den Jahren seit Kriegsende die knappsten aller Stapelagrarprodukte. 28 bis 32 Mill. t an Fetten und Ölen wurden in den Jahren vor dem Kriege auf der Welt erzeugt. Drei Fünftel davon waren Ölsaaten und pflanzliche Öle und Fette, die restlichen zwei Fünftel tierische Fette. Exportiert wurden in der Vorkriegszeit durchschnittlich 5 bis 6 Mill. t pro Jahr. In den ersten beiden Nachkriegsjahren lag die Welterzeugung um 20 bis 25% unter dem Vorkriegsstand, die Exporte dagegen waren auf die Hälfte des Vorkriegsstandes gefallen. Diese Entwicklung traf die Welt umso härter, als die Bevölkerung seit 1939 beträchtlich gestiegen war. Die Ursache ist in einer ganzen Reihe von Faktoren zu sehen: Der Eigenverbrauch der Überschußländer nahm stark zu, Europas Viehbestände sind durch die Kriegsereignisse gewaltig dezimiert worden, im Fernen Osten, der vor dem Krieg beinahe die Hälfte aller pflanzlichen Fette und Öle lieferte, war die Erzeugung durch den pazifischen Krieg vollständig lahmgelegt, die Gewinnung von Walöl war auf einen Bruchteil der Vorkriegsmengen gesunken und auch in Frankreichs afrikanischen Kolonialgebieten fiel die Erzeugung auf ein Minimum.

Seit Anfang 1947 erholte sich die Erzeugung in fast allen Überschußgebieten ziemlich schnell, die Ölsaatenerzeugung in den meisten Verbrauchsländern, besonders in den USA wurde stark ausgedehnt, auch die Walölerzeugung nahm wieder beträchtlich zu. Während im vergangenen Jahr der Weltexport noch um ein Drittel unter dem Vorkriegsstand lag, erreicht die Erzeugung doch fast die der Vorkriegsjahre. In dieser Saison lagen die für den Export verfügbaren Mengen nur noch um ein Fünftel unter dem Vorkriegsstand und es ist anzunehmen, daß dieser Rückstand in wenigen Monaten aufgeholt sein dürfte.

Die Weltfetterzeugung hat bereits den Vorkriegsumfang erreicht.

Die Verbesserung der Versorgung bedingte eine starke Preisreduktion, besonders im Verlauf der letzten zwölf Monate. Einzelne Preise in dieser Stapelwarengruppe haben sich mehr als halbiert und zeigen weiterhin fallende Tendenz, zumal sich in den USA bedeutendere Vorräte angesammelt haben. Die Normalisierung der Getreideangebote hat den Eigenverbrauch an Fetten und Ölen in den Überschußländern wieder etwas vermindert und die großen Maisangebote werden voraussichtlich eine größere Produktion von Schmalz und Rindertalg bringen.

Kaffee

Das brasilianische Finanzministerium gab bekannt, daß alle Kaffeebestände des Nationalen Kaffeeamts, mit Ausnahme von 3,3 Millionen Sack, die für Kompensationsgeschäfte mit europäischen Ländern vorgesehen sind, geräumt seien. Dank dieser Entwicklung werde der Kaffeemarkt in Brasilien wieder völlig frei; die Regierung sei indes bei spekulativen Auswüchsen jederzeit zum Eingreifen bereit. Außerdem würden sie die Kaffeepflanzer weiterhin bei der Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen und Schädlingsbekämpfungsmitteln unterstützen. Die Erklärung stellt schließlich fest, daß die Mittel für die endgültige Tilgung der Kaffee-Realisierungsanleihe von 1930 bereits in den Händen der brasilianischen Finanzvertreter in London und New York seien.

Kaffeenotierungen:

New York	10. 2.	17. 2.
Santos loco	29	28,75
per März	21,66	21,74

Baumwolle

Die Baumwollwirtschaft in Australien soll beschleunigt aktiviert werden. Regierungsbeihilfen und eine staatliche Preisgarantie für eine gewisse Zeit sollen die Umstellung erleichtern. Die einzige australische Provinz, in der Baumwolle angebaut wird, wies im vorigen Jahre eine Anbaufläche von 6500 acres auf mit einem Ertrag von 2 Mill. lbs. (1943/44: 41 000 acres mit 13 Mill. lbs.)

Nach einer Meldung der anatolischen Nachrichtenagentur kostet türkische Rohbaumwolle zur Zeit 2,30 TT je kg und damit um etwa 30 Piaster mehr als Baumwolle gleicher Qualität auf dem Weltmarkt. Der Preis für Mohair türkischer Herkunft liegt dagegen gegenwärtig etwas unter dem Londoner Preise.

Baumwollnotierungen:

New York (in Dollar-Cents je lb)	10. 2.	16. 2.
März	32,63	32,90
Mai	31,75	32,17
Juli	30,33	31,17
Oktober	27,66	28,23
Dezember	27,73	28
März	27,68	27,87
Mai	27,46	27,60

Wolle

Die Preiserhöhung um 15% für mittlere und grobe Kreuzzuchtwolle bei den letzten Versteigerungen in Melbourne wird auf die japanischen Käufe zurückgeführt. Hauptkäufer sind jetzt die australischen und britischen Spinnereien, da die Sowjetunion Ende Dezember ihre Käufe eingestellt hat.

Die Nachfrage nach besserer Merinowolle war in letzter Zeit schwächer. Die letzten Preise liegen um 5% unter den Dezemberpreisen.

Häute

Stuttgart. Auf der Häuteauktion wurden erstmalig die Weltmarktpreise unterboten. Das Warenangebot betrug etwa 60 000 Häute. Es notierten: Ochsenhäute 3.93½—2.— DM, Rinderhäute 3.93½—2.80 DM, Kuhhäute 3.19—2.50 DM, Bullenhäute 3.93—3.65 DM, Kalbfelle (bis 4,5 kg) 7.39½—7.63½ DM, (von 4,5 bis 7,5 kg) 7—7.26½ DM, (über 7,5 kg) 6.80 DM, Schußkalbfelle 4.31 DM sowie Fresserfelle 6.31 DM. Der Preisrückgang bei Kalbfellen beträgt demnach etwa 12% und bei Großviehhäuten etwa 25% gegenüber der letzten Auktion.

Gummi

Die Naturkautschukerzeugung der Welt im vergangenen Jahre wird vom amerikanischen Handelsministerium auf 1,54 Mill. lg ts geschätzt (gegenüber 1,27 Mill. lg ts im Jahre 1947). Hieran ist Malaya mit einer Rekordernte von 697 000 lg ts beteiligt (Vorjahr: 646 000 lg ts). Die Gewinnung und die Ausfuhr Indonesiens haben die niedrigen Ergebnisse der letzten Jahre überholt. Die indonesische Gewinnung während des vergangenen Jahres wird auf 425 000 lg ts geschätzt und die Ausfuhr auf 430 000 lg ts, davon 35 000 lg ts aus Vorräten, gegenüber 280 000 lg ts im Jahre 1947 und 633 861 lg ts im Rekordjahr 1941.

Metalle

Wesentliche Veränderungen sind auch in der Berichtswoche nicht eingetreten. Die Bekanntgabe der amerikanischen Regierung, daß die Käufe für die strategische Bevorratung beschleunigt vorgenommen werden sollen, hat die ohnehin immer noch feste Tendenz etwas versteift. Die Verbraucher scheinen aber weiter mißtrauisch zu sein und rechnen mit einer Entspannung der Märkte, wenn man freilich unter den gegebenen Umständen noch nicht sagen kann, wie lange es dauern wird, bis sich eine Abschwächung durchsetzt.

Kupfer: Für die Kupfererzeugung in den wichtigsten Produktionsländern liegen jetzt die Zahlen für die ersten 10 Monate 1948 vor. Danach haben die Vereinigten Staaten 744 612 sh/t gewonnen, Kanada 180 752 sh/t Elektrolytkupfer, Rhodesien 180 877 sh/t, Mexiko 47 062 sh/t, Peru 11 930 sh/t, Chile 311 765 sh/t Barrenkupfer und Australien 7070 sh/t. Die Erzeugung scheint nur in Kanada und Rhodesien gestiegen zu sein. 1946 erzeugten die USA für das ganze Jahr 934 000 sh/t, Kanada 197 400 sh/t, Rhodesien 210 300 sh/t, Mexiko 51 900 sh/t, Peru 12 800 sh/t, Chile 400 000 sh/t und Australien 12 800 sh/t. Es ist unter diesen Umständen wohl, wie wir bereits in dem Metallmarktbericht für das Jahr 1948 andeuteten, mit keiner wesentlichen Veränderung der Weltkupfererzeugung für 1948 gegen der des Vorjahres zu rechnen. Nur in den Gebieten des britischen Weltreichs scheint sich eine leichte Steigerung ergeben zu haben. Die Kupfererzförderung in der sowjetischen Zone Deutschlands wird für das Jahr 1948 mit 322 500 t angegeben. Das wäre etwa die Hälfte der normalen Vorkriegsförderung. Wie berichtet wird, beabsichtigt man aber das Abteufen eines neuen Schachtes im Mansfelder Revier. Dieser Schacht soll die modernste deutsche Anlage werden. Die Kupferpreise sind unverändert. Sie betragen in USA 23,50 Cents je lb und in London 140 £ je t.

Zinn: Für die Erholung der Weltzinnwirtschaft von den Folgen des Krieges sind Zahlen bezeichnend, die jetzt für das wichtigste Erzeugungsgebiet, die Malayenstaaten, gegeben werden. Danach belief sich die Zinnausfuhr 1948 auf 45 818 t im Werte von 194 Mill. Dollar gegen nur 28 380 t im Jahre 1947. Allein im letzten Vierteljahr wurden 12 580 t ausgeführt. Zum Jahresschluß standen 560 Gruben und 87 Bagger in Förderung gegen 478 Gruben und 56 Bagger im Jahre 1947. In den Vereinigten Staaten rechnet man für das Jahr 1947 bei einer Erzeugung von 3 Mill. Fernsehempfängern mit rund 3000 t Zinnbedarf allein für diesen Zweck.

Blei: Am Bleimarkt zeigt sich ein erstes Anzeichen eines Umschwunges, obwohl auch heute noch kein Überangebot besteht. Die britischen Bleihütten wollen jedoch den Ankaufspreis für Altblei, der gegenwärtig 109 £ je t beträgt, um etwa 5 £ herabsetzen, weil das Altbleiangebot sich in der letzten Zeit erhöht hat, und man der Meinung ist, daß der Handel gehortete Bestände abzustoßen beginnt, weil er die letzten Preise als Spitzenpreise betrachtet. Kennzeichnend für die im vergangenen Jahr recht angespannte Lage des Marktes war es, daß Italien, das 1938 in elf Monaten nur 288 t Blei ausführte und 1947 nur 208 t, in den ersten elf Monaten 1948 nicht weniger als 22 044 t exportierte. Die französische Bleieinfuhr, die 1947 46 965 t betrug, hat sich dagegen 1948 auf 35 955 t verringert, was z. T. eine Folge des Dollarmangels gewesen sein mag. Die Bleierzeinfuhr aus dem französischen Kolonialreich betrug 1948 27 625 t gegen 34 486 t in 1947, aus dem Ausland 13 456 t gegen 15 946 t. Blei notiert in USA unverändert 21,50 Cents je lb, in England 134 £ 10 sh gegen 136 £ vorher.

Zink: Die italienische Zinkausfuhr hat zwar nicht in gleichem Maße zugenommen wie die Bleiausfuhr, doch wurden 1948 6402 t exportiert, ebenfalls für 11 Monate, gegen 712 t in 1947 und 28 t in 1938. Dafür ist aber die Zinkerzausfuhr auf 78 651 t gestiegen gegen 37 157 t im Jahre 1947 und 65 569 t im Jahre 1938. Die hohe Zinkerzausfuhr ist ein deutliches Anzeichen für den Erzmangel der europäischen Hütten. In Frankreich ist die Zinkerzeinfuhr 1948, soweit sie aus dem Ausland kam, auf 35 897 t gefallen gegen 38 795 t im Jahre 1947 und aus den französischen Kolonien auf 12 074 t gegen 14 270 t.

Manganerz: Nach einer Meldung der New York Times ist Ungarn angeblich bereit, an die USA Manganerz zu liefern. Es soll sich um 10 000 t handeln, die über Triest lieferbar seien. Das Erz enthält nur 28% Mn. Abgesehen davon, daß diese Menge sehr gering ist, und sich die USA aus anderen näher gelegenen Quellen versorgen können, ist dazu zu sagen, daß Ungarn als Manganerzerzeuger in der Vergangenheit überhaupt keine Rolle gespielt hat, und man geht in der Vermutung nicht fehl, daß es sich um russische Erze handelt. Manganerz mit 38 bis 50% Mn. notiert in London 2 sh 6 d auf der Basis der Vorkriegsfrachtraten.

Aluminium: Die Permanente Metals Cop. des amerikanischen Schiffbauers Henry Kaiser hat im vergangenen Jahr 135 000 sh/t Aluminium erzeugt gegen 93 500 t im Jahre 1947. Dieser im Krieg neu aufgetauchte Erzeuger wird sich auch in der Weiterverarbeitung stärker betätigen. So verlautet, daß im laufenden Jahr in Permanente ein Aluminiumwalzwerk (es handelt sich wahrscheinlich um das demontierte deutsche Werk Tscheulin) den Betrieb aufnehmen soll, dem ein Walzwerk für die Erzeugung von Draht und Stangen im Sommer folgen soll. Amerikanische Notierung 17 Cents je lb, englischer Preis 93 £ 15 sh je t.

Edelmetalle: Die kanadische Goldgewinnung war im letzten Jahre mit 3,5 Mill. oz rund eine halbe Million oz größer als im Vorjahr, hinter der Höchstleistung des Jahres 1941 (5,3 Mill. oz) blieb sie jedoch weit zurück. Der Wert der Goldgewinnung überstieg bei dem festgelegten Preis von 35 $ je oz den des Jahres 1947 um 14 Prozent. Silber wurde als Nebenerzeugnis des Bergbaus auf Gold und Grundmetall gewonnen. Menge und Wert der Silbergewinnung stiegen, erreichten aber nicht die Hälfte der Höchstergebnisse von 1910, als das Kobaltfeld auf der Höhe der Produktion war.

Die kanadische Platingewinnung wird für das vergangene Jahr auf 116 878 oz geschätzt gegen 94 570 oz im Jahre 1947. Die Gewinnung anderer Metalle der Platingruppe, hauptsächlich von Palladium, erreichte 147 633 oz gegen 119 232 oz im Vorjahr.

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT: schwächer

Zu Beginn der abgelaufenen Woche traten bei etwas belebter Umsatztätigkeit leichte Kurserhöhungen ein, die jedoch 1% kaum überschritten. Zum Wochenende ließ jedoch das Interesse wieder nach und es war eine schwächere Haltung zu verzeichnen. Insbesondere Montan- und Elektrowerte erlitten Kurseinbußen. Pfandbriefe waren bei ruhigem Geschäft unverändert. Industrieanleihen erzielten Kursgewinne bis zu 0,25%. Zu Beginn der laufenden Woche waren bei geringem Geschäft leichte Kursschwankungen zu beobachten, die bis zu 1% gingen, während Spezialpapiere Verluste bis zu 3% aufwiesen, so z. B. Bekula, Degussa, Kali-Chemie und Lahmeyer, während Charlottenburger Wasser sogar um 4% schwächer waren. Am Rentenmarkt herrschte Abgabeneigung für Pfandbriefe, wobei Westpfandbriefe auf 9% zurückgingen. Auch Industrieanleihen verzeichneten zu Wochenbeginn Kurseinbußen bis zu 1%.

MÜNCHEN: rückläufig

Die freundliche Stimmung, die zu Beginn der Vorwoche im allgemeinen zu beobachten war, ließ im Verlauf der Woche nach. Die Kursabbröckelungen setzten sich auch in der laufenden Woche fort, erreichten aber keine nennenswerte Höhe. Am Rentenmarkt verzeichneten zahlreiche Kurse Einbußen zwischen 0,12 und 0,37%, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die verschiedenen Neuemissionen in Westdeutschland. Im Gegensatz zum Aktienmarkt war das Pfandbriefgeschäft zu Beginn der laufenden Woche ziemlich lebhaft. Montanwerte konnten sich ziemlich behaupten, Versicherungen waren etwas leichter, Banken waren uneinheitlich.

STUTTGART: freundlich

Der Aktienmarkt schloß in der abgelaufenen Woche in freundlicher Stimmung, wobei Kurssteigerungen überwogen. Der Pfandbriefmarkt war fest. Auswärtige Aktien waren zum Großteil vernachlässigt und zeigten geringe Kurseinbußen, so Gutehoffnungshütte 28,6 (24) und Ver. Stahl 13 (14). Von süddeutschen Länderanleihen waren Südwürttemberger und Badener angeboten. Sie wurden zu 8,5 voll aufgenommen.

HAMBURG: rückläufig

Die rege Geschäftstätigkeit zu Beginn der abgelaufenen Woche, bei der Umsätze von fast 1,5 Mill. DM erzielt wurden, ließ gegen Wochenschluß nach und die Höchstkurse konnten sich größtenteils nicht behaupten. Lediglich das Interesse für Renten hielt an. Von lokalen Papieren verzeichneten Hamburger Hochbahn, Harburger Gummi und Hapag geringe Kurseinbußen, die über 3% nicht hinausgingen. Auch zu Beginn der laufenden Woche waren durchwegs Kurseinbußen von 0,25 bis 1% zu verzeichnen. Deutsche Werft lagen 1% niedriger. Der Rentenmarkt war ebenfalls schwächer.

DÜSSELDORF: schwächer

Das Kursniveau der meisten Aktien zeigte in der abgelaufenen Woche Abschwächungen um 0,5% bis 1%. Festverzinsliche Werte waren gesucht. Größere Umsätze erzielten Siemens zu 16, Rheinische Spiegelglas zu 32 (36) und Felten 43 (41). Pfandbriefe zeigten leichte Kursbesserung bis zu 0,50%.

LONDON: rückgängig

Im Verlauf der letzten Woche zeigten die meisten Notierungen sinkende Tendenz. Der Index der „Financial Times" über führende Industriewerte schloß mit 119,5 (Vorwoche 121,1), ein Beweis dafür, daß diese Gruppe ihren Spitzenstand überschritten hat. Bei einem Rückgang der täglichen Transaktionen von 6922 auf 6398 notierten die einzelnen Industrieaktien teils Gewinne, teils Verluste. Auch die britischen Goldgränderten zeigten kein einheitliches Bild. Ölvaloren entwickelten sich individuell, Royal Dutch stieg um ¼ auf 20⅞, Burma Oel um 1 s 7 d auf 67 s 6 d, wogegen Anglo-Iranian um 1 s 3 d auf 106 s 3 d zurückgingen. Von den Montanwerten waren Kupferaktien abgeschwächt. Auch die ausländischen Werte zeigten eine allgemeine Abschwächung.

NEW YORK: erholt

Die Kurse konnten sich in der abgelaufenen Woche langsam erholen, wobei sich die Kursbesserungen ziemlich gleichmäßig auf die einzelnen Börsentage aufteilten. Industriewerte verzeichneten während der ganzen Woche Kursbesserungen bis zu 3 Punkten. Auch Eisenbahnen und „Utilities" erzielten Festigungen. Die Durchschnittszahl der täglichen Transaktionen ist von 1 Million in der Vorwoche auf 775 000 abgesunken. Ausgesprochen positiv wirkten sich für einzelne Aktien verschiedene hohe Dividendenzahlungen größerer Firmen aus. Gegen Wochenschluß verlangsamten sich die Kursbesserungen, da man die von Truman geforderten Steuererhöhungen befürchtet.

Industrie-Kreditbank AG

Düsseldorf. Auf Grund des bisherigen Zeichnungsergebnisses für das Kapital der Industrie-Kreditbank AG in Düsseldorf dürfte das neue Institut bereits Ende März eröffnet werden. Für die Verbände und Firmen der französischen Zone wird die Zeichnungsfrist bis 15. März verlängert werden, da sie später als die Firmen der Doppelzone zur Zeichnung aufgefordert wurden.

Berliner Wechselkurs

Berlin. Nachdem am vergangenen Wochenende infolge des hohen Westmarkangebotes die Kurse beachtlich gestiegen waren, lagen sie zu Beginn der laufenden Woche wieder erheblich niedriger. Immerhin verzeichneten die Wechselstuben noch ein höheres Westmarkangebot als an den Vortagen. Sie kauften 100 DM-Ost für 23,00 DM-West und verkauften sie für 27 DM-West, was den Relationen von 4,35 und 3,80 DM-Ost für 1 DM-West entspricht. Auf dem Schwarzen Markt stand der Kurs zu Wochenbeginn bereits wieder auf 3,30 bis 3,50 DM-Ost für 1 DM-West, nachdem am Wochenende noch 3,80 bis 4,30 DM-Ost für 1 DM-West bezahlt worden waren.

US-Anleihe für Israel

Die außerordentlich starke Beteiligung des US-Kapitals an der Exploitation der Ölvorkommen im Nahen Osten steigert selbstverständlich auch das Interesse, das das amerikanische Kapital an diesen Gebieten nimmt, vor allem ist es der jüngste Staat Israel, dem man eine bedeutende wirtschaftliche Rolle einzuräumen gewillt ist. Das zeigt sich vor allem in der positiven Einstellung, die man den Anleihewünschen des neuen Staates entgegenbringt. Die Import-Exportbank wird Israel eine Anleihe von 35 Mill. Dollar gewähren, die vor allem zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie dienen soll.

Banknotenumlauf in der Tschechoslowakei

Ende Dezember 1948 betrug der Banknotenumlauf in der Tschechoslowakei 71,59 Mrd. Kc. In der letzten Dezemberwoche betrug die Steigerung 2,46 Mrd. Kc.

Ägypten erhöht Einfuhrzölle

Kairo. Die Zollansätze für Luxuswaren werden mit sofortiger Wirkung um 10 bis 20 Prozent erhöht. Betroffen werden davon Weine, Spirituosen, Edelsteine, Kakao, Fruchtkonserven, Tabakwaren, Pelze, Parfümerien, Musikinstrumente, Teppiche, Naturseide, gewisse Woll- und Baumwollwaren, Gold- und Platinuhren, Füllfederhalter u. a.

Goldhandel in Argentinien frei

Buenos Aires. Die Regierung hat den Goldhandel mit sofortiger Wirkung unter der Bedingung freigegeben, daß die Händler alle Transaktionen mit den Namen der Käufer und Verkäufer registrieren.

Börsenpanik in Buenos Aires

Buenos Aires. Infolge des Mißtrauens des Publikums in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, kam es an der hiesigen Effektenbörse zu einer völligen Panik und zum Zusammenbruch aller Aktien- und Wertpapierkurse. Der Markt ist vollkommen zum Stillstand gekommen, da die Makler sich weigerten, weitere Abschlüsse zu tätigen.

Notenkurse in Zürich am 23. Febr.

1 $	USA	3,98½/3,99½
1 £	England	12,80/13,13
100 Fr.	Frankreich	0,98/1,02
100 bfrs	Belgien	7,25/7,35
100 hfl	Holland	88,00/90,00
100 Lit.	Italien	0,55/0,59
100 Kr	Norwegen	42,00/46,00
100 Kr	Schweden	74,00—77,00
100 Kr	Dänemark	48,00/52,00
100 Sch.	Österreich	13,00/14,50
100 Kr	Tschechoslowakei	0,95/1,10
100 Esc	Portugal	14,60/15,00
100 Ptas	Spanien	10,30/10,70
100 £	Türkei	0,85/0,95
100 Pes	Argentinien	47,00/45,00
1 £	Israel	11,15/11,55
Silbermark		22,00/23,50
D-Mark		**44,00/47,00**

VEREINSBANK IN HAMBURG
Gegründet 1856
AUSSENHANDELSBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20, RUF 341531

Wirtschafts-Literatur

Deutschland und das Europäische Wiederaufbauprogramm
Die wichtigsten Dokumente

Die Sondermission für Deutschland des Europäischen Wiederaufbauprogrammes legt diese Veröffentlichung über die Entwicklung des Marshall-Plans und seine grundlegenden Dokumente und Bestimmungen vor. In einem Vorwort weist der stellvertretende Leiter der Sondermission N. H. Ordiagen darauf hin, daß das Wiederaufbauprogramm als „völlig neue Konzeption der internationalen Beziehungen" zur Unterordnung der einseitig nationalistischen Wünsche unter ein gemeinsamen Ziel aufrufe. Die Dokumente und Bestimmungen ist eine Zeittafel vorausgeschickt, die beginnend mit der Kongreßbotschaft des Präsidenten Truman vom 12. März 1947 über die Hilfe an Griechenland und die Türkei und endigend mit Erklärungen des Administrators Hoffman vor seiner Abreise nach London und Schanghai alle Daten bestätigt, die als Etappen in den Durchführung des Europäischen Wiederaufbauprogramms zu werten sind. Den Beschluß des Heftes bilden bibliographische Hinweise auf weiteres Quellenmaterial.

Die Einkommensteuer. Unter dem Titel „Die Steuer" bringt der Südverlag, Konstanz, als Band 1 eine Darstellung des Einkommensteuergesetzes auf Grund der neuesten Bestimmungen heraus. Dieser 224 Seiten umfassende Band kostet 3,80 DM und ist mit einem Gutschein versehen, der zur kostenlosen Übersendung eines etwa erscheinenden Nachtrags infolge neuerer Vorschriften in der nächsten Zeit berechtigt. — Das Buch geht der Reihe nach den einzelnen Paragraphen des Einkommensteuergesetzes nach. Zunächst der Text des Paragraphen und dann die Erläuterungen. Insoweit wäre das Buch ein Kommentar zum Einkommensteuergesetz. Es ist aber auch mehr. Nicht nur die juristische Auslegung wird behandelt, sondern es werden alle Verordnungen und Gesetze herangezogen, die zur richtigen Behandlung des Einkommensteuergesetzes anleiten. Außerdem sind eine Fülle von Beispielen in diesen Erläuterungen enthalten. Damit ist dieser Band über den Begriff eines Kommentars hinausgewachsen und zu einer man könnte sagen „Gebrauchsanweisung" geworden. Ein sehr ausführliches Sachregister erleichtert das Auffinden der gesuchten Bestimmungen. Die sehr hübsche äußere Aufmachung und vor allem der niedrige Preis fallen besonders auf.

Die Frachtenbildung der Kanalschiffahrt im Wechsel des Wirtschaftslaufes. Von Dr. Franz Schmitt. Heft 1 der Reihe „Verkehrswissenschaftliche Forschungen. Aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Westfälischen Landes-Universität zu Münster", Herausgegeben von o. Professor Dr. Alfons Schmitt. Richard Pflaum-Verlag, München 2. 48 Seiten, kart., 3,30 DM.

Wenn es nicht vielleicht schon zu den Gemeinplätzen gehört hätte, daß ein leistungsfähiges Verkehrssystem und ausreichende Verkehrsmittel von nicht geringerer Bedeutung sind als die Güter produzierende Wirtschaft, so wäre es durch die Erfahrungen der letzten Jahre zu allgemeinem Bewußtsein gebracht worden. Das nach Kriegsende nur langsam in Gang kommende Verkehrssystem nötigte u. a. dringend benötigte Kohle auf Halde zu nehmen, wodurch bewiesen wurde, daß die Steigerung der Produktion sich nur dann voll in der Wirtschaft auswirken kann, wenn ihr die Erhöhung der Verkehrsleistung, in diesem Fall besonders auch der Wasserstraßen und der Binnenschiffahrt, entsprechend Rechnung trägt. Die vorliegende Studie greift diesen Spezialfall der Verkehrspolitik, die Kanalschiffahrt, heraus, untersucht deren Frachtenbildung und Kostengestaltung in den einzelnen Phasen und will den Nachweis dafür bringen, daß die Neuberechnung der Frachten auf gesunder Basis zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden ist. Der Verfasser schließt mit der Warnung, daß nicht noch einmal in den Fehler verfallen werden dürfe, der Schiffahrt Frachten aufzuzwingen, die eine Deckung der Kosten unmöglich machen.

Die Kaufmannsgehilfenprüfung. Der Vulkan-Verlag, Dr. W. Classen, Essen, bringt jetzt den zweiten Teil der „Kaufmannsgehilfenprüfung in Frage und Antwort" heraus. Der 1. Teil, den wir in Nummer 4 besprachen, beschäftigt sich mit der Handelsbetriebslehre. Der 2. Teil mit Buchführung und Kostenrechnung. Dieser Teil kostet 4,60 DM. Auch dieser Band ist genau so übersichtlich wie der erste. Es wird immer eine Frage gestellt, wie sie in jeder Kaufmannsgehilfenprüfung vorkommen kann und rechts ist die Antwort abgedruckt, die man vom Prüfling erwartet. Man hat aber in diesem Band außerdem Buchungsbeispiele, Beispiele für ein Inventar, für Bilanzen, für verschiedene Konten, für Staffelrechnungen usw. eingefügt, so daß der Band auch als eine komplette Darstellung der Buchhaltung angesehen werden kann. Im übrigen ist die Aufgliederung der einzelnen Kapitel so übersichtlich, daß sich das Buch auch zum Nachschlagen gut eignet. Das ist besonders wichtig für Lehrlinge, die, vielleicht aus Krankheit, das eine oder andere Mal den Unterricht in der Handelsschule versäumen mußten. Auch zum Selbststudium eignet sich gerade dieses sehr handliche zweite Heft besonders gut. Gut gelungen ist die sehr umfangreiche Darstellung des Kontenplanes. Zum Schluß des Buches sind einige Übungen vorgemerkt, deren Auflösung anschließend erfolgt, so daß der Lehrling, bei Durcharbeitung des Buches, selbst kontrollieren kann, ob er alles verstanden hat.

Metall, Wirtschaft, Technik. Metall-Verlag, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 38, Dritter Jahrgang, Heft 1/2, Januar 1949.

Die nun schon bewährte Zeitschrift eröffnet in einem wissenschaftlich-technischen und einem metall-wirtschaftlichen Teil einen Einblick in die Metallwirtschaft aller Besatzungszonen, für Praktiker und Studierende von gleichem Interesse. Das vorliegende Heft 1/2 erhält durch zusammenfassende Darstellungen der Entwicklung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr besonderen Wert.

30 diverse Sorten
Insel-LIKÖR-Essenzen
STEFAN MENNEL
HERGENSWEILER (ÜNDAU)

Transportfässer
— von Heidgerätsch entleert — je ca. 100 bis 600 Ltr. Inh., besonders günstig zu verkaufen. Anfragen u. A 1117 Wirtschaftsrevue Rastatt.

Versandkartonagen
ca. 10 Ltr. Rauminhalt, größte Posten abzugeben. Zuschriften u. F 997 an Wirtschaftsrevue, Rastatt.

COMPTOIRS INTROPA
Importation — Exportation — Commission
BESANÇON — Tel. 24-16
86 Grande Rue 86
(FRANKREICH)
liefert nach Deutschland
jede Art Konserven — feine Delikatessen — Flaschenweine — sämtliche Kurz- und Baumwollwaren — en gros
Auf Anfragen können auch andere Waren geliefert werden
Bestellen Sie unsere Preisliste

STELLENANGEBOTE

Akadem. gepr. Dolmetscher
— Englisch, Französisch oder Spanisch — (Dipl.-Kfm., Dipl.-Hdl., Dipl.-Volkw.) für bedeut. Unternehmen gesucht. Bewerb. mit Lebensl., Zeugnisabschr. u. sonst. Lichtb. sofort erbeten unter F 994 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

VERTRETUNGEN

Südd eutsche Weingroßhandlung
mit ausgedehntem Lieferprogramm (In- und Auslandsweine, Apfelsaft, Wermuth, Fruchtsekt etc.) sucht an allen bedeutenden Plätzen der französischen und amerikanischen Zone
VERTRETER
Auslieferungslager und evtl. Spesenzuschuß wird in Aussicht gestellt.
Angebote unter Chiffre F 994 an die Wirtschafts-Revue, Rastatt/Baden.

Alle Anfragen und Anzeigen-Aufträge
bitte an:
Wirtschaft-Revue
Werbeabteilung
Rastatt
Bahnhofstraße 44

Generalvertrieb für elektr. Kaffeemühlen
sucht Untervertreter
zum Besuch von Gastwirten, Hotelbesitzern, Pensionen und Krankenhäusern, die nachweislich diese Käufer Inserate bearbeitet haben, auf Provisionsbasis. Referenzen erforderlich. Angeb. unter N.W. 466 an Nordwestdeutsche Wirtschaftswerbung, Hamburg 36, Gänsemarkt 37.

AUMOL
GEGRÜNDET ANNO 1857
F. Wolff & Sohn
KARLSRUHE
★
HERSTELLER VON SEIFEN, HAAR- UND KÖRPERPFLEGE-MITTEL
★
KALODERMA KALODERMA
AUMOL

ANKAUF

Gesucht:
Flach- und Rund-Strickmaschinen
neu oder gebraucht, zum Stricken von Pullovern.
Angebote unter A 1118 an Wirtschaftsrevue Rastatt

VERKAUF

Autoreifen u. -Schläuche
Sofort lieferbar ab Lager Bremen Bonus-A-Scheine oder Zahlung in USA als Geschenk. Ia Qualität:

450×17/ 4	$	66,75
550×16/ 4	$	66,75
600×16/ 5	$	71,75
700×20/10	$	176,75
750×20/10	$	226,75

pro 5 Reifen einschl. Schläuchen. Nähere Auskunft erteilt **Barth & Könenkamp, Bremen**, Postfach 901.

MOTORE
alle Typen und Wattzahlen (Herstellerfabrikat) ab Lager oder kurzfr. lieferbar. OTTO WEBER Ind. u. Gewerbe-Bedarf, Stuttgart-Degerloch, Waldstraße 19.

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarten, Millimeterpapier, Logarithmenpapier, Diagrammrollen, Registrierpap., Reißzeuge etc. auf Lieferk. Anfrag. unt. S 1001 an die WR Rastatt.

Seidenpapier
Größe 42/60 cm, weiß bedruckt, schöne Dessins, zu billigstem Preis. Kaufmann, Warenhäuser, Parfümgeschäfte, Bekl. u. Weißwaren, Lederwaren- und Kosmetikgeschäfte usw. werden gebeten, besonders Preisangebot einzusehen, unter Angabe der benötigten Quantum. In Auftrage der Herstellerfirma: Gustav Bertz, Mainz, Breidenbacherstraße 6.

DREHSTROM-MOTORE
aus laufender Produktion sofort lieferbar 220/380 oder 380/660 V
1,1 PS n = 1400 DM 600.20
2,2 PS n = 1400 DM 481.70
3,3 PS n = 1400 DM 391.—
Kleinere Motoren auf Anfrage.
L. Gräbert, Elektro-Motoren, Mainz/Hechtsheim Kirchenallee 5.

Textilmaschinen Textilrohstoffe
Suche
Vertretungen
E. Krüger, Blomberg (Lippe) Postf. 82

Größere Menge verz. Eisendraht
2,5 mm, 2,8 mm, 3 mm lieferbar. Anfragen unter Nr. 30110 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

Fichtenreisig
ca. 80 cm lang, 10 Pfd., gebündelt, sofort lieferbar, Anfragen unt. S 1121 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

Wir liefern
im Austausch oder in Gegenrechnung
Leichtmetallhalbzeuge
Bleche, Bänder, Profile
gegen entsprechende Schrotte. Anfragen unt. S 1120 an Wirtschaftsrevue, Rastatt.

KAPITAL- UND GRUNDSTÜCKSMARKT

BETEILIGUNG
still oder tätig, an nachweisfähigem Kleinbetrieb, mit durch abgeschlossenen Kaufvertrag übernommenem Anwesen mit kleinem Nebenbetriebsplatz u. Garten, Anschluß des Hauses auch eines ebenfalls möglich (herrliche Gegend Hohenzollern und Bahnstation) sofort gesucht. Anfragen mit sofort realisierbarem Kapital unter F 995 an die Wirtschaftsrevue Rastatt.

Für ca. 3jährige Tournee um die Erde sucht die
Camilla Mayer Hochseiltruppe, Ffm.
Unterkunft beste Luftkabine der Welt
tätl. Geldgeber m. DM. 85 000
zwecks Ankauf modernster Geräte, Wohn- und Transp.-Wagen, die an erstklassigen, evtl. täglich den Spielort zu wechseln. Erfolg und Renommeum gesichert durch Weltorganisation, Telfunken, 35 Pers. Reklame-Möglichkeiten für Verleger, Filmproduz., Marktamt, u. Eisenbahnamt. Angeb. an Produzent a.M., Vatterstraße 1. Telefon 4018.

Wärmeschlußsteine (20 Ltr. Inhalt, in drei Größenen lieferbar. Lieferbar: Handelsgesellschaft Hamburg, Mesen & Co., Hamburg 11, Zippelhaus 3.

Bandsägen, Dicktenhobelmaschinen,
Abrichtdickenmaschinen, Kettenfräsen, Fräsen und Drehmaschinen sofort oder kurzfristig lieferbar. Gebrüder Maier GmbH, Werkzeug- und Holzbearbeitungsmasch. Remseck, Johannstraße 17, Telefon 41501 und 41508.

Rennschmerk
Anhänger und Übrige Kardinkette
Verlad Coll. und Arzeichnen liefert bei billigster Berechnung. Angebote unter F 993 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

3000 Papiersäcke, -,30 DM
50 kg Schwefel
zu verkaufen. Bestellung unter Nr. A 1119 durch Wirtschaftsrevue Rastatt.

Nürnberger Spielwaren
Einkäufer bieten Marken-Erzeugn. d. Nürnberger Spielw.-Ind. an: Gesellschaftsspiele, Warenn. u. Detail. Preisliste Nr. 5. Gebrüder Nürnberg, Lilienstraße 17.

Laboratorium „Alce"
Nizza Grasses Paris
Parfümerien
Eau de Cologne
Lavendelwasser
Backaromen
Ätherische Öle
Pfefferminzgeist
Für den Export
Preisangaben und sonstige Aufklärungen von:
„Alce", 56 rue de la Rochefoucauld
Paris IX · Frankreich

Unfälle?
Schutz-Hosenträger zur Verhütung v. Betriebsunfällen entsprechend den Unfallverhütungs-Vorschriften stellt her
Kurt Hubert K.G., Textil- und Seilerwarenfabrik, Pölde-Petersberg.

Moderne Büroschreibmaschine
Olympia, neuwertig, unzerstörbar, gegen Meistgebot abzugeben. Angebote unter B1206 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

VERSCHIEDENES

Ca. 2000
engl./dtsch. praktische Redewendungen
Der große Schlager
— portofrei gegen Voreinsendung DM 1.85. H. Ehlers, Bielefeld, Friedrichsplatz 452.

Achtung!!!
Schmierseife
neu, aus flüssig. Seife oder II. Wasserglas stellen wir Ihnen im Lohn her nach unserm Verfahren u. gut. Gewähr, gut rentabel, kochschaumend. Angebote unter F 995 an die Wirtschaftsrevue Rastatt.

Fertighäuser
270 Zimmer, Küche, D.B., komplett, verlegt mit Fensterung, Türen, Fenster, Kreditzusage, nur gegen Dok. Nachw. durch Gewerbehaft Kleppelsiele (13b) Mittenwald (Karwendel).

Redegewandte
evtl. auch Mitarbeiterin gesucht. Schriftlich mit Bildnis und Angabe von Referenzen u. Gehaltsanspruch unter Nr. 1000 an Postfach 10 Hamburg 1.

Heilungsgesuche durch Anzeigenwerbung München 15.

Villa in Baden-Baden
bester baulicher Zustand, schönste Lage, kleiner Garten, auch für geschäftliche Zwecke geeignet, zu verkaufen. Einheitswert: 39 500 DM. — Zuschriften unter A 1119 an die Wirtschafts-Revue Rastatt (Baden).

Barkredite
f. alle Zwecke, Rückz. bis 18 Mon. Kreditsatz, new. geg. Ook.-Nachnahme durch Gewerbehaft Kleppelsiele, (13b) Mittenwald (Karwendel).

Tätiger oder stiller
Teilhaber
(DM 10000,- — 20000,-)
von kleinerem Industriebetrieb gesucht. Angebote unter F 993 d. Wirtschaftsrevue Rastatt.

Der neue Adreßbuchkatalog für Handel, Industrie und Wirtschaft kostenlos durch Merkur, Eichwalde 810.

Lebensfreude u. Lebensenergie
Jeder Mann und jede Frau kann körperliche Kraft, Energie und geistige Fähigkeiten entwickeln und erhalten und sich damit großen Lebenserfolg sichern durch
Körpererüchtigung im eigenen Heim
nach der seit 50 Jahren mit gutem Erfolg als Selbstunterricht angewandten
STRONGFORT-METHODE
Fordern Sie unverbindlichen Gratis-Prospekt vom Strongfort-Institut, Inh. B. & Dr. C. Scheurer, (17a) Waldürn (Baden), Nr. 766.
Gegründet 1895 New York (USA)

DIE EUROPÄISCHE AUSGABE DER
NEW YORK Herald Tribune
erlaubt sich darauf hinzuweisen, daß Abonnements nunmehr auch in Deutscher Mark bezahlt werden können.
Die Leser dieser Anzeige werden eingeladen, von einem Spezialangebot Gebrauch zu machen. Sie erhalten für den ersten Monatsbezugspreis von DM 7.50 zuzüglich Zustellgebühr diese große, internationale Tageszeitung sechs Wochen lang.
Machen Sie sich dieses vorteilhafte Einführungsangebot nutzbar und senden Sie den nachfolgenden Bestellschein noch heute — unfrankiert, wenn keine Marke zur Hand — ein.
BESTELLSCHEIN
an Presse-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M., Mainzer Landstraße 223—227.
Ich bestelle hiermit ab sofort bis auf Widerruf die NEW YORK HERALD TRIBUNE zum Vorzugsangebot und anschließend zum monatlichen Bezugspreis von DM 7.50 zuzüglich Zustellgebühr.
Name _____
Beruf _____
Ort _____
Straße _____

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg